

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und Geschäftsführender Chefredakteur der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Vorab per Fax an 0721-9101-382

**Bundesverfassungsgericht
Präsident**

**Schlossbezirk 3
76131 Karlsruhe**

Velbert, 10.12.2022

**Neue Verfassungsbeschwerde
wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den
Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung
wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher
Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten
Berlin und Düsseldorf
wegen Sabotieren von Rehabilitierung und Schadenersatz durch
Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen
am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am
Sozialgericht Düsseldorf
mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung /
Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr
Daher: Antrag auf Opferschutz**

**Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung**

- > zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998
mit Todesopfer (2012) und Nachlass-Insolvenz am Geburtsort,
- > zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung bis
Alters-Diskriminierung und
- > zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010 mit
sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit im 82.Lebensjahr
- > brutal verfassungswidrig

mit totalem Staats-Versagen aus Politik-Versagen bis zu Ukraine-
Krieg-Zeitenwende, unter Beteiligung des öffentlich-rechtlichen
Rundfunks bis zum Schlesinger-Skandal, mit Missbrauch von
Sozialgesetzen für soziale Zerschlagungen mit Sabotage von
Rehabilitierung und Schadenersatz

mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für
Deutschland:

Staatsorgane übergreifend, Gerichte und Verfahren übergreifend,
Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend,
mit Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen, Staats-
Versagen

Hier: Versagen richterlicher Bescheidung am Oberlandesgericht Düsseldorf, Beschwerdegericht zu einer sofortigen Beschwerde am Landgericht Wuppertal und zu einer Rechtsbeschwerde am Amtsgericht in Verfahren des Sozialversicherungsträgers als Kläger und als Zeuge, verursacht durch politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 und Rechtsmissbrauch orgienartiger Überflutung mit Gerichtsverfahren gegen das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen im 82.Lebensjahr

Debeka Krankenversicherungsverein a.G.(Kläger),
Sozialversicherungsträger für Krankenversicherung und
Pflegeversicherung, vertreten von RAe Giebel und Kollegen,
unterstützt von weisungsgebundenen Staatsanwälten

gegen

Albin Ockl (Beschwerdeführer, Beklagter, Opfer politisch motivierter
Zerschlagungen seit 1998, Zerschlagungsopfer)

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich nachlesbar in der
vernetzten Internet-Doku der Verfassungsbeschwerde:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Begründung der Verfassungsbeschwerde

wegen Verletzung des grundrechtsgleichen Rechts auf rechtliches Gehör (Art.103 Abs.1 GG) und wegen grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand, weil andere Abhilfe nicht mehr möglich (Art.20 Abs.4 GG) und wegen Verstoß gegen das Europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren (Art.6 EMRK) iVm Art.1 Abs.1 GG und weiteren Grundrechten

BVERFG-2301. Angegriffene Hoheitsakte in chronologischer Folge.

Totales Justiz-Versagen: Gerichte übergreifend

mit Sozialversicherungsträger, der von Rechtsanwälten vertreten und von weisungsgebundenen Staatsanwälten unterstützt wird, der als Kläger und als Zeuge nur noch soziale Zerschlagung mit asozialen Attacken betreibt, mit Klage zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 und mit Pfändung auf Pfändungsschutzkonto,

mit Fortsetzung einer unverhältnismäßigen OWi-Hetze am Amtsgericht Mettmann seit 2011, jetzt am Amtsgericht Velbert, zweimal mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter mit Überfall durch 4-Mann-Polizeitrupp,

mit Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2011 zu politisch motivierten Zerschlagungen,

mit Klage am Verwaltungsgericht Köln, von da an Verwaltungsgericht Berlin, von da an am Landgericht Wuppertal, dort mit Klage-Aufteilung wegen politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, von dort zurück an Verwaltungsgericht Berlin Klage-Erweiterung wegen Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF seit 1998,

seit über 20 Jahren, am Verwaltungsgericht Düsseldorf,

gegen Kläger / Beklagten, heute im 82.Lebensjahr mit Anspruch auf ein humanes Lebensende anstatt entwürdigende Altersdiskriminierung ohne Respekt vor Lebensleistung und Generationendiskriminierung:

> Politisch motivierte Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder

Politik-Versagen, heute mit Digitalisierungsnotstand in Deutschland, mit politisch motivierten Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen: _

Herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.

mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum

durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),

> > > **ONLINE Congressbände 1976 - 2003**

> unter aktiver Beteiligung des Sozialversicherungsträgers mit unverhältnismäßiger Be-/Verhinderung/Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz im laufendem Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin ohne die Chance, in 2021 und 2022 nach einer umfassenden Verfassungsbeschwerde das laufende Verfahren fortsetzen zu können wegen ständiger asozialen Attacken des Klägers bis heute (soziale Zerschlagung unter Verantwortung des Sozialversicherungsträgers)

nach exotischem Gerichtsverfahren am Landgericht Wuppertal mit 3 O 61/19 und jetzt mit 3 O 228/22, mit Fortsetzung der OWi-Verfahren des Amtsgerichts Mettmann am Amtsgericht Velbert (26 OWi-523 Js 814/22-84/22, OWi-Kostenhetzjagd seit 2011)

jetzt mit laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2121/22 gegen
Amtsgericht Velbert / Landgericht Wuppertal 16 M 188/22
jetzt mit Beschwerdeverfahren am Oberlandesgericht Düsseldorf zu
Gerichtsverfahren 3 O 228/22 Landgericht Wuppertal und
Rechtsbeschwerde zu 26 OWi-523 Js 814/22-84/22 Amtsgericht Velbert
Kapitale Vermögensschäden wegen politisch motivierter Zerschlagungen
seit 1998: Ausschließliche Ursache für Probleme der Krankenversicherung
und Pflegeversicherung.

Daher: Beklagter fordert die Respektierung von Menschenrechten, den
Vorrang für Schadenersatzverfahren, die in unverhältnismäßiger Weise
durch ständige Attacken des Sozialversicherungsträgers mit Unterstützung
durch weisungsgebundene Staatsanwälte verhindert und sabotiert werden.

BVERFG-2302. Vorrang für Rehabilitation und Schadenersatz, weil
Probleme der Sozialversicherungen ausschließlich durch politisch
motivierte Zerschlagungen seit 1998 verursacht

Brutal verfassungswidrig: Sabotierung der Klagen auf Schadenersatz und
Rehabilitation durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der
sozialen Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im
82.Lebensjahr nicht mehr zu verarbeiten

Brutal verfassungswidrig: Exzesse der Altersdiskriminierung ohne
Respektierung der herausragenden Lebensleistung des
Beschwerdeführers:

**Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen
ONLINE und KOMMTECH**

**mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution
in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-
Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.**

**mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales
Innovationswachstum**

**durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte
Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der
Digitalbranche),**

> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003

**Zerschlagungsopfer: Ausgehelt, zerschlagen, abgehängt,
ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher
Verantwortung der Täter**

**Ausgehelt mit der staatlichen UMTS-Auktion2000 unter persönlicher
Verantwortung von **Schröder / Steinmeier****

**Politisch motivierte Zerschlagung am Wohnort und am Geburtsort in
Bayern unter persönlicher**

Verantwortung von **Merkel / Söder / Michel.**

**Erdrückende Beweislage mit Schriftsatz vom 20.Sept. 2022 an das
Verwaltungsgericht Düsseldorf (Anlage VB-2304)**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>

Scroll down after link (page 253)

**mit Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitation
und Schadenersatz**

mit Mehrrichter-Entscheidung

**nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022
und **ARD/ÖRR-Krise mit Schlesinger-Skandal****

**Fortsetzung der Klage mit Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22
vom 20.Juni 2022 wegen Anerkennung und Vorrang des**

**Anspruchs auf Rehabilitation und Schadenersatz für politisch
motivierte Zerschlagungen seit 1998 unter Mittäterschaft des ÖRR
mit persönlicher Beteiligung von**

****Eva-Maria Michel**, WDR-Justiziarin seit Okt.1997 und Stellv.**

Intendantin des WDR seit Jan.2008 bis Okt. 2022

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Zu BVERFG-2301. Angegriffene Hoheitsakte in chronologischer Folge.
Totales Justiz-Versagen: Gerichte übergreifend
mit Sozialversicherungsträger, der von Rechtsanwälten vertreten und von weisungsgebundenen Staatsanwälten unterstützt wird, der als Kläger und als Zeuge nur noch soziale Zerschlagung mit asozialen Attacken betreibt, mit Klage zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 und mit Pfändung auf Pfändungsschutzkonto,
mit Fortsetzung einer unverhältnismäßigen OWi-Hetze am Amtsgericht Mettmann seit 2011, jetzt am Amtsgericht Velbert, zweimal mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter mit Überfall durch 4-Mann-Polizeitrupp,
mit Klage auf Rehabilitation und Schadenersatz seit 2011 zu politisch motivierten Zerschlagungen,
mit Klage am Verwaltungsgericht Köln, von da an Verwaltungsgericht Berlin, von da an am Landgericht Wuppertal, dort mit Klage-Aufteilung wegen politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, von dort zurück an Verwaltungsgericht Berlin Klage-Erweiterung wegen Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF seit 1998, seit über 20 Jahren, am Verwaltungsgericht Düsseldorf, gegen Kläger / Beklagten, heute im 82.Lebensjahr mit Anspruch auf ein humanes Lebensende anstatt entwürdigende Altersdiskriminierung ohne Respekt vor Lebensleistung und Generationendiskriminierung:
> Politisch motivierte Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder Politik-Versagen, heute mit Digitalisierungsnotstand in Deutschland, mit politisch motivierten Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen:_
Herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a. mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),
> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003
> unter aktiver Beteiligung des Sozialversicherungsträgers mit unverhältnismäßiger Be-/Verhinderung/Sabotage von Rehabilitation und Schadenersatz im laufendem Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin ohne die Chance, in 2021 und 2022 nach einer umfassenden Verfassungsbeschwerde das laufende Verfahren fortsetzen zu können wegen ständiger asozialen Attacken des Klägers bis heute (soziale Zerschlagung unter Verantwortung des Sozialversicherungsträgers) nach exotischem Gerichtsverfahren am Landgericht Wuppertal mit 3 O 61/19 und jetzt mit 3 O 228/22, mit Fortsetzung der OWi-Verfahren des Amtsgerichts Mettmann am Amtsgericht Velbert (26 OWi-523 Js 814/22-84/22, OWi-Kostenhetzjagd seit 2011)
jetzt mit laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2121/22 gegen Amtsgericht Velbert / Landgericht Wuppertal 16 M 188/22
jetzt mit Beschwerdeverfahren am Oberlandesgericht Düsseldorf zu Gerichtsverfahren 3 O 228/22 Landgericht Wuppertal und

**Rechtsbeschwerde zu 26 OWi-523 Js 814/22-84/22 Amtsgericht Velbert
Kapitale Vermögensschäden wegen politisch motivierter Zerschlagungen
seit 1998: Ausschließliche Ursache für Probleme der Krankenversicherung
und Pflegeversicherung.**

**Daher: Beklagter fordert die Respektierung von Menschenrechten, den
Vorrang für Schadenersatzverfahren, die in unverhältnismäßiger Weise
durch ständige Attacken des Sozialversicherungsträgers mit Unterstützung
durch weisungsgebundene Staatsanwälte verhindert und sabotiert werden.**

Totales Justiz-Versagen

ohne Respekt vor Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten,
es wird weiter Opfer kriminalisiert, was das Zeug hält,
mit extremistischer Ausuferung von Gerichte übergreifenden Gerichtsverfahren
am Amtsgericht Velbert, Landgericht Wuppertal, Oberlandesgericht Düsseldorf,
Sozialgericht Düsseldorf, Verwaltungsgericht Düsseldorf, Oberverwaltungsgericht
Berlin-Brandenburg

wegen sozialer Zerschlagung durch Sozialversicherungsträger mit
rechtsanwaltlicher Vertretung und staatsanwaltlicher Unterstützung gegen
Zerschlagungsopfer ohne rechtsanwaltliche Unterstützungsmöglichkeiten seit
2010:

Soziale Zerschlagung ist, wenn ein Sozialversicherungsträger sich
auf der Seite der staatlichen und öffentlich-rechtlichen Täter von politisch
motivierten Zerschlagungen; mit Unterstützung von weisungsgebundenen
Staatsanwälten, mit ständig neuen asozialen Attacken Schadenersatz-Verfahren
wissentlich sabotiert, so einen Schadenersatz verhindert und dies bewusst
anstrebt, weil er mit Missbrauch von Staatsgewalt gegen ein Zerschlagungsopfer
seine Forderungen leichter durchsetzen kann, ohne einen Zugang zu
Versicherungsleistungen seit 2010,

wegen einem Pfändungsschutz-Konto (seit 2013), auf dem
nicht nur Rentenzahlungen gepfändet werden, sondern auch
Rechtsanwaltskosten zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung und
solidargemeinschaftliche Leistungen wie vor kurzem die Energiepauschale der
Bundesregierung und so nicht nur von der Sozialgemeinschaft,

sondern auch von der Solidargemeinschaft ausgeschlossen wird. Sieh
Anlage VB-2305:

Brutal verfassungswidrige Ausgrenzung aus Solidargemeinschaft
durch Pfändung der Energiepreispauschale der Bundesregierung
wegen Rechtsanwaltskosten des Sozialversicherungsträgers zu einer
verfassungswidrige Krankenversicherung am 08.12.2022

Ein Sozialversicherungsträger,

der für derartige asoziale Pfändungen verantwortlich ist und der
**Sabotierung der Klagen auf Schadenersatz und Rehabilitierung
durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der
sozialen Zerschlagung betreibt,**

der hat seine Berechtigung als Sozialversicherungsträger definitiv
verloren, weil er nur noch soziale Zerschlagung mit asozialen
Attacken betreibt.

Anlage LG-01 in Anlage VB-2301

**Klage-Eröffnung vom 07.11.2022 (eingegangen am 12.11.2022)
mit verkürzter Notfrist**

durch 3.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal (3 O 228/22),

a) mit Anschreiben vom 07.11.2022 (Seite 1-2),

b) mit prozessleitender Verfügung (Seite 3-4)

c) mit Anschreiben der RAe Giebel und Kollegen an das Amtsgericht
Mayen vom 11.04.2022 (Seite 5-6)

d) mit nicht lesbarer Beschreibung des Tarifs NLT (K1, Seite 7-13)

e) mit nicht lesbaren Allgemeinen Versicherungsbedingungen für den
Notlagentarif (K2, Seite 14-18)

- f) mit einem angeblichem Anschreiben vom 13.Sept.2013 ohne Unterschrift (K, Seite 19-23)
- g) mit Beitragsaufstellung vom Aug.2018-Juli 2020 und Prüfvermerk vom 3.11.2022 (K4, Seite 24-25)
- h) mit Gerichtsbeschluss 3 O 228/22 vom 07.11.2022 über vorläufigen Streitwert (Seite 26-28)**

Anlage VB-2303

Beschluss 3 O 228/22 (Landgericht Wuppertal) vom 30.11.2022 (**eingegangen am 06.12.2022** mit förmlicher Zustellung)
Rechtsanwendung des §281 ZPO betrifft den Kläger und nicht den Beklagten. Der Beklagte, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, wehrt sich seit 2010 gegen einen unverhältnismäßigen Opferkriminalisierungswahnsinn, jetzt im 82.Lebensjahr gegen soziale Zerschlagung als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen, gegen Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung und kämpft für den Vorrang seiner Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2010 und gegen Sabotierung seiner Klagen. Rechtsanwendungen haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden.

Anlage OWiV-03 in Anlage VB-2301:

Aktuelles Bußgeld-Verfahren einer verfassungswidrigen, unverhältnismäßigen Kosten-Hetzjagd seit 2011 (Z5) mit Bußgeld-Bescheid und anschließender Rechtsbeschwerde gemäß Anlage LG-03: Behördenkommunikation des Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und Staats-Versagen nicht mehr nachvollziehbar ist.

Der Beschwerdeführer bekämpft in Anbetracht von prozessualen Erfahrungen „am laufendem Bande“ seit 2010 und erneut im Verwaltungsgericht Düsseldorf und am Amtsgericht Velbert mit Einzelrichter-Veranstaltungen ohne Mehrrichter-Verantwortung, die Verweisung vom Landgericht an das Amtsgericht und er kämpft für Vorrang seiner Klagen am Verwaltungsgericht Berlin und Düsseldorf **und für Mehrrichter-Verantwortung wegen Rehabilitierung und Schadenersatz** zu kapitalen Vermögensschäden aus politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, weil Klagen am Landgericht Wuppertal in verfassungswidriger Weise (entgegen Art.34 GG) und wegen viel stärkerer Beteiligung des WDR/ÖRR an den politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998, viel stärker, als ursprünglich vermutet, wobei die Probleme der Sozialversicherungen erst seit 2010 (im 70.Lebensjahr) ausschließlich durch die verheerenden Folgewirkungen der politisch motivierten Zerschlagungen entstanden sind.

Es gibt keinen grundrechtsfreien Ort in Deutschland. Das gilt auch in angeblichen Vorverfahren am Landgericht. Alle Beschlüsse und Verfügungen müssen Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte respektieren, andernfalls sind sie verfassungswidrig. Der Beschwerdeführer hat in der sofortigen Beschwerde eine Erweiterung des Vorverfahrens gefordert, ohne rechtliches Gehör zu erhalten. In dem erweiterten Vorverfahren sollte anerkannt werden, dass die Verfahren für Rehabilitierung und Schadenersatz Vorrang haben müssen, weil sie kausale Bedeutung haben und weil der Beschwerdeführer im 82.Lebensjahr nicht mehr in der Lage ist, so viele Gerichtsverfahren parallel und hintereinander zu bewältigen. Opferkriminalisierung, Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung im beschriebenen Umfeld sind brutal verfassungswidrig.

Die sofortige Beschwerde wurde unter Beachtung verkürzter Notfristen und Antwortfristen an das zuständige Beschwerdegericht zugestellt : Sieh

Anlage VB-2301

mit weiteren Anlagen: Anlage LG-01, LG-02, LG-03, LG-04

Schriftsatz vom 19.Nov.2022 mit Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde wegen Antrag auf weiteres Vorverfahren zwecks Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz und Anhörungsrüge wegen ausstehender Bescheidung der Rechtsbeschwerde vom 27.Sept.2022 gegen Amtsgericht Velbert 001. Brutal verfassungswidrig:

Totales Staatsversagen eines demokratischen Rechtsstaates mit extremistischer Ausuferung von Politik-Versagen, Justiz-Versagen, Behörden-Versagen (Verfassungsbeschwerde vom 20.10.2022 (1 BvR 2121/22) in Anlage LG-02)

> mit politisch motivierten Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von **Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder**,
> unter aktiver Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (mit Wissen der gesamten ÖRR-Intendantenschaft unter **Federführung der stellvertretenden WDR-Intendantin (2008-2022) und WDR-Justitiarin Michel (1997-2022, Schlesinger-Skandal-System überall)**)

mit laufenden Gerichtsverfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf und Rechtshängigkeit am Verwaltungsgericht Berlin wegen Rehabilitierung und Schadenersatz

> unter aktiver, Zeit raubender Beteiligung des Sozialversicherungsträgers (verfassungswidrige Krankenversicherung, soziale Zerschlagung mit unverhältnismäßiger Treib- und Hetzjagd an Amtsgerichten und Sozialgerichten und Be-/Verhinderung laufender Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz, insbesondere in 2021 am Verwaltungsgericht Berlin)

> unter aktiver Beteiligung des Sozialversicherungsträgers an Ordnungswidrigkeitsverfahren an den Amtsgerichten Mettmann und Velbert mit angewiesenen Staatsanwälten, zweimal mit Eskalation zu Freiheitsberaubung und psychischer Folter,

> ausschließlich verursacht durch kapitale Vermögensschäden der politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern,

> mit extremistischer Ausuferung durch Treib-und Hetzjagd gegen seinen Bruder am Geburtsort in Bayern in den wirtschaftlichen Ruin bis in den erzwungenen Tod (2012) und anschließender Nachlass-Insolvenz

> Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen: **Herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a. mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),**

> > > **ONLINE Congressbände 1976 - 2003**

> unter aktiver Beteiligung des Sozialversicherungsträgers mit unverhältnismäßiger Be-/Verhinderung/Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz im laufendem Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin ohne die Chance, in 2021 nach einer umfassenden Verfassungsbeschwerde das laufende Verfahren fortsetzen zu können

wegen ständiger Attacken des Klägers (soziale Zerschlagung unter Verantwortung des Sozialversicherungsträgers)
> heute im 82.Lebensjahr de facto ohne Versicherungsleistungen seit 2010, mit einer verfassungswidrigen Krankenversicherung, mit Zwangsmaßnahmen auf einem Pfändungsschutzkonto, mit Fortsetzung eines erbärmlichen Opferkriminalisierungswahnsinn, mit unerträglicher Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung durch nachrückende Generationen in Behörden und Justiz
> mit verfassungswidrigem Justiz-Versagen am Landgericht Wuppertal u.v.a.m.

002. Brutal verfassungswidrig:

Totales Staatsversagen mit DEBEKA-Skandal

mit Unterstützung durch angewiesene, skrupellose Staatsanwälte: Kläger betreibt mit sozialer Zerschlagung Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen

Abartig und skandalös: Deutscher Bundestag diskutiert über bedingungsloses Grundeinkommen und Rentner im 82.Lebensjahr werden vom Sozialversicherungsträger mit sozialer Zerschlagung entsorgt.

Abartig, skandalös und primitiv: Opfer-Kriminalisierung mit Altersdiskriminierung, Kläger sabotiert Rehabilitierung und Schadenersatz mit zeitintensiven Gerichtsverfahren und Justiz-Attacken, sodass dem Opfer die erforderliche Zeit fehlt, um Rehabilitierung und Schadenersatz zu erreichen, bis heute keine abschließenden Verhandlungen an Verwaltungsgerichten möglich. Kein Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen müssen sich selbst im Alter über 80 Jahre um ihre Gesundheit kümmern

Verfassungswidrig und diskriminierend: Gesetz zur Beseitigung sozialer Überforderung bei Beitragsschulden in der Krankenversicherung, weil Beitragsschulden und **soziale Überforderung durch kapitale Vermögensschäden in 2-stelliger Mio-Höhe verursacht und Rehabilitierung und Schadenersatz bis heute verweigert**

Justiz verweigert Opfer politisch motivierter Zerschlagungen ohne Rechtsanwälte Gerichtsverfahren mit Mehrrichter-Verantwortung durch Abschiebung in „de facto grundrechtsfreie“ Einzelrichter-Veranstaltungen.

Verfassungswidrig: Krankenversicherung des Klägers, Gerichtsverfahren in 2021 am Landgericht Wuppertal abgelehnt. Aktenzeichen 9 S 30/21, 11 C 89/19 Amtsgericht Velbert, 3 O 61/19 Landgericht Wuppertal

Verfassungswidrig: Pfändungsschutz-Konto (seit 2013) vom Kläger missbraucht für laufende Pfändung von Rechtsanwaltskosten einer verfassungswidrigen Krankenversicherung aus künstlichem Teilversäumnisurteil am Landgericht Wuppertal (7 O 214/12)

Miserable Qualität der Klageunterlagen, um mit Unleserlichkeit Verfassungswidrigkeiten zu verdecken: Sieh Anlage LG-01 Seite 7-19 Brutal verfassungswidrig: Soziale Zerschlagung des beklagten Opfers politisch motivierter Zerschlagungen vom Kläger mit Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz und mit unverhältnismäßiger Anzahl von Mahnbescheiden (6 Mahnbescheide mit Gegenerklärung) getoppt. Sieh Anlage LG-04

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf>

mit weiteren Anlagen: Anlage LG-01, LG-02, LG-03, LG-04

Um eine aktuelle und qualifizierte Information über das Umfeld zu geben, wurde laufende Verfassungsbeschwerde beigefügt: Sieh

Anlage LG-02

Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2121/22 vom 20.10.2022

wegen einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
mit Instanzen, Gerichte und Verfahren übergreifender Eskalation
mit Fortsetzung am Amtsgericht Velbert / Landgericht Wuppertal
mit **systematischer, Rechte beugender und Justiz belastender**
Verweigerung des längst fälligen
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz für
Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit **extremistischer Ausuferung**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>

Scroll down after link (page 251)

BVERFG-2201. Angegriffene Hoheitsakte in chronologischer Folge.

Totales Justiz-Versagen mit Behörden-Versagen am

Verwaltungsgericht:

Anstatt Rehabilitierung und Schadenersatz Fortsetzung mit neuer,
verfassungswidriger Zerschlagungsvariante am Amtsgericht durch
Richterin Kunze mit Unterstützung durch Rechtspfleger Jacob und 2
Obergerichtsvollzieherinnen (Christiane Bräutigam, Katja Sommerfeld)

Verfassungswidrigkeit von Gerichte übergreifenden Verfahren aus
Verwaltungsgerichten: Mit weiterführenden Verfahren an Amtsgericht
und Landgericht anzugreifende Gerichtskosten für verfassungswidrige
Urteile am Verwaltungsgericht rein gewaschen (wie „Geldwäsche“ von
illegal erwirtschafteten Geldern)

Verfassungswidriges Einzelrichter-Urteil 27 K 4325/18 vom
24.Aug.2021 an VG Düsseldorf: > > > Verfassungsbeschwerde 1 BvR
1319/22 vom 20.06.2022 (Kapitel BVERFG-371)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>

Behörden-Versagen: Justiz-Behörde Hamm entsorgt
anzugreifende Gerichtskosten durch Weiterleitung an Amtsgericht
Velbert mit Hilfe von Obergerichtsvollzieherin Christiane
Bräutigam

Justiz-Versagen: Opfer verhöhnende Beschlüsse des **Amtsgerichtes Velbert 16 M 188/22 vom 10.06.2022/14.06.2022**

Amtsgericht Velbert wird wie bei „Geldwäsche“ für illegal
erwirtschaftete Gelder für Durchsetzung verfassungswidriger Urteile
missbraucht, um Gerichtskosten für verfassungswidriges
Einzelrichter-Urteil an Verwaltungsgerichten zu rechtfertigen und „rein
zu waschen“ und mit Hilfe einer 2.Gerichtsvollzieherin (Katja
Sommerfeld) gegen einen über 80-jährigen Rentner zu vollstrecken
nach extremistischer Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen
seit 1998, weil für sein Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen
für Deutschland und Europa bis heute Rehabilitierung und
Schadenersatz verweigert wird.

BVERFG-2202. Die Wahrheit ist:

Politik-Versagen und Staats-Versagen unter der regierenden
Generation seit 1998, seit über 20 Jahren,
mit sanktioniertem Alt-Bundeskanzler und Putin-Berater Gerhard
Schröder,
mit einer Alt-Bundeskanzlerin Angela Merkel ohne Reue und
Schuld-Gefühle im und am Ukraine-Putin-Krieg mit Zeitenwende,
beide nachweislich persönlich hauptverantwortlich für
extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen
des Beschwerdeführers am Wohnort und am Geburtsort,
mit einer Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder bis in den Tod

und in den wirtschaftlichen Ruin bis zur Nachlass-Insolvenz unter zusätzlicher Verantwortung von und mit Rückendeckung aus Berlin:

Markus Söder, heute Ministerpräsident des Freistaates Bayern, mit einer Treib- und Hetzjagd gegen den Beschwerdeführer mit mehrfacher Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, kapitalen Vermögensschäden und Erzwingung der Firmeninsolvenz wegen seinem

herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.

mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),

mit erbärmlichen Versagen des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks nach Information an die gesamte Intendantenschaft, unter persönlicher Mittäterschaft der stellvertretenden WDR-Intendantin und WDR-Justitiarin Eva-Maria Michel mit Rückendeckung aus Berlin, heute mit

Schlesinger-Skandal und Schlesinger-System bundesweit, mit Justiz-Versagen bei Opfer-Kriminalisierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung und Behörden-Versagen durch Rein-Waschen verfassungswidriger Urteile mit Gerichte übergreifenden Gerichtsverfahren wie bei „Geldwäsche mit illegal erwirtschafteten Geldmengen“, mit Justiz-Versagen zu Staats-Versagen unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998, seit über 20 Jahren: Ursache für

extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort und ausschließliche Ursache für soziale Zerschlagung ohne soziale Sicherheit durch verfassungswidrige Rechtsanwendung von Sozialgesetzen
Definitiv: Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz zu politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 und zu sozialer Zerschlagung seit 2010 nach Auflösung der Altersrücklagen

anstatt Gerichte und Verfassungsbeschwerden übergreifende Kosten-Hetzjagd auf Zerschlagungsoffer mit Missbrauch von Justizbehörden im 81.Lebensjahr

BVERFG-2203. Beschwerdeführer ist mit Recht stolz darauf, dass führende Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung

Teil seines herausragenden Lebenswerkes sind und **Zeugen seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution** in Deutschland und Europa, wie z.B.

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Schirmherr und Eröffnungsredner auf der KOMMTECH'88, sieh im Internet

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und später des Freistaates Thüringen, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten, Festredner auf der ONLINE'85

> > > <http://www.euro-online.de/1984.htm>

Prof. Dr.jur. Erich Häußer, Präsident des Deutschen Patentamtes, zudem verantwortlich für den Aufbau des Patentwesens in China, Congressleiter auf der ONLINE1993, Beiratsvorsitzender auf den Europäischen Congressmessen ONLINE1994 und ONLINE1995
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997) auf seiner Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst.“
"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen"

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 7)

Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congress-Teilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend“ . . .

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Karel van Miert, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar (1989 bis 1999) für Wettbewerb, auf der ONLINE 1997

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3>

Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner auf der ONLINE 2001

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Erkki Liikanen, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft, auf der ONLINE 2001

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Anträge

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku der Verfassungsbeschwerde:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>

Scroll down after link (page 251)

Anlage LG-03

26 OWi-523 Js 814/22-84/22

Mitteilung des Amtsgerichtes Velbert vom 07.09.2002 (eingegangen am 13.09.2022) über Termin der Hauptverhandlung wegen Einspruch gegen den Bußgeldbescheid vom 28.06.2022 (Kreis Mettmann)

Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.m.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

01. Brutal verfassungswidrig mit Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre), weil . . .

weil die politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder unter Mittäterschaft des ÖRR seit 1998 (siehe Anlage OWiV-02) andauern, seit über 20 Jahren (Anlage OWiV-02)

weil die politisch motivierten Zerschlagungen einzige Ursache sind für soziale Zerschlagung unter Debeke (Zeugen) und der Zeuge längst zum Mittäter geworden ist,

weil Sozialgesetze für soziale Zerschlagung nach politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 missbraucht werden,

weil der Zeuge mit ständigen Attacken gegen das Zerschlagungsoffer nicht soziale Sicherheit will, sondern soziale Zerschlagung und aktuell so Schadenersatzverfahren mit unqualifizierten Attacken behindert und verhindert, und so zum Mittäter geworden ist,

weil langjähriges Behörden-Versagen Ursache ist, dass weisungsgebundene Staatsanwälte solche Bußgeld-Verfahren immer wieder zu betreiben haben,

Daher: Zurückweisung mit Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u. a.

02. Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland, auch Ordnungswidrigkeitsverfahren sind kein grundrechtsfreier Raum, schon gar nicht im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998.

Zeugen-Benennung von Debeke (Z1) und Jarski (Z2) ohne Zeugenbedarf

03. Bewertung des Bußgeldverfahrens nicht wegen Verkehrsordnungswidrigkeit:

Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:

Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig

Politik-Versagen, Justiz-Versagen, ÖRR-Versagen, Staats-Versagen:

Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen, mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)

Zerschlagungsoffer: Ausgehelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter

Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur

Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,

jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz)

zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)

bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998

04. Aus der Sicht des Bundesverfassungsgerichts:

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht

„Bürger sind keine Untertanen“

„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“

„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland“

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,

sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und

EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :

führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht

Grundrechte sind zu respektieren, sind weder käuflich noch strafbar,

Rechtsbeugung ist strafbar in besonders schwer wiegenden Fällen,

Rechtsanwendungen in Beschlüssen und Urteilen haben keine

Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden,

es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland, aber ein

grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand! .

Anlage LG-03 mit weiteren Anlagen: Anlage OWiV-01, OWiV-02,

OWiV-03

Anlage OWiV-01: Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf

vernetzte Internet-Doku einer Opfer verhöhnen, Menschen

verachtenden Kosten-Hetzjagd mit Bußgeldverfahren mit Kumpanei

von „Versicherung“, Rechtsanwälten und weisungsgebundenen

Staatsanwälte mit Zielsetzung der sozialen Zerschlagung

Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der

vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

Anlage OWiV-02: Kausales Umfeld des Bußgeld-Verfahrens

Zerschlagung 3 (Z3): Opfer kriminalisierende Verfahren am

Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Klage auf Schadenersatz und

mit ausführlicher Beschreibung des Umfeldes politisch

motivierter Zerschlagungen einschließlich sozialer Zerschlagung

(Z4, Z5)

wegen Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des Öffentlich-

rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit erdrückender Beweislage zu

skandalösen Praktiken (Schlesinger-Skandal) und der

stellvertretenden WDR-Intendantin mit Sondervollmachten und mit

Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>

Scroll down after link (page 253)

Anlage OWiV-03: Aktuelles Bußgeld-Verfahren einer

verfassungswidrigen, unverhältnismäßigen Kosten-Hetzjagd seit

2011 (Z5) mit Bußgeld-Bescheid und anschließender

Rechtsbeschwerde gemäß Anlage LG-03:

Behördenkommunikation des Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert

mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen,

Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit,

Recht und Verfassung und Staats-Versagen nicht mehr

nachvollziehbar ist.

Anlage VB-2302

mit weiteren Anlagen: Anlage LG-05, LG-06, LG-07

Schriftsatz vom 01.Dez.2022 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO wegen Versagung von rechtlichem Gehör durch Nicht-Bescheidung der Sofortigen Beschwerde vom 19.Nov.2022 zu 3 O 228/22 Landgericht Wuppertal gegen vorzeitige Eröffnung eines Justizverfahren mit brutal verfassungswidriger Klage

003. Brutal verfassungswidrig: Ausgehebelt, abgehängt, ausgegrenzt, zerschlagen, entrechtet, versklavt: Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, Ausgehebelt mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, anschließend mit unverhältnismäßiger, bundesweiter Opferkriminalisierung (Täter/Opfer-Umkehr) ausgegrenzt.

Unverhältnismäßige Sabotierung der Klagen auf Rehabilitation und Schadenersatz an Verwaltungsgerichten Düsseldorf und Berlin

> durch Kläger in Zusammenarbeit mit weisungsgebundenen Staatsanwälten, mit Opfer-Kriminalisierung seit 2011 und jetzt mit sozialer Zerschlagung

> durch Landgericht Wuppertal mit verfassungswidriger Abschiebung von 2 Schadenersatz-Verfahren seit 2015 / 2016 an Verwaltungsgericht Berlin (entgegen Art.34 GG),

> durch Aufdeckung der Kumpanei der Intendanten von ARD und ZDF inkl. Rundfunksperrung und Bundeskanzleramt mit

persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier / Merkel am Verwaltungsgericht Düsseldorf

> jetzt mit drohender Verweisung an das Amtsgericht Velbert und Fortsetzung der Opferkriminalisierung mit sozialer Zerschlagung mit verkürzter Antwortfrist.

(Anlage LG-05, LG-06)

Wie sollen richterliche Verfügungen umgesetzt werden, wenn Rehabilitation und Schadenersatz bis heute versagt werden und vom Kläger in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten sabotiert werden? Wie?

> > > Daher: Vorrang für Rehabilitation und Schadenersatz mit Anspruch auf ein humanes Lebensende ohne Justiz-Versagen

> > > Daher Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO wegen Versagung von rechtlichem Gehör durch Nicht-Bescheidung der Sofortigen Beschwerde vom 19.Nov.2022

zu 3 O 228/22 Landgericht Wuppertal

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf>

Scroll down after link (page 17)

mit weiteren Anlagen: Anlage LG-05, LG-06, LG-07

Zu BVERFG-2302. Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz, weil Probleme der Sozialversicherungen ausschließlich durch politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 verursacht
Brutal verfassungswidrig: Sabotierung der Klagen auf Schadenersatz und Rehabilitierung durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht mehr zu verarbeiten
Brutal verfassungswidrig: Exzesse der Altersdiskriminierung ohne Respektierung der herausragenden Lebensleistung des Beschwerdeführers:
Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a. mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),
> > > [ONLINE Congressbände 1976 - 2003](#)
Zerschlagungsopfer: Ausgehelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter
Ausgehelt mit der staatlichen UMTS-Auktion2000 unter persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier
Politisch motivierte Zerschlagung am Wohnort und am Geburtsort in Bayern unter persönlicher Verantwortung von Merkel / Söder / Michel.
Erdrückende Beweislage mit Schriftsatz vom 20.Sept. 2022 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf (Anlage VB-2304)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>
Scroll down after link (page 253)
mit Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz
mit Mehrrichter-Entscheidung
nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022 und [ARD/ÖRR-Krise mit Schlesinger-Skandal](#)
Fortsetzung der Klage mit Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022 wegen Anerkennung und Vorrang des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 unter Mittäterschaft des ÖRR mit persönlicher Beteiligung von [Eva-Maria Michel](#), WDR-Justiziarin seit Okt.1997 und Stellv. Intendantin des WDR seit Jan.2008 bis Okt. 2022

Sieh Anlage VB-2304

Der Schriftsatz vom 20.Sept. 2022 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf umfasst 242 Seiten mit Anlagen plus

2 ONLINE'98 Programme mit

2 Congressmesse-Kataloge

8 Congressbände I bis VIII (ISBN-nummeriert)

6 Tutorial Bände A-F (ISBN-nummeriert)

Der Schriftsatz enthält folgende Kapitel (174, 175, 176, 177 als Kurzfassung) und Anlagen:

174. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit Arroganz ohne Kontrolle und
Transparenz mit Rückendeckung durch **Schröder/Steinmeier/Merkel**:
Politisch motivierte Zerschlagungen und Verhinderung des
Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen ONLINE.
Skrupellose Vorteilsbeschaffung für ARD/WDR/Phoenix/ZDF und für
sich selbst (Beförderung zur stellvertretenden Intendantin u.a.)
mit Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen und
mit Verhinderung des Wiederaufbaus der Europäischen
Congressmessen ONLINE durch Rundfunksperre in Polit-
Magazinen und Polit-Talks unter Verantwortung von
Eva-Maria Michel, WDR/Phoenix-Justiziarin seit Okt.1997 und
Stellvertretende Intendantin des WDR seit Jan.2008 bis 2022
Phoenix, öffentlich-rechtlicher Fernsehsender, Gemeinschaftseinrichtung
von ARD (von WDR vertreten) und ZDF.
Sendestart von Phoenix: 7.April 1997.
Phoenix-Team mit Presse-Ausweis auf der ONLINE'98, erstellt
multimediale Raubkopie von qualifiziertem, ganztägigem, Teilnehmer-
finanziertem Management-Symposium I-1 (16.02.1998) zu rechtswidriger
Nutzung auf anderen Veranstaltungen
Teilnehmer-Finanzierung mit multimedialer Raubkopie durch gebühren-
finanzierten Sender ausgehebelt: Missbrauch der Raubkopien für
nachfolgende Veranstaltungen ohne Information des Veranstalters nach der
ONLINE'98 unter Verantwortung der WDR-Justitiarin.
Jan.2008: Ernennung der WDR-Justitiarin zur stellvertretenden
Intendantin mit erweiterten Vollmachten, z.B. für/wegen
Überwachung der Rundfunksperre zu politisch motivierter
Zerschlagung der Europäischen Congressmessen in 2000/2003
und zur Verhinderung des Wiederaufbaus durch Rundfunksperre
nach mehrfachen Anschreiben des Klägers im Okt.2007 an
alle Intendanten des ÖRR mit Internet-Link zu konstruktiven
Schreiben vom 28.09.2007 an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel
(siehe Anlage Innovationen3 mit beigefügten Abschnitten 01-16
bzw. Internet mit beigefügten Abschnitten 01-16)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/innovationen3.pdf>
Nachweis mit qualifiziertem Zeugenbeweis am Verwaltungsgericht
Düsseldorf bis dato vorsätzlich unterdrückt, um weitergehende
Beweisinformationen zu verhindern,
Gerichtliche Unterstützung mangelnder Kontrolle und Transparenz im ÖRR
durch diskriminierende Parteilichkeit des Gerichts nur mit
Ablehnungsgesuch des Einzelrichters zu verhindern.
Intendant-Vollmacht für Rundfunksperre der stellvertretenden
Intendantin mutmaßlich mit Rückendeckung durch Bundeskanzlerin:
> > > Anlage Innovationen3, Anlage VI-4 / V-4 und Anlage VI-5 / V-5
2005-2007: Anschreiben am 28.09.2007 an Bundeskanzlerin mit den
Abschnitten 01-16 und weiteren Anschreiben voraus in 2005 an
Bundeskanzlerin und an Ministerpräsidenten der Bundesländer gemäß
Abschnitt 16 und
nach Intendanten-Anschreiben in 2007 (alle Intendanten der ARD und des
ZDF waren informiert), danach Ernennung von
Eva-Maria Michel zur stellvertretenden Intendantin des WDR seit
Jan.2008 mit Sondervollmachten zur Überwachung der
Rundfunksperre in Politmagazinen bis heute.
Alle Vorgänge am ÖRR mutmaßlich mit Rückendeckung aus Berlin seit
1998:
Persönliche Vorteilsnahme: WDR-Justiziarin hat sich mit erforderlichen
Vollmachten ausstatten und zur stellvertretenden Intendantin
befördern lassen, im Widerspruch zu

Monika Piel, ARD-Vorsitzende (2011-2012) und WDR-Intendantin (Rücktritt aus persönlichen Gründen in Jan.2013, im April 2013 umgedeutet zu gesundheitlichen Gründen)

nach Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013 mit Schreiben an WDR-Intendantin als Anlage3 (Beweisanlage)

Offensichtliche Konfliktsituation: WDR-Intendantin wollte die politisch motivierten Zerschlagungen nicht mit verantworten im Gegensatz zur stellv. Intendantin

Seit 2013: Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd durch den WDR über das Verwaltungsgericht Düsseldorf unter Verantwortung der stellv. Intendantin und WDR-Justitiarin, die als Nachfolgerin der zurückgetretenen WDR-Intendantin ohne Chance war, offensichtlich aus schwerwiegenden Gründen im Zusammenhang mit der Ernennung zur stellvertretenden Intendantin mit Sondervollmachten.

2013 Tom Buhrow Nachfolger als WDR-Intendant, voll informiert vom Kläger, immer wieder persönlich angeschrieben, Intendant hat längst fällige Antwort verweigert:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 89)

Verteiler dieses Schreibens vom 06.März 2018:

Bundesverfassungsgericht, Erster Senat, 1 BvR 444/18.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>

Scroll down after link (page 84)

Ulrich Wilhelm, ARD-Vorsitzender und Vertreter des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks, Intendant des Bayerischen Rundfunks.

Dr. Thomas Bellut, Intendant des ZDF,

Tom Buhrow, Intendant Westdeutscher Rundfunk,

vertretungsberechtigt für Öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

175. Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:

Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig

Politik-Versagen, ÖRR-Versagen, Staats-Versagen:

Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen, mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)

Zerschlagungsoffer: Ausgehobelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und verklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter

Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für

Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur

Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,

jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz)

zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)

bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen

mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998:

Qualifizierter Zeugenbeweis am Verwaltungsgericht ohne Begründung unterdrückt und ohne Bewertung, weil weitere Untaten/Missstände des ÖRR aufklärbar sind: ohne Chance seit 2013:

Verwaltungskritische Justiz: **Mehrrichter-Entscheidungen** für politisch motivierte Zerschlagungen unverzichtbar (Unerträglich: Einzelrichter-Entscheidung nach Ablehnungsgesuch), weil sippenweise Zerschlagung am Wohnort (Z1), am bayerischen Geburtsort (Z2) mit Söder-Nähe, mit Beteiligung des ÖRR (Z3), parallel mit sozialer Zerschlagung (Z4), mit mehrfacher Freiheitsberaubung und psychischer Folter (Z5), Barbarisch brutal, verfassungswidrig: Missbrauch sozialer Zerschlagung im Alter von über 80 Jahren mit gerichtlicher Treib- und Hetzjagd als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen.

Barbarisch brutal, respektlos und humanes Sterben verweigert: Missbrauch von Justizbehörden für Treib- und Hetzjagd bis in das hohe Alter ohne Rehabilitation und Schadenersatz (2012: Erzwungener Freitod seines Bruders im 73.Lebensalter am Geburtsort in Bayern mit anschließender Nachlass-Insolvenz nach ökonomischer, politisch motivierter Zerschlagung, seines qualifizierten Lebensmittelbetriebes seit 1998.

Ausuferung der politisch motivierten Zerschlagungen am Geburtsort unter Söder wäre mit Sicherheit vermeidbar gewesen)

2008: Eva Maria Michel, seit 1997 WDR-Justiziarin, auch zuständig für ARD-Interessen beim neuen Sender Phoenix (1997 gegründet), befördert zur Stellvertretenden Intendantin nicht nur zwecks Rundfunk-Sperre nach konstruktivem Beschwerde-Brief an alle Intendanten der ARD/ZDF und an Altbundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007 **Erschwerend**: Verbindung zwischen Täterschaft am Geburtsort in Bayern und Täterschaft des ÖRR / WDR unter Söder/Michel mit Merkel-Rückendeckung

Januar 2013: Rücktritt von WDR-Intendantin Monika Piel aus persönlichen Gründen nach mehrfachem Anschreiben durch das Zerschlagungsoffer und nach Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013.

Folgewirkungen der Rundfunk Sperre in Polit-Magazinen unter Kontrolle der stellvertretenden Intendantin: Extremistische Auswirkungen (Z2, Z3, Z4, Z5, erzwungener Freitod in 2012) der politisch motivierten Zerschlagungen hätten verhindert werden können, mit Aufklärung über Polit-Magazine daher viel höhere Schadensbewertung erforderlich als bisher angenommen),

Mehrfache, intensive Bemühungen um qualifizierte Information der Öffentlichkeit über politisch motivierte Zerschlagungen ohne Chance seit 2007 z.B.

Rundfunk Sperre des Klägers zu einer **Maischberger-Sendung in 2017** über Zusammenhang von politisch motivierten Zerschlagungen, Agenda 2010 und HARTZ IV

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 72)

176. Herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsoffers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen, mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)

Europäische Congressmessen ONLINE und KOMMTECH : Weiterentwicklung der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe, vom Zerschlagungsoffer persönlich ohne Subventionen entwickelt und durchgeführt in D, A, CH

Herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsoffers nicht nur das Ergebnis eines geeigneten Business-Plan, sondern das Ergebnis japanischer Lebens- und Arbeitsphilosophie Kaizen, in deren Zentrum das Streben nach kontinuierlicher und

unendlicher Verbesserung steht. Verbesserung erfolgt in schrittweiser, punktueller Perfektionierung oder Optimierung eines Produktes oder Prozesses: Sieh Anlage VG-2210

26 Jahre Europäische Congressmessen.

Qualifikation der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH bis heute nicht anerkannt, weil privatrechtlich (Familien-Unternehmen) organisiert und wegen Mittäterschaft des gebührenfinanzierten ÖRR, mit rechtswidriger Vorteilsnahme durch multimediale Raubkopien von Teilnehmer-finanzierten Congress-Symposien am Beispiel der Europäischen Congressmesse ONLINE '98, mit Rückendeckung aus Berlin, in bester Abstimmung mit Bayerischer Staatsregierung, mit Rundfunksperre in Polit-Magazinen, mit Unterdrückung qualifizierter Zeugenbeweise zerschlagen: Sieh beiliegenden Beweise.

177. Brutal verfassungswidrig, Menschen verachtend, Bürger verachtend und Gebührenzahler verachtend:

Extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998:

Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet.

Politik in Berlin und München, Öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Sozialversicherungsträger Hand-in-Hand: Seit über 20 Jahren, wie lange noch so weiter?

Hand-in-Hand: Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder / Huml / Michel / Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Respekt vor Intendantin Monika Piel, die dies nicht mitmachen wollte! Alle andere Intendanten der ARD und des ZDF (gesamte Intendantenschaft) wussten Bescheid.

Zerschlagen nicht nur:

Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen für digitalen Innovationstransfer, herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsopfers,

Zerschlagung seines Unternehmens mit hochqualifizierten, schon in 2000 voll digitalisierten Arbeitsplätzen mit einem professionell arbeitenden Congressmesse-Team, das in 2003 entlassen werden musste, aber mit dem Versprechen, alle beim schnellstmöglichen Wiederaufbau der Congressmessen zurückholen zu wollen.

Danach

Zerschlagung seiner professionell operierenden Lieferkette, deren Firmen andere Auftraggeber suchen mussten,

Zerschlagung seiner Kundenpotentiale (Hauptkundenstamm New Economy 2000, digitale Innovationselite), seiner Referenten- und Aussteller- Potentiale durch Rundfunksperre mit Rückendeckung aus Berlin

Zerschlagung seines Geschäftshauses: Repräsentative Gründerzeit-Villa von deutschen Banken für Schuldentilgung konfisziert, weil Wiederaufbau verweigert

Zerschlagung seines bayerischen Geburtshauses mit Geschäfts- und 2.Wohn-Immobilie, mit einer Treib- und Hetzjagd seines Bruders in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (Erzwingung seines Freitodes in 2012 mit öffentlicher Diskriminierung und Diffamierung in Kommunalwahlen und öffentlichen Pressekonferenzen des Landratsamtes Tirschenreuth (Volksjustiz) und verfassungswidrigen Urteilen am Verwaltungsgericht Regensburg und anschließende Nachlass-Insolvenz)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf>

Nach politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort mit Rundfunksperre durch ÖRR, nach Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag in 2010 mit

Anschreiben an Intendanten der ARD/ZDF mit Rundfunksperre seit 2008:

Opfer kriminalisierender Missbrauch sozialer Verpflichtungen für soziale Zerschlagung trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen,

Opfer kriminalisierender und Opfer verhöhnender Missbrauch von Erzwingungshaft für Freiheitsberaubung (zweimal) und psychische Folter trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen ,

Opfer kriminalisierender Missbrauch von Gebührenbescheiden und Widerspruchsbescheiden für eine Fülle von Zwangsmaßnahmen in Kenntnis eigener Schuld

Opfer kriminalisierender Missbrauch von rechtsanwaltlicher Unterstützung für Maximierung von Rechtskosten trotz erdrückender Beweislage

Opfer kriminalisierender und Opfer verhöhnender Missbrauch einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit 2010

Opfer kriminalisierender Missbrauch eines Pfändungsschutzkonto durch Sozialversicherungsträger für Kosten eines Rechtsanwalts, der eine verfassungswidrige Krankenversicherung am Landgericht Wuppertal trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen durchgesetzt hat

Opfer kriminalisierender Missbrauch von Ordnungswidrigkeitsverfahren am laufendem Bande am Amtsgericht Mettmann mit Fortsetzung jetzt am Amtsgericht Velbert seit 2011

Opfer vernichtender Missbrauch der rechtsanwaltlichen Vertretungspflicht

der 2. Instanz für Maximierung der Rechtskosten bei politisch motivierten Zerschlagungen extremistischer Ausuferung

Opfer kriminalisierender Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen für Pfändungsschutz-Kontoinhaber seit 2013 ohne Nutzungsmöglichkeiten selbst für Dispo-Kredite, geschweige denn Kreditkarten

Opfer verhöhnende Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung für inhumanes Lebensende mit politisch motivierter Sklavenhaltung des Zerschlagungsopfers im 81. Lebensjahr

Daher jetzt gefordert:

Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz

Verfassungswidrig: Psychische Folter und Opfer diskriminierender, Alter diskriminierender, Generationen diskriminierender Missbrauch sozialer Zerschlagung durch Sozialversicherungsträger, von dessen Rechtsanwälten zugemüllt mit Geldforderungen und Zinseszins-Rechnungen verhindert bis heute Rehabilitierung und Schadenersatz, verhindern Aktualisierung von qualifizierten Klageschriften für das Verwaltungsgericht Berlin mit Elke Büdenbender im Richter-Kollegium und

Verwaltungsgericht Regensburg mit Söder-Nähe (Söder/Huml-Mittäterschaft mit Rückendeckung von Bundeskanzlerin einschl. Söder/Huml-Kooperation aufgezeigt)

Nachgewiesener Zusammenhang: Kooperation von Söder / Huml / Michel bei politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort unter Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin seit 2008 mit Intensivierung nach Petitionen am Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag in 2010 mit Vernichtung seines Bruders in 2012

Qualifikation der Europäischen Congressmessen vom Beklagten mit politisch motivierten Raubkopien längst anerkannt, daher auch gerichtlich zu bestätigen.

Antrag auf Verurteilung der/des Beklagten, offensichtlich mit Sondervollmachten der Zerschlagung für die stellvertretende Intendantin Eva-Maria Michel, offensichtlich stellvertretend für gesamte ARD/ZDF-Intendantenschaft (alle Intendanten der ARD und des ZDF in 2007 mit Merkel-Anschreiben (Innovationen 3) informiert, Schaden durch Rundfunksperre viel größer als durch multimediale Raubkopien mit verwaltungsgerichtlicher Verhinderung von qualifizierten und weiterführenden Zeugenbeweisen

Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz, Geständnis-Verweigerung des Beklagten ist endlich mit Strafverschärfung zu bewerten

Antrag auf Einräumung von mehr Arbeitszeit für Ausarbeitung qualifizierter Klageschriften, ohne weitere Verzögerung durch soziale Zerschlagung, ohne Altersdiskriminierung im 81.Lebensjahr

mit Umsetzung der Forderung des Bundesverfassungsgerichts nach weniger Verfassungsbeschwerden

Massive Täter / Opfer-Umkehr: Täter ist nicht der Kläger, sondern Opfer sind der Kläger und seine Familie, sein Bruder u.a., sind Zerschlagungsoffer einer Menschen, Bürger und Gebührenzahler verachtenden Diskriminierung, Diffamierung und Kriminalisierung in einem brutalem Umfeld mit Staatsversagen (Politikversagen) mit eskalierender Ukraine-Krieg-Zeitenwende und mit höchstem ÖRR-Reformbedarf nach Eskalation des Schlesinger-Skandals.

Detaillierte Ausführungen zu diesen Kapiteln in Anlage VB-2304 zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>

Scroll down after link (page 253)

Darüber hinaus: Sieh

Anlage VB-2305:

Brutal verfassungswidrige Ausgrenzung aus Solidargemeinschaft durch Pfändung der Energiepreispauschale der Bundesregierung wegen Rechtsanwaltskosten des Sozialversicherungsträgers für verfassungswidrige Krankenversicherung am 08.12.2022

Ein Sozialversicherungsträger,

der für derartige asoziale Pfändungen verantwortlich ist und der

Sabotierung der Klagen auf Schadenersatz und Rehabilitierung durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der asozialen Zerschlagung betreibt,

der hat seine Berechtigung als Sozialversicherungsträger definitiv verloren, weil er nur noch asoziale Zerschlagung betreibt.

Aus einer Verfassungsbeschwerde vom 20.Mai 2021

Die detaillierten Ausführungen zum nachstehenden Kapiteln sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku der Verfassungsbeschwerde:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27.pdf>

Scroll down after link (page 441)

Nach anzugreifende Mitteilung vom 07.05.2021 durch das Landgericht Wuppertal mit Versagung von rechtlichem Gehör für Antrag auf ein Berufungsverfahren mit Prozesskostenhilfe am Landgericht Wuppertal

gegen Sozialversicherungsträger mit verfassungswidriger Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit 2010

zur Erreichung einer nicht verfassungswidrigen Krankengrundversicherung, in einem exotischen Gerichtsverfahren

nach verfassungswidriger Verweisung am Landgericht (3 O 61/19),
nach verfassungswidrigem Urteil 11 C 89/19 am Amtsgericht Velbert,
nach 3 verfassungswidrigen Beschwerdeverfahren zu einer sofortigen Beschwerde 16 T 119/19 (16 T 258/20, 16 T 203/19) am Landgericht Wuppertal
mit Antrag auf Berufung am Landgericht Wuppertal (9 S 30/21).

Längst auf der Strecke geblieben:

Europäisches Menschenrecht auf ein faires Verfahren (Art.6 EMRK, Art.1 Abs.1 GG und Art.2 Abs.1 GG iVm Rechtsstaatsprinzip) und auf eine faire Sozialversicherung, die nicht verfassungswidrig ist, mit Perspektive auf eine Chance für das Zerschlagungs- und Kriminalisierungsoffer.

BVERFG-2044. Unbeschreiblich unverhältnismäßig:

Wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für Digitalisierung in Deutschland und Europa Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung seit 1998 und Opfer politisch motivierter Sklavenhaltung, gegen eine verfassungswidrige, best vernetzte Täter-Phalanx und gegen eine verfassungswidrige Gerichte-Phalanx.

Verfassungswidrig ist,

> wenn Grundrechte und grundrechtsgleiche

Rechte nicht mehr respektiert werden,

> wenn Bürger mit/wegen vorzeigbarer Lebensleistung wie/als kriminelle Untertanen behandelt werden,

> wenn Rehabilitierung und Schadenersatz versagt werden,

> wenn Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung und psychische Folter beklagt werden,

> wenn kapitale Vermögensschäden bis zu Benutzungszwang eines Pfändungsschutz-Konto mit Vernichtung ansehnlicher Altersrücklagen beklagt werden,

> wenn nur Opferkriminalisierung wegen verheerender Folgewirkungen staatlicher Übergriffe mit extremistischer Ausuferung an Gerichten verhandelt und gleichzeitig Schadenersatz unterdrückt wird,

> wenn rechtsanwaltliche Vertretung gefordert wird, obwohl vertrauenswürdige Rechtsanwälte auf Prozesskostenhilfe-Basis gegen eine verfassungswidrige Täter-Phalanx und Gerichte-Phalanx nicht verfügbar sind,

> wenn das Europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren nach Art.6 EMRK längst Makulatur geworden ist.

Beweis wegen Versagen als Brückenbauer

"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so) Juni/Juli 2018

Briefe (2) an Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf>

Bundespräsident antwortet nicht trotz persönlicher Verantwortung für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu bundesweiter Sippenzerschlagung mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer in 2012) und kapitalen Schäden

Beweis wegen Klage politisch motivierter Zerschlagungen

Altbundeskanzlerin Dr. Angela Merkel wurde schon als designierte Bundeskanzlerin seit 2005 und später immer wieder angeschrieben und im Beweis-Ordner 3 auch das Verwaltungsgericht Berlin informiert:

Sieh Anlage 3.61, 3.62, 3.64, 3.71, 3.81, 3.88,

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 9/10/11) und z..B.

Anlage 3.71:

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007 -

Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen? Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer (Umfang 18 Seiten)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf>

Die gesamte Intendantenschaft von ARD und ZDF wurde über diesen Brief informiert. Sieh Anlage 3.74, 3.75. Seit dem Schlesinger-Skandal 2022 ist bekannt geworden, wie kurz die Wege zwischen Intendanten und Staatskanzleien sind und für Zerschlagungen genutzt werden. Sieh: **2008: Eva Maria Michel, seit 1997 WDR-Justiziarin, auch zuständig für ARD-Interessen beim neuen Sender Phoenix (1997 gegründet), befördert zur Stellvertretenden Intendantin nicht nur zwecks Rundfunk-Sperre bis heute nach konstruktivem Beschwerde-Brief an alle Intendanten der ARD/ZDF und an Altbundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007.**

Nachgewiesen: Rechtsmissbräuchliche Nutzung multimedialer Raubkopien von Teilnehmer-finanzierten Management-Symposien der ONLINE'98 in Düsseldorf

Ausführlich informiert sind:

Bärbel Bas, Präsidentin des Deutschen Bundestags seit 2021

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf>

Scroll down after link (page 38)

Dr. Wolfgang Schäuble, Präsident des Deutschen Bundestag (2017-2021)

Prof. Dr. Norbert Lammert, Präsident des Deutschen Bundestag (2005-2017)

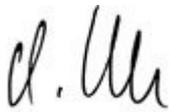
"Bürger sind keine Untertanen" (schon gar nicht Untertanen einer politisch motivierten Sklavenhaltung)
so Prof. em. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier,
Präsident des Bundesverfassungsgericht (2002-2010).

"Das Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren",
so Prof. Dr. Dres. h.c. Andreas Voßkuhle,
Präsident des Bundesverfassungsgericht (2010-2020).

"Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland",
so Prof. Dr. Stephan Harbarth, LL.M.,
Präsident des Bundesverfassungsgericht seit 2020.

Der Rechtsstaat darf nicht nur gegen Bürger, sondern **muss endlich auch für Bürger da sein**, insbesondere bei extremistischer **Ausuferung staatlicher Übergriffe einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik, aktueller denn je nach Proklamation einer Zeitenwende durch den derzeitigen Bundeskanzler im Februar 2022**. Wenn sich Bürger seit über 10 Jahren wehren, weil seit 1998, seit über 20 Jahren geplant und absichtlich, zum Schaden von Deutschland, gegen ihre Grundrechte massiv verstoßen wird, ist beim Bundesverfassungsgericht ohne Zweifel das **grundrechtsgleiche Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG** mit Antrag auf Opferschutz anzumahnen.

Velbert, 10.Dez.2022



Albin L. Ockl



Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa

> > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 19)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben und mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für Innovationswachstum ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen.

Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1986, 1987, 1988 Congresse für Künstliche Intelligenz (KI) mit $3 \times 4 = 12$ ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben. Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT in 2018, die auch eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf dem staatlichen Digital-Gipfel im Dezember 2018/2019, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung/Aus unserer Europäischen Congressmessen in 2003 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

> > > [ONLINE Congressbände 1976 - 2003](#)

Anlage VB-2301

mit weiteren Anlagen: Anlage LG-01, LG-02, LG-03, LG-04

Schriftsatz vom 19.Nov.2022 mit Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde wegen Antrag auf weiteres Vorverfahren zwecks Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz und Anhörungsrüge wegen ausstehender Bescheidung der Rechtsbeschwerde vom 27.Sept.2022 gegen Amtsgericht Velbert 001.

Brutal verfassungswidrig:

Totales Staatsversagen eines demokratischen Rechtsstaates mit extremistischer Ausuferung von Politik-Versagen, Justiz-Versagen, Behörden-Versagen (Verfassungsbeschwerde vom 20.10.2022 (1 BvR 2121/22) in Anlage LG-02)

> mit politisch motivierten Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von **Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder**,
> unter aktiver Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (mit Wissen der gesamten ÖRR-Intendantenschaft unter Federführung der **stellvertretenden WDR-Intendantin (2008-2022) und WDR-Justitiarin Michel (1997-2022, Schlesinger-Skandal-System überall)**)

mit laufenden Gerichtsverfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf und Rechtshängigkeit am Verwaltungsgericht Berlin wegen Rehabilitierung und Schadenersatz

> unter aktiver, Zeit raubender Beteiligung des Sozialversicherungsträgers (verfassungswidrige Krankenversicherung, soziale Zerschlagung mit unverhältnismäßiger Treib- und Hetzjagd an Amtsgerichten und Sozialgerichten und Be-/Verhinderung laufender Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz, insbesondere in 2021 am Verwaltungsgericht Berlin)

> unter aktiver Beteiligung des Sozialversicherungsträgers an Ordnungswidrigkeitsverfahren an den Amtsgerichten Mettmann und Velbert mit angewiesenen Staatsanwälten, zweimal mit Eskalation zu Freiheitsberaubung und psychischer Folter,

> ausschließlich verursacht durch kapitale Vermögensschäden der politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern,

> mit extremistischer Ausuferung durch Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder am Geburtsort in Bayern in den wirtschaftlichen Ruin bis in den erzwungenen Tod (2012) und anschließender Nachlass-Insolvenz

> Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen:

Herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.

mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum

durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),

> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003

> unter aktiver Beteiligung des Sozialversicherungsträgers mit unverhältnismäßiger Be-/Verhinderung/Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz im laufendem Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin ohne die Chance, in 2021 nach einer umfassenden Verfassungsbeschwerde das laufende Verfahren fortsetzen zu können wegen ständiger Attacken des Klägers (soziale Zerschlagung unter Verantwortung des Sozialversicherungsträgers)

> heute im 82.Lebensjahr de facto ohne Versicherungsleistungen seit 2010, mit einer verfassungswidrigen Krankenversicherung, mit Zwangsmaßnahmen auf einem Pfändungsschutzkonto, mit Fortsetzung eines erbärmlichen Opferkriminalisierungswahnsinn, mit unerträglicher Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung durch nachrückende Generationen in Behörden und Justiz
> mit verfassungswidrigem Justiz-Versagen am Landgericht Wuppertal u.v.a.m.

002. Brutal verfassungswidrig:

Totales Staatsversagen mit DEBEKA-Skandal

mit Unterstützung durch angewiesene, skrupellose Staatsanwälte: Kläger betreibt mit sozialer Zerschlagung Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen

Abartig und skandalös: Deutscher Bundestag diskutiert über bedingungsloses Grundeinkommen und Rentner im 82.Lebensjahr werden vom Sozialversicherungsträger mit sozialer Zerschlagung entsorgt.

Abartig, skandalös und primitiv: Opfer-Kriminalisierung mit Altersdiskriminierung, Kläger sabotiert Rehabilitierung und Schadenersatz mit zeitintensiven Gerichtsverfahren und Justiz-Attacken, sodass dem Opfer die erforderliche Zeit fehlt, um Rehabilitierung und Schadenersatz zu erreichen, bis heute keine abschließenden Verhandlungen an Verwaltungsgerichten möglich.
Kein Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen müssen sich selbst im Alter über 80 Jahre um ihre Gesundheit kümmern

Verfassungswidrig und diskriminierend: Gesetz zur Beseitigung sozialer Überforderung bei Beitragsschulden in der Krankenversicherung, weil Beitragsschulden und soziale Überforderung durch kapitale Vermögensschäden in 2-stelliger Mio-Höhe verursacht und Rehabilitierung und Schadenersatz bis heute verweigert

Justiz verweigert Opfer politischer motivierter Zerschlagungen ohne Rechtsanwälte Gerichtsverfahren mit Mehrrichter-Verantwortung durch Abschiebung in „de facto grundrechtsfreie“ Einzelrichter-Veranstaltungen.

Verfassungswidrig: Krankenversicherung des Klägers, Gerichtsverfahren in 2021 am Landgericht Wuppertal abgelehnt. Aktenzeichen 9 S 30/21, 11 C 89/19 Amtsgericht Velbert, 3 O 61/19 Landgericht Wuppertal

Verfassungswidrig: Pfändungsschutz-Konto (seit 2013) vom Kläger missbraucht für laufende Pfändung von Rechtsanwaltskosten einer verfassungswidrigen Krankenversicherung aus künstlichem Teilversäumnisurteil am Landgericht Wuppertal (7 O 214/12)

Miserable Qualität der Klageunterlagen, um mit Unleserlichkeit Verfassungswidrigkeiten zu verdecken: Sieh Anlage LG-01 Seite 7-19

Brutal verfassungswidrig: Soziale Zerschlagung des beklagten Opfers politischer motivierter Zerschlagungen vom Kläger mit Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz und mit unverhältnismäßiger Anzahl von Mahnbescheiden (6 Mahnbescheide mit Gegenerklärung) getoppt. Sieh Anlage LG-04

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf>

mit weiteren Anlagen: Anlage LG-01, LG-02, LG-03, LG-04

Anlage LG-01

Klage-Eröffnung vom 07.11.2022 (eingegangen am 12.11.2022)

mit verkürzter Notfrist

durch 3.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal (3 O 228/22),

- a) mit Anschreiben vom 07.11.2022 (Seite 1-2),
- b) mit prozessleitender Verfügung (Seite 3-4)
- c) mit Anschreiben der RAe Giebel und Kollegen an das Amtsgericht Mayen vom 11.04.2022 (Seite 5-6)
- d) mit nicht lesbaren Beschreibung des Tarifs NLT (K1, Seite 7-13)
- e) mit nicht lesbaren Allgemeinen Versicherungsbedingungen für den Notlagentarif (K2, Seite 14-18)
- f) mit einem angeblichem Anschreiben vom 13.Sept.2013 ohne Unterschrift (K, Seite 19-23)
- g) mit Beitragsaufstellung vom Aug.2018-Juli 2020 und Prüfvermerk vom 3.11.2022 (K4, Seite 24-25)
- h) mit Gerichtsbeschluss 3 O 228/22 vom 07.11.2022 über vorläufigen Streitwert (Seite 26-28)

Anlage LG-02

Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2121/22 vom 20.10.2022

wegen einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz

mit Instanzen, Gerichte und Verfahren übergreifender Eskalation

mit Fortsetzung am Amtsgericht Velbert / Landgericht Wuppertal

mit systematischer, Rechte beugender und Justiz belastender

Verweigerung des längst fälligen

Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz für

Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)

mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz

mit extremistischer Ausuferung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>

Scroll down after link (page 251)

BVERFG-2201. Angegriffene Hoheitsakte in chronologischer

Folge.

Totales Justiz-Versagen mit Behörden-Versagen am

Verwaltungsgericht:

Anstatt Rehabilitierung und Schadenersatz Fortsetzung mit neuer, verfassungswidriger Zerschlagungsvariante am Amtsgericht durch Richterin Kunze mit Unterstützung durch Rechtspfleger Jacob und 2 Obergerichtsvollzieherinnen (Christiane Bräutigam, Katja Sommerfeld)

Verfassungswidrigkeit von Gerichte übergreifenden Verfahren aus

Verwaltungsgerichten: Mit weiterführenden Verfahren an Amtsgericht und Landgericht anzugreifende Gerichtskosten für verfassungswidrige Urteile am Verwaltungsgericht rein gewaschen (wie „Geldwäsche“ von illegal erwirtschafteten Geldern)

Verfassungswidriges Einzelrichter-Urteil 27 K 4325/18 vom

24.Aug.2021 an VG Düsseldorf: > > > Verfassungsbeschwerde 1 BvR

1319/22 vom 20.06.2022 (Kapitel BVERFG-371)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>

Behörden-Versagen: Justiz-Behörde Hamm entsorgt

anzugreifende Gerichtskosten durch Weiterleitung an Amtsgericht

Velbert mit Hilfe von Obergerichtsvollzieherin Christiane

Bräutigam

Justiz-Versagen: Opfer verhöhnende Beschlüsse des

Amtsgerichtes Velbert 16 M 188/22 vom 10.06.2022/14.06.2022

Amtsgericht Velbert wird wie bei „Geldwäsche“ für illegal

erwirtschaftete Gelder für Durchsetzung verfassungswidriger Urteile missbraucht, um Gerichtskosten für verfassungswidriges Einzelrichter-Urteil an Verwaltungsgerichten zu rechtfertigen und „rein zu waschen“ und mit Hilfe einer 2.Gerichtsvollzieherin (Katja Sommerfeld) gegen einen über 80-jährigen Rentner zu vollstrecken

nach extremistischer Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, weil für sein Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen

für Deutschland und Europa bis heute Rehabilitierung und Schadenersatz verweigert wird.

BVERFG-2202. Die Wahrheit ist:

Politik-Versagen und Staats-Versagen unter der regierenden Generation seit 1998, seit über 20 Jahren, mit sanktioniertem Alt-Bundeskanzler und Putin-Berater Gerhard Schröder, mit einer Alt-Bundeskanzlerin Angela Merkel ohne Reue und Schuld-Gefühle im und am Ukraine-Putin-Krieg mit Zeitenwende, beide nachweislich persönlich hauptverantwortlich für extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen des Beschwerdeführers am Wohnort und am Geburtsort, mit einer Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder bis in den Tod und in den wirtschaftlichen Ruin bis zur Nachlass-Insolvenz unter zusätzlicher Verantwortung von und mit Rückendeckung aus Berlin:

Markus Söder, heute Ministerpräsident des Freistaates Bayern, mit einer Treib- und Hetzjagd gegen den Beschwerdeführer mit mehrfacher Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, kapitalen Vermögensschäden und Erzwingung der Firmeninsolvenz wegen seinem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in

Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a. mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche), mit erbärmlichen Versagen des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks nach Information an die gesamte Intendantenschaft, unter persönlicher Mittäterschaft der stellvertretenden WDR-Intendantin und WDR-Justitiarin Eva-Maria Michel mit Rückendeckung aus Berlin, heute mit

Schlesinger-Skandal und Schlesinger-System bundesweit, mit Justiz-Versagen bei Opfer-Kriminalisierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung und Behörden-Versagen durch Rein-Waschen verfassungswidriger Urteile mit Gerichte übergreifenden Gerichtsverfahren wie bei „Geldwäsche mit illegal erwirtschafteten Geldmengen“, mit Justiz-Versagen zu Staats-Versagen unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998, seit über 20 Jahren: Ursache für

extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort und ausschließliche Ursache für soziale Zerschlagung ohne soziale Sicherheit durch verfassungswidrige Rechtsanwendung von Sozialgesetzen Definitiv: Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz zu politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 und zu sozialer Zerschlagung seit 2010 nach Auflösung der Altersrücklagen

anstatt Gerichte und Verfassungsbeschwerden übergreifende Kosten-Hetzjagd auf Zerschlagungsoffer mit Missbrauch von Justizbehörden im 81.Lebensjahr

BVERFG-2203. Beschwerdeführer ist mit Recht stolz darauf, dass

führende Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung

Teil seines herausragenden Lebenswerkes sind und

Zeugen seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, wie z.B.

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Schirmherr und Eröffnungsredner auf der KOMMTECH'88, siehe im Internet

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und später des Freistaates Thüringen, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten, Festredner auf der ONLINE'85

> > > <http://www.euro-online.de/1984.htm>

Prof. Dr.jur. Erich Häußler, Präsident des Deutschen Patentamtes, zudem verantwortlich für den Aufbau des Patentwesens in China, Congressleiter auf der ONLINE1993, Beiratsvorsitzender auf den Europäischen Congressmessen ONLINE1994 und ONLINE1995

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst.“

"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 7)

Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congress-Teilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin,

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :

„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend“ . . .

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Karel van Miert, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar (1989 bis 1999) für Wettbewerb, auf der ONLINE 1997

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3>

Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner auf der ONLINE 2001

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Erkki Liikanen, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft, auf der ONLINE 2001

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Anträge

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich

nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku der Verfassungsbeschwerde:
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>
Scroll down after link (page 251)

Anlage LG-03

26 OWi-523 Js 814/22-84/22

Mitteilung des Amtsgerichtes Velbert vom 07.09.2002 (eingegangen am 13.09.2022) über Termin der Hauptverhandlung wegen Einspruch gegen den Bußgeldbescheid vom 28.06.2022 (Kreis Mettmann)

Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.m.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

01. Brutal verfassungswidrig mit Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre), weil . . .

weil die politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder unter Mittäterschaft des ÖRR seit 1998 (siehe Anlage OWiV-02) andauern, seit über 20 Jahren (Anlage OWiV-02)

weil die politisch motivierten Zerschlagungen einzige Ursache sind für soziale Zerschlagung unter Debeka (Zeugen) und der Zeuge längst zum Mittäter geworden ist,

weil Sozialgesetze für soziale Zerschlagung nach politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 missbraucht werden,

weil der Zeuge mit ständigen Attacken gegen das Zerschlagungsopfer nicht soziale Sicherheit will, sondern soziale Zerschlagung und aktuell so Schadenersatzverfahren mit unqualifizierten Attacken behindert und verhindert, und so zum Mittäter geworden ist,

weil langjähriges Behörden-Versagen Ursache ist, dass weisungsgebundene Staatsanwälte solche Bußgeld-Verfahren immer wieder zu betreiben haben,

Daher: Zurückweisung mit Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.

02. Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland, auch Ordnungswidrigkeitsverfahren sind kein grundrechtsfreier Raum, schon gar nicht im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998.

Zeugen-Benennung von Debeka (Z1) und Jarski (Z2) ohne Zeugenbedarf

03. Bewertung des Bußgeldverfahrens nicht wegen Verkehrsordnungswidrigkeit:

Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:

Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig

Politik-Versagen, Justiz-Versagen, ÖRR-Versagen, Staats-Versagen:

Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen, mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)

Zerschlagungsopfer: Ausgehobelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter

Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für

Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik,

deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur

Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,

jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz) zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)

bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998

04. Aus der Sicht des Bundesverfassungsgerichts:

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht

„Bürger sind keine Untertanen“

„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“

„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland“

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,

sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht

Grundrechte sind zu respektieren, sind weder käuflich noch strafbar, Rechtsbeugung ist strafbar in besonders schwer wiegenden Fällen, Rechtsanwendungen in Beschlüssen und Urteilen haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden, es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland, aber ein grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand! .

Anlage LG-03 mit weiteren Anlagen: Anlage OWiV-01, OWiV-02, OWiV-03

Anlage OWiV-01: Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku einer Opfer verhöhnenden, Menschen verachtenden Kosten-Hetzjagd mit Bußgeldverfahren mit Kumpanei von „Versicherung“, Rechtsanwälten und weisungsgebundenen Staatsanwälte mit Zielsetzung der sozialen Zerschlagung Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

Anlage OWiV-02: Kausales Umfeld des Bußgeld-Verfahrens Zerschlagung 3 (Z3): Opfer kriminalisierende Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Klage auf Schadenersatz und mit ausführlicher Beschreibung des Umfeldes politisch motivierter Zerschlagungen einschließlich sozialer Zerschlagung (Z4, Z5)

wegen Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit erdrückender Beweislage zu skandalösen Praktiken (Schlesinger-Skandal) und der stellvertretenden WDR-Intendantin mit Sondervollmachten und mit Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>

Scroll down after link (page 253)

Anlage OWiV-03: Aktuelles Bußgeld-Verfahren einer verfassungswidrigen, unverhältnismäßigen Kosten-Hetzjagd seit 2011 (Z5) mit Bußgeld-Bescheid und anschließender Rechtsbeschwerde gemäß Anlage LG-03: Behördenkommunikation des Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert
mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und Staats-Versagen nicht mehr nachvollziehbar ist.

Anlage LG-04:

Gegenerklärung in einer Vielzahl von insgesamt 6 Mahnbescheiden in Oktober / November 2022 für Kosten maximierende soziale Zerschlagungen als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen

Anlage VB-2302

mit weiteren Anlagen: Anlage LG-05, LG-06, LG-07

Schriftsatz vom 01.Dez.2022 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO wegen Versagung von rechtlichem Gehör durch Nicht-Bescheidung der Sofortigen Beschwerde vom 19.Nov.2022 zu 3 O 228/22 Landgericht Wuppertal gegen vorzeitige Eröffnung eines Justizverfahren mit brutal verfassungswidriger Klage gemäß Kapitel 001 und 002 (Anlage VB-2301)

Kapitel 003. Brutal verfassungswidrig:

Ausgehebelt, abgehängt, ausgegrenzt, zerschlagen, entrechtet, verklavt:

Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998,

Ausgehebelt mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, anschließend mit unverhältnismäßiger, bundesweiter Opferkriminalisierung (Täter/Opfer-Umkehr) ausgegrenzt.

Unverhältnismäßige Sabotierung der Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz an Verwaltungsgerichten Düsseldorf und Berlin

> durch Kläger in Zusammenarbeit mit weisungsgebundenen Staatsanwälten, mit Opfer-Kriminalisierung seit 2011 und jetzt mit sozialer Zerschlagung

> durch Landgericht Wuppertal mit verfassungswidriger Abschiebung von 2 Schadenersatz-Verfahren seit 2015 / 2016 an Verwaltungsgericht Berlin (entgegen Art.34 GG),

> durch Aufdeckung der Kumpanei der Intendanten von ARD und ZDF inkl. Rundfunksperrre und Bundeskanzleramt mit

persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier / Merkel am Verwaltungsgericht Düsseldorf

> jetzt mit drohender Verweisung an das Amtsgericht Velbert und Fortsetzung der Opferkriminalisierung mit sozialer Zerschlagung mit verkürzter Antwortfrist.

(Anlage LG-05, LG-06)

Wie sollen richterliche Verfügungen umgesetzt werden, wenn Rehabilitierung und Schadenersatz bis heute versagt werden und vom Kläger in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten sabotiert werden? Wie?

> > > Daher: Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz mit Anspruch auf ein humanes Lebensende ohne Justiz-Versagen

> > > Daher Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO wegen Versagung von rechtlichem Gehör durch Nicht-Bescheidung der Sofortigen Beschwerde vom 19.Nov.2022 zu 3 O 228/22 Landgericht Wuppertal

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf>

Scroll down after link (page 17)

mit weiteren Anlagen: Anlage LG-05, LG-06, LG-07

Anlage LG-05:

Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung:

Schreiben vom 21.11.2022 (eingegangen am 29.11.2022) mit Androhung der Verweisung an das Amtsgericht Velbert und mit verkürzter Antwortfrist. Brutal verfassungswidrig

Anlage LG-06:

Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung: Wie kann man gerichtliche Verfügungen umsetzen, wenn Landgericht und Verwaltungsgerichte Rehabilitierung und Schadenersatz versagen und der klagende Sozialversicherungsträger entsprechende Klagen des Zerschlagungsopfer sabotiert?

Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf vom 15.11.2022 (eingegangen am 23.11.2022)

Anlage LG-07:

Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom 21.Nov.2022 (eingegangen am 01.Dez.2022)

Justiz-Versagen ohne Ende: Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung und

nicht zusätzlich zu sozialer Zerschlagung gegen Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr, mit einer Verwaltungsjustiz, die nur weiter zerschlagen will, für die Opferkriminalisierung, Altersdiskriminierung, Generationendiskriminierung nach Ausuferung politisch motivierter Zerschlagung nicht nur am Wohnort in NRW, sondern auch am Geburtsort in Bayern, mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF seit 1998, am Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg, das auch für den **Schlesinger-Skandal** zuständig ist (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz) zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall) gemäß Anlage LG-03

Sieh Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom 21.Nov.2022 (eingegangen am 01.Dez.2022)

Anlage VB-2303

Beschluss 3 O 228/22 (Landgericht Wuppertal) vom 30.11.2022 (eingegangen am 06.12.2022 mit förmlicher Zustellung)

Rechtsanwendung des §281 ZPO betrifft den Kläger und nicht den Beklagten. Der Beklagte, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, wehrt sich seit 2010 gegen einen unverhältnismäßigen Opferkriminalisierungswahnsinn, jetzt im 82.Lebensjahr gegen soziale Zerschlagung als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen, gegen Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung und kämpft für den Vorrang seiner Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2010 und gegen Sabotierung seiner Klagen. Rechtsanwendungen haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden.

Anlage VB-2304

Schriftsatz vom 20.Sept. 2022 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf

mit Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz mit Mehrrichter-Entscheidung

nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022 und ARD/ÖRR-Krise mit Schlesinger-Skandal Fortsetzung der Klage mit Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022 wegen Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 unter Mittäterschaft des ÖRR mit persönlicher Beteiligung von Eva-Maria Michel, WDR-Justiziarin seit Okt.1997 und Stellv. Intendantin des WDR seit Jan.2008

174. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit Arroganz ohne Kontrolle und Transparenz mit Rückendeckung durch Schröder/Steinmeier/Merkel: Politisch motivierte Zerschlagungen und Verhinderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen ONLINE. Skrupellose Vorteilsbeschaffung für ARD/WDR/Phoenix/ZDF und für sich selbst (Beförderung zur stellvertretenden Intendantin u.a.) mit Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen und mit Verhinderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen ONLINE durch Rundfunksperre in Polit-Magazinen und Polit-Talks unter Verantwortung von

Eva-Maria Michel, WDR/Phoenix-Justiziarin seit Okt.1997 und Stellvertretende Intendantin des WDR seit Jan.2008 bis 2022

Phoenix, öffentlich-rechtlicher Fernsehsender, Gemeinschaftseinrichtung von ARD (von WDR vertreten) und ZDF. Sendestart von Phoenix: 7.April 1997.

Phoenix-Team mit Presse-Ausweis auf der ONLINE'98, erstellt multimediale Raubkopie von qualifiziertem, ganztägigem, Teilnehmer-finanziertem Management-Symposium I-1 (16.02.1998)

Teilnehmer-Finanzierung mit multimedialer Raubkopie durch gebühren-finanzierten Sender ausgehebelt: Missbrauch der Raubkopien für nachfolgende Veranstaltungen ohne Information des Veranstalters nach der ONLINE'98 unter Verantwortung der WDR-Justitiarin.

Jan.2008: Ernennung der WDR-Justitiarin zur stellvertretenden Intendantin mit erweiterten Vollmachten, z.B. für/wegen Überwachung der Rundfunksperre zu politisch motivierter Zerschlagung der Europäischen Congressmessen in 2000/2003 und zur Verhinderung des Wiederaufbaus durch Rundfunksperre nach mehrfachen

Anschreiben des Klägers im Okt.2007 an alle Intendanten des ÖRR mit Internet-Link zu konstruktiven Schreiben vom 28.09.2007 an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel (siehe Anlage Innovationen3 mit beigefügten Abschnitten 01-16 bzw. Internet mit beigefügten Abschnitten 01-16)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/innovationen3.pdf>

Nachweis mit qualifiziertem Zeugenbeweis am Verwaltungsgericht Düsseldorf bis dato vorsätzlich unterdrückt, um weitergehende Beweisinformationen zu verhindern,

Gerichtliche Unterstützung mangelnder Kontrolle und Transparenz im ÖRR durch diskriminierende Parteilichkeit des Gerichts nur mit Ablehnungsgesuch des Einzelrichters zu verhindern.

Intendanten-Vollmacht für Rundfunksperre der stellvertretenden Intendantin mutmaßlich mit Rückendeckung durch Bundeskanzlerin:

> > > Anlage Innovationen3, Anlage VI-4 / V-4 und Anlage VI-5 / V-5 2005-2007: Schreiben am 28.09.2007 an Bundeskanzlerin mit den Abschnitten 01-16 und weiteren Schreiben voraus in 2005 an Bundeskanzlerin und an Ministerpräsidenten der Bundesländer gemäß Abschnitt 16 und

nach Intendanten-Anschreiben in 2007 (alle Intendanten der ARD und des ZDF waren informiert), danach Ernennung von

Eva-Maria Michel zur stellvertretenden Intendantin des WDR seit Jan.2008 mit Sondervollmachten zur Überwachung der

Rundfunksperre in Politmagazinen bis heute.

Alle Vorgänge am ÖRR mutmaßlich mit Rückendeckung aus Berlin seit 1998:

Persönliche Vorteilsnahme: WDR-Justiziarin hat sich mit erforderlichen Vollmachten ausstatten und zur stellvertretenden Intendantin befördern lassen, im Widerspruch zu **Monika Piel**, ARD-Vorsitzende (2011-2012) und WDR-Intendantin (Rücktritt aus persönlichen Gründen in Jan.2013, im April 2013 umgedeutet zu gesundheitlichen Gründen) nach Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013 mit Schreiben an WDR-Intendantin als Anlage3 (Beweisanlage)

Offensichtliche Konfliktsituation: WDR-Intendantin wollte die politisch motivierten Zerschlagungen nicht mit verantworten im Gegensatz zur stellv. Intendantin

Seit 2013: Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd durch den WDR über das Verwaltungsgericht Düsseldorf unter Verantwortung der stellv. Intendantin und WDR-Justiziarin, die als Nachfolgerin der zurückgetretenen WDR-Intendantin ohne Chance war, offensichtlich aus schwerwiegenden Gründen im Zusammenhang mit der Ernennung zur stellvertretenden Intendantin mit Sondervollmachten.

2013 Tom Buhrow Nachfolger als WDR-Intendant, voll informiert vom Kläger, immer wieder persönlich angeschrieben, Intendant hat längst fällige Antwort verweigert:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 89)

Verteiler dieses Schreibens vom 06.März 2018:

Bundesverfassungsgericht, Erster Senat, 1 BvR 444/18.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>

Scroll down after link (page 84)

Ulrich Wilhelm, ARD-Vorsitzender und Vertreter des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks, Intendant des Bayerischen Rundfunks.

Dr. Thomas Bellut, Intendant des ZDF,

Tom Buhrow, Intendant Westdeutscher Rundfunk, vertretungsberechtigt für Öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

175. Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:

Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig

Politik-Versagen, ÖRR-Versagen, Staats-Versagen:

wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen,

mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)

Zerschlagungsoffer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter

Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für

Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur

Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,

jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz) zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)

bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998:

Qualifizierter Zeugenbeweis am Verwaltungsgericht ohne Begründung unterdrückt und ohne Bewertung, weil weitere Untaten/Missstände des ÖRR aufklärbar sind: ohne Chance seit 2013: Verwaltungskritische Justiz: Mehrrichter-Entscheidungen für politisch motivierte Zerschlagungen unverzichtbar (Unerträglich: Einzelrichter-Entscheidung nach Ablehnungsgesuch), weil sippenweise Zerschlagung am Wohnort (Z1), am am bayerischen Geburtsort (Z2) mit Söder-Nähe, mit Beteiligung des ÖRR (Z3), parallel mit sozialer Zerschlagung (Z4), mit mehrfacher Freiheitsberaubung und psychischer Folter (Z5),

Barbarisch brutal, verfassungswidrig: Missbrauch sozialer Zerschlagung im Alter von über 80 Jahren mit gerichtlicher Treib- und Hetzjagd als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen.

Barbarisch brutal, respektlos und humanes Sterben verweigert: Missbrauch von Justizbehörden für Treib- und Hetzjagd bis in das hohe Alter ohne Rehabilitierung und Schadenersatz (2012: Erzwungener Freitod seines Bruders im 73.Lebensalter am Geburtsort in Bayern mit anschließender Nachlass-Insolvenz nach ökonomischer, politisch motivierter Zerschlagung, seines qualifizierten Lebensmittelbetriebes seit 1998.

Ausuferung der politisch motivierten Zerschlagungen am Geburtsort unter Söder wäre mit Sicherheit vermeidbar gewesen)

2008: Eva Maria Michel, seit 1997 WDR-Justiziarin, auch zuständig für ARD-Interessen beim neuen Sender Phoenix (1997 gegründet), befördert zur Stellvertretenden Intendantin nicht nur zwecks Rundfunk-Sperre nach konstruktivem Beschwerde-Brief an alle Intendanten der ARD/ZDF und an Altbundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007

Erschwerend: Verbindung zwischen Täterschaft am Geburtsort in Bayern und Täterschaft des ÖRR / WDR unter Söder/Michel mit Merkel-Rückendeckung

Januar 2013: Rücktritt von WDR-Intendantin Monika Piel aus persönlichen Gründen nach mehrfachem Anschreiben durch das Zerschlagungsopfer und nach Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013.

Folgewirkungen der Rundfunk Sperre in Polit-Magazinen unter Kontrolle der stellvertretenden Intendantin: Extremistische Auswirkungen (Z2, Z3, Z4, Z5, erzwungener Freitod in 2012) der politisch motivierten Zerschlagungen hätten verhindert werden können, mit Aufklärung über Polit-Magazine daher viel höhere Schadensbewertung erforderlich als bisher angenommen),

Mehrfache, intensive Bemühungen um qualifizierte Information der Öffentlichkeit über politisch motivierte Zerschlagungen ohne Chance seit 2007 z.B.

Rundfunk Sperre des Klägers zu einer **Maischberger-Sendung in 2017** über Zusammenhang von politisch motivierten Zerschlagungen, Agenda 2010 und HARTZ IV

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 72)

176. Herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen, mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)

Europäische Congressmessen ONLINE und KOMMTECH :

Weiterentwicklung der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe, vom Zerschlagungsopfer persönlich ohne Subventionen entwickelt und durchgeführt in D, A, CH, beispielsweise auch zur Ausbildung der NIXDORF-Entwicklung und anschließend im NIXDORF-Ausbildungszentrum Mainz/Wiesbaden.

Herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsopfers nicht nur das Ergebnis eines geeigneten Business-Plan, sondern das Ergebnis japanischer Lebens- und Arbeitsphilosophie Kaizen,

in deren Zentrum das Streben nach kontinuierlicher und unendlicher Verbesserung steht. Verbesserung erfolgt in schrittweiser, punktueller Perfektionierung oder Optimierung eines Produktes oder Prozesses: Sieh Anlage VG-2210

26 Jahre Europäische Congressmessen.

Qualifikation der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH bis heute nicht anerkannt, weil privatrechtlich (Familien-Unternehmen) organisiert und wegen Mittäterschaft des gebührenfinanzierten ÖRR,

mit rechtswidriger Vorteilsnahme durch multimediale Raubkopien von Teilnehmer-finanzierten Congress-Symposien am Beispiel der Europäischen Congressmesse ONLINE '98, mit Rückendeckung aus Berlin, in bester

Abstimmung mit Bayerischer Staatsregierung, mit Rundfunksperre in Polit-Magazinen, mit Unterdrückung qualifizierter Zeugenbeweise zerschlagen: Sieh beiliegenden Beweise.

177. Brutal verfassungswidrig, Menschen verachtend, Bürger verachtend und Gebührenzahler verachtend:

Extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998: Brutal verfassungswidrig > > >

Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet.

Politik in Berlin und München, Öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Sozialversicherungsträger Hand-in-Hand: Seit über 20 Jahren, wie lange noch so weiter?

Hand-in-Hand: Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder / Huml / Michel / Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Respekt vor Intendantin Monika Piel, die dies nicht mitmachen wollte! Alle andere Intendanten der ARD und des ZDF (gesamte Intendantenschaft) wussten Bescheid.

Zerschlagen nicht nur:

Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen für digitalen Innovationstransfer, herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsopfers,

Zerschlagung seines Unternehmens mit hochqualifizierten, schon in 2000 voll digitalisierten Arbeitsplätzen mit einem professionell arbeitenden Congressmesse-Team, das in 2003 entlassen werden musste, aber mit dem Versprechen, alle beim schnellstmöglichen Wiederaufbau der Congressmessen zurückholen zu wollen.

Danach

Zerschlagung seiner professionell operierenden Lieferkette, deren Firmen andere Auftraggeber suchen mussten, Zerschlagung seiner Kundenpotentiale (Hauptkundenstamm New Economy 2000, digitale Innovationselite), seiner Referenten- und Aussteller-Potentiale durch Rundfunksperre mit Rückendeckung aus Berlin

Zerschlagung seines Geschäftshauses: Repräsentative Gründerzeit-Villa von deutschen Banken für Schuldentilgung konfisziert, weil Wiederaufbau verweigert

Zerschlagung seines bayerischen Geburtshauses mit Geschäfts- und 2.Wohn-Immobilie, mit einer Treib- und Hetzjagd seines Bruders in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (Erzwingung seines Freitodes

in 2012 mit öffentlicher Diskriminierung und Diffamierung in Kommunalwahlen und öffentlichen Pressekonferenzen des Landratsamtes Tirschenreuth (Volksjustiz) und verfassungswidrigen Urteilen am Verwaltungsgericht Regensburg und anschließende Nachlass-Insolvenz)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf>

Nach politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort mit Rundfunksperre durch ÖRR, nach Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag in 2010 mit Anschreiben an Intendanten der ARD/ZDF mit Rundfunksperre seit 2008:

Opfer kriminalisierender Missbrauch sozialer Verpflichtungen für soziale Zerschlagung trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen,

Opfer kriminalisierender und Opfer verhöhnender Missbrauch von Erzwingungshaft für Freiheitsberaubung (zweimal) und psychische Folter trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen ,

Opfer kriminalisierender Missbrauch von Gebührenbescheiden und Widerspruchsbescheiden für eine Fülle von Zwangsmaßnahmen in Kenntnis eigener Schuld

Opfer kriminalisierender Missbrauch von rechtsanwaltlicher Unterstützung für Maximierung von Rechtskosten trotz erdrückender Beweislage

Opfer kriminalisierender und Opfer verhöhnender Missbrauch einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit 2010

Opfer kriminalisierender Missbrauch eines Pfändungsschutzkonto durch Sozialversicherungsträger für Kosten eines Rechtsanwalts, der eine verfassungswidrige Krankenversicherung am Landgericht Wuppertal trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen durchgesetzt hat

Opfer kriminalisierender Missbrauch von Ordnungswidrigkeitsverfahren am

laufendem Bande am Amtsgericht Mettmann mit Fortsetzung jetzt am Amtsgericht Velbert seit 2011

Opfer vernichtender Missbrauch der rechtsanwaltlichen Vertretungspflicht

der 2. Instanz für Maximierung der Rechtskosten bei politisch motivierten Zerschlagungen extremistischer Ausuferung

Opfer kriminalisierender Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen für Pfändungsschutz-Kontoinhaber seit 2013 ohne Nutzungsmöglichkeiten selbst für Dispo-Kredite, geschweige denn Kreditkarten

Opfer verhöhnende Altersdiskriminierung und

Generationendiskriminierung für inhumanes Lebensende mit politisch motivierter Sklavenhaltung des Zerschlagungsopfers im 81. Lebensjahr
Daher jetzt gefordert:

Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz

Verfassungswidrig: Psychische Folter und Opfer diskriminierender, Alter diskriminierender, Generationen diskriminierender Missbrauch sozialer Zerschlagung durch Sozialversicherungsträger, von dessen Rechtsanwälten zugemüllt mit Geldforderungen und Zinseszins-Rechnungen verhindert bis heute Rehabilitierung und Schadenersatz, verhindern Aktualisierung von qualifizierten Klageschriften für das Verwaltungsgericht Berlin mit Elke Büdenbender im Richter-Kollegium und

Verwaltungsgericht Regensburg mit Söder-Nähe (Söder/Huml-Mittäterschaft mit Rückendeckung von Bundeskanzlerin einschl. Söder/Huml-Kooperation aufgezeigt)

Nachgewiesener Zusammenhang: Kooperation von Söder / Huml / Michel bei politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort unter Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin seit 2008 mit Intensivierung nach Petitionen am Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag in 2010 mit Vernichtung seines Bruders in 2012 Qualifikation der Europäischen Congressmessen vom Beklagten mit politisch motivierten Raubkopien längst anerkannt, daher auch gerichtlich zu bestätigen.

Antrag auf Verurteilung der/des Beklagten, offensichtlich mit Sondervollmachten der Zerschlagung für die stellvertretende Intendantin Eva-Maria Michel, offensichtlich stellvertretend für **gesamte ARD/ZDF-Intendantenschaft** (alle Intendanten der ARD und des ZDF in 2007 mit Merkel-Anschreiben (Innovationen 3) informiert, Schaden durch Rundfunksperre viel größer als durch multimediale Raubkopien mit verwaltungsgerichtlicher Verhinderung von qualifizierten und weiterführenden Zeugenbeweisen

Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz, Geständnis-Verweigerung des Beklagten ist endlich mit Strafverschärfung zu bewerten

Antrag auf Einräumung von mehr Arbeitszeit für Ausarbeitung qualifizierter Klageschriften, ohne weitere Verzögerung durch soziale Zerschlagung, ohne Altersdiskriminierung im 81.Lebensjahr mit Umsetzung der Forderung des Bundesverfassungsgerichts nach weniger Verfassungsbeschwerden

Massive Täter / Opfer-Umkehr: Täter ist nicht der Kläger, sondern Opfer sind der Kläger und seine Familie, sein Bruder u.a., sind **Zerschlagungsoffer einer Menschen, Bürger und Gebührenzahler verachtenden Diskriminierung, Diffamierung und Kriminalisierung** in einem brutalem Umfeld mit Staatsversagen (Politikversagen) mit eskalierender Ukraine-Krieg-Zeitenwende und mit höchstem ÖRR-Reformbedarf nach Eskalation des Schlesinger-Skandals.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>

Scroll down after link (page 253)

Anlage VB-2305:

Brutal verfassungswidrige Ausgrenzung aus Solidargemeinschaft durch Pfändung der Energiepreispauschale der Bundesregierung wegen Rechtsanwaltskosten des Sozialversicherungsträgers für verfassungswidrige Krankenversicherung am 08.12.2022

Ein Sozialversicherungsträger, der für derartige asoziale Pfändungen verantwortlich ist und der **Sabotierung der Klagen auf Schadenersatz und Rehabilitierung durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung betreibt,**

der hat seine Berechtigung als Sozialversicherungsträger definitiv verloren, weil er nur noch soziale Zerschlagung mit asozialen Attacken betreibt.

Legende der zugesandten Schriftsätze:

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und Geschäftsführender Chefredakteur der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Vorab per Fax an 0721-9101-382

**Bundesverfassungsgericht
2 BvR 2262/22**

**Schlossbezirk 3
76131 Karlsruhe**

Velbert, 14.01.2023

**Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022 (2 BvR 2262/22)
wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitation und Schadenersatz an den
Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung
wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998
unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker
an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
wegen Sabotieren von Rehabilitation und Schadenersatz durch
Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen
am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am
Sozialgericht Düsseldorf
mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung /
Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr
Daher: Antrag auf Opferschutz**

**Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
mit Verweigerung von Rehabilitation und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung**

- > zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998
mit Todesopfer (2012) und Nachlass-Insolvenz am Geburtsort,
- > zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung bis
Alters-Diskriminierung und
- > zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010 mit
sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit im 82.Lebensjahr
- > brutal verfassungswidrig

mit totalem Staats-Versagen aus Politik-Versagen bis zu Ukraine-
Krieg-Zeitenwende, unter Beteiligung des öffentlich-rechtlichen
Rundfunks bis zum Schlesinger-Skandal, mit Missbrauch von
Sozialgesetzen für soziale Zerschlagungen mit Sabotage von
Rehabilitation und Schadenersatz

mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für
Deutschland:

Staatsorgane übergreifend, Gerichte und Verfahren übergreifend,
Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend,
mit Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen, Staats-
Versagen

Hier: Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde nach Schriftsatz vom 31.12.2022 an Oberlandesgericht Düsseldorf, 13.Zivilsenat (I-13 W 42/22)

Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO gegen verfassungswidrigen Beschluss vom 15.12.2022 (eingegangen am 22.12.2022)

wegen Versagung von rechtlichem Gehör,
weil brutal verfassungswidrig ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten

Debeka Krankenversicherungsverein a.G.(Kläger),
Sozialversicherungsträger für Krankenversicherung und Pflegeversicherung, vertreten von RAe Giebel und Kollegen,
unterstützt von weisungsgebundenen Staatsanwälten

gegen

Albin Ockl (Beschwerdeführer, Beklagter, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, Zerschlagungsopfer)

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku der Verfassungsbeschwerde:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Scroll down after link (page 43)

Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022

Versagen richterlicher Bescheidung am Oberlandesgericht Düsseldorf, Beschwerdegericht zu einer sofortigen Beschwerde am Landgericht Wuppertal und zu einer Rechtsbeschwerde am Amtsgericht in Verfahren des Sozialversicherungsträgers als Kläger und als Zeuge, verursacht durch politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 und Rechtsmissbrauch orgienartiger Überflutung mit Gerichtsverfahren gegen das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen im 82.Lebensjahr

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO

gegen Bescheid der sofortigen Beschwerde ohne Respektierung von Grundrechten am Oberlandesgericht Düsseldorf und nach Ladetermin 12.01.2023 am Amtsgericht Velbert (11 C 406/22) mit polizeilicher Terrorisierung bei Dunkelheit im Vorfeld des Ladetermins gegen das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen im 82.Lebensjahr ohne Wissen des Amtsgerichtes

Antrag auf Opferschutz auch bei Pflegeversicherung (Sozialgericht Düsseldorf S 31 P 146/22)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Scroll down after link (page 43)

Begründung zu Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022
mit fortlaufender Nummerierung (2 BvR 2262/22)

BVERFG-2303. Angegriffene Hoheitsakte in Fortsetzung.

Totales Justiz-Versagen und Justizbehörden-Versagen:

Oberlandesgericht versagt mit formaler Bescheidung der sofortigen

Beschwerde rechtliches Gehör für die Begründung der sofortigen

Beschwerde gegen das Landgericht Wuppertal (3 O 228/22)

**Oberlandesgericht versagt Bescheidung der Rechtsbeschwerde gegen das
Amtsgericht Velbert (26 OWi-523 Js 814/22-84/22, OWi-Kostenhetzjagd seit
2011)**

**Daher :Rechtsmittel der Anhörungsrüge vom 31.12.2022 gegen die
Begründung der Bescheidung**

**Verfassungsbeschwerde ohne jegliche Auswirkung auf Fortgang der
Gerichtsverfahren: Ladetermin am Amtsgericht Velbert (11 C 406/22) am
Donnerstag, 12.01.2023**

**Davor: Terrorisierender Polizei-Einsatz bei völliger Dunkelheit auf
umfriedeten Grundstück gegen Opfer politisch motivierter Zerschlagungen
im 82.Lebensjahr als angeblicher Auftrag des Amtsgerichtes am Montag,
den 09.01.2023, offensichtlich unter Verantwortung eines
weisungsgebundenen Staatsanwalts ohne Richterbeschluss**

**Richter war nicht informiert über Polizei-Einsatz und verwundert über
Verfassungsbeschwerde trotz ausführlicher schriftlicher Eingabe des
Beschwerdeführers (am 10.01.2023 beim Amtsgericht eingeworfen)**

Richter wurde im Ladetermin darauf hingewiesen:

**Beklagter hat Anspruch auf Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz
an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf, weil Probleme der
Sozialversicherungen ausschließlich durch politisch motivierte
Zerschlagungen seit 1998, seit 25 Jahren verursacht**

**Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2011 nach Petitionen an
Deutschen Bundestag und an Bayerischen Landtag in 2010.**

**Verfassungswidrige Krankenversicherung (KV) ohne Zugang zu
Versicherungsleistungen seit 2010**

**Ladetermin: Richter am Amtsgericht Velbert ohne Kenntnis der sofortigen
Beschwerde und verwundert über Verfassungsbeschwerde
aber längst informiert über die verfassungswidrige KV, unterstützt
Rechtsanwalt des Klägers, weil dieser den Zugang zu
Versicherungsleistungen nicht erklären kann**

**Richter hat Ladetermin beendet nach Darlegung der verfassungswidrigen
Krankenversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010
Gerichtsbeschluss am 9.2.2023 festgelegt.**

**Tierisch und brutal verfassungswidrig: Sabotierung der Klagen auf
Rehabilitierung und Schadenersatz durch orgienartige Überflutung mit
Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung, deren Unmenge vom
Zerschlagungsoffer im 82.Lebensjahr nicht mehr zu verarbeiten
Antrag auf Terminverlängerung zu Mitteilung und Bewertung des avisierten
Gerichtsbeschlusses im Februar.**

**Antrag auf Opferschutz auch bei Pflegeversicherung (Sozialgericht
Düsseldorf S 31 P 146/22)**

Der Beschwerdeführer hat eine ausführlich begründete Verfassungsbeschwerde
mit den Kapiteln BVERFG-2301 und BVERFG-2302 inkl. ausführlicher Anlagen
VB-23201 bis VB-2305 (insgesamt 259 Seiten) dem Richter am Amtsgericht
vorgelegt:

Kapitel **BVERFG-2301. Angegriffene Hoheitsakte in chronologischer Folge.**
Totales Justiz-Versagen: Gerichte übergreifend

mit Sozialversicherungsträger, der von Rechtsanwälten vertreten und von weisungsgebundenen Staatsanwälten unterstützt wird, der als Kläger und als Zeuge nur noch soziale Zerschlagung mit asozialen Attacken im Dauerzustand betreibt, mit Klage zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 und mit Pfändung auf Pfändungsschutzkonto,

mit Fortsetzung einer unverhältnismäßigen OWi-Hetze am Amtsgericht Mettmann seit 2011, jetzt am Amtsgericht Velbert, zweimal mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter, mit Überfall durch 4-Mann-Polizeitrupp, mit Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2011 zu politisch motivierten Zerschlagungen,

mit Klage am Verwaltungsgericht Köln, von da an Verwaltungsgericht Berlin, von da an am Landgericht Wuppertal, dort mit Klage-Aufteilung wegen politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, von dort zurück an Verwaltungsgericht Berlin

Klage-Erweiterung wegen Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF seit 1998, seit über 20 Jahren, am Verwaltungsgericht Düsseldorf,

gegen Kläger / Beklagten, heute im 82.Lebensjahr mit Anspruch auf ein humanes Lebensende anstatt entwürdigende Altersdiskriminierung ohne Respekt vor Lebensleistung und Generationendiskriminierung:

> Politisch motivierte Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder

Politik-Versagen, heute mit Digitalisierungsnotstand in Deutschland, mit politisch motivierten Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen: _

Herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.

mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum

durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),

> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003

> unter aktiver Beteiligung des Sozialversicherungsträgers mit unverhältnismäßiger Be-/Verhinderung/Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz im laufendem Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin ohne die Chance, in 2021 und 2022 nach einer umfassenden Verfassungsbeschwerde das laufende Verfahren fortsetzen zu können wegen ständiger asozialen Attacken des Klägers bis heute (soziale Zerschlagung unter Verantwortung des Sozialversicherungsträgers) nach exotischem Gerichtsverfahren am Landgericht Wuppertal mit 3 O 61/19 und jetzt mit 3 O 228/22, mit Fortsetzung der OWi-Verfahren des Amtsgerichts Mettmann am Amtsgericht Velbert (26 OWi-523 Js 814/22-84/22, OWi-Kostenhetzjagd seit 2011)

jetzt mit laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2121/22 gegen Amtsgericht Velbert / Landgericht Wuppertal 16 M 188/22

jetzt mit Beschwerdeverfahren am Oberlandesgericht Düsseldorf zu Gerichtsverfahren 3 O 228/22 Landgericht Wuppertal und Rechtsbeschwerde zu 26 OWi-523 Js 814/22-84/22 Amtsgericht Velbert

Kapitale Vermögensschäden wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998: Ausschließliche Ursache für Probleme der Krankenversicherung und Pflegeversicherung.

Daher: Beklagter fordert die Respektierung von Menschenrechten, den Vorrang für Schadenersatzverfahren, die in unverhältnismäßiger Weise durch ständige

Attacken des Sozialversicherungsträgers mit Unterstützung durch weisungsgebundene Staatsanwälte verhindert und sabotiert werden.

Kapitel BVERFG-2302. Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz, weil Probleme der Sozialversicherungen ausschließlich durch politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 verursacht

Brutal verfassungswidrig: Sabotierung der Klagen auf Schadenersatz und Rehabilitierung durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht mehr zu verarbeiten

Brutal verfassungswidrig: Exzesse der Altersdiskriminierung ohne Respektierung der herausragenden Lebensleistung des Beschwerdeführers:

Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.

mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum

durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),

> > > [ONLINE Congressbände 1976 - 2003](#)

Zerschlagungsopfer: Ausgehelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter

Ausgehelt mit der staatlichen UMTS-Auktion2000 unter persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier

Politisch motivierte Zerschlagung am Wohnort und am Geburtsort in Bayern unter persönlicher

Verantwortung von [Merkel / Söder / Michel](#).

Erdrückende Beweislage mit Schriftsatz vom 20.Sept. 2022 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf (Anlage VB-2304)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>

Scroll down after link (page 253)

mit Antrag auf längst fällige Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz

mit Mehrrichter-Entscheidung

nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022 und [ARD/ÖRR-Krise mit Schlesinger-Skandal](#)

Fortsetzung der Klage mit Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022 wegen Anerkennung und Vorrang des

Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 unter Mittäterschaft des ÖRR mit persönlicher Beteiligung von

[Eva-Maria Michel](#), WDR-Justiziarin seit Okt.1997 und Stellv.

Intendantin des WDR seit Jan.2008 bis Okt. 2022

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Darüber hinaus:

> [25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:](#)

Neue Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2203

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>

Scroll down after link (page 286)

Die Verfassungsbeschwerde wird mit diesem Kapitel **BVERFG-2303 fortgesetzt.**

Anzugreifender Hoheitsakt ist (siehe [Anlage VB-2309](#))

Beschluss I-13 W 42/22 Oberlandesgericht Düsseldorf (3 O 228/22

Landgericht Wuppertal): Bescheidung der sofortigen Beschwerde 3 O 228/22 Landgericht Wuppertal ohne Respektierung der verletzten Grundrechte, daher erneutes Rechtsmittel der Anhörungsmittel mit Schriftsatz vom 31.12.2022.

(Sieh **Anlage VB-2308**)

Schriftsatz vom 31.Dez.2022 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO gegen verfassungswidrigen Beschluss des Oberlandesgerichts vom 15.12.2022 (eingegangen am 22.12.2022)

004. Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO,

> **weil ultra verfassungswidrig:** Bescheidung der Sofortigen Beschwerde nach §567 ZPO gegen verfassungswidriges Justizverfahren 3 O 228/22 mit Sozialversicherungsträger als Kläger, weil er Rehabilitierung und Schadenersatz sabotiert (Landgericht Wuppertal)

Darüber hinaus verfassungswidrig: Nicht-Bescheidung der Anhörungsrüge wegen Rechtsbeschwerde zu 26 OWi-523 Js 814/22-84/22 mit Sozialversicherungsträger als Zeuge und mit Unterstützung durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaft (Amtsgericht Velbert) Beide Verfahren gegen Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, seit 25 Jahren, mit verheerenden Folgewirkungen für Krankenversicherung und Pflegeversicherung,

> um politisch motivierte Zerschlagungen mit sozialer Zerschlagung zu vollenden

> um Rehabilitierung und Schadenersatz für Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 mit verheerenden Folgewirkungen für Krankenversicherung und Pflegeversicherung zu sabotieren

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf>

Scroll down after link (page 33)

Ohne Respektierung des Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß Anlage VB-2308 wurde das Verfahren 11 C 406/22 am Amtsgericht Velbert in Gang gesetzt. Sieh

Anlage VB-2306:

Amtsgericht Velbert (11 C 406/22): Ladung zu Gerichtstermin am 12.01.2023 mit Verfügung vom 21.12.2022 (eingegangen am 22.12.2022) wegen Klage des Sozialversicherungsträgers mit verfassungswidriger Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit 2010. > > > Sieh

Anlage VB-2307: mit Anlagen

Amtsgericht Velbert (11 C 406/22): Einspruch gegen Ladung und Verfügung des Amtsgerichtes mit Schriftsatz vom 10.01.2023

nach Missbrauch von Polizeigewalt für Opfer-Terrorisierung vor Ladetermin auf umfriedeten Grundstück bei Dunkelheit am Abend des 09.01.2023 ohne Respektierung des Lebensalters (82.Lebensjahr)

Anlage der Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022

(2 BvR 2262/22, Seite 1-41 liegen vor beim BVerfG)

wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Anlage VB-2305: Seite 42

Brutal verfassungswidrige Ausgrenzung aus Solidargemeinschaft durch Pfändung der Energiepreispauschale der Bundesregierung auf Pfändungsschutzkonto am 08.12.2022 wegen Rechtsanwaltskosten des Sozialversicherungsträgers für verfassungswidrige Krankenversicherung

Bestätigung des Bundesverfassungsgerichts vom 4.Jan. 2023

Seite 43

Neue Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023:

25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

> Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz,

weil Probleme der Sozialversicherung und Krankenversicherung ausschließlich durch politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 verursacht

Brutal verfassungswidrig: Sabotierung der Klagen auf Schadenersatz und Rehabilitierung durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht mehr zu verarbeiten

Trotz Einspruch hat der Ladungstermin am 12.01.2023 stattgefunden. Total Sinn entstellend und verstellend als „Gütetermin“ bezeichnet, tatsächlich mit terrorisierender Polizeiaktion 3 Tage vorher am Abend bei völliger Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück gegen Rentner im Alter über 80 Jahre, hier werden Menschenrechte mit Füßen getreten, ältere Generationen werden nicht mehr geschützt, sondern terrorisiert mit Polizei-Einsatz, für den es überhaupt keinen Anlass gibt (kein Gefahr durch Rentner über 80 Jahre in Verzug) und einem jungen Einzelrichter ausgeliefert, der einen jungen Rechtsanwalt unterstützt, der nur physisch anwesend sein muss, weil der Richter hilft mit Erklärungen, die eigentlich vom Rechtsanwalt kommen müssen:

Exotische Krankenversicherung, ein Art Grundversicherung ohne Gesundheitskarte, ist brutal verfassungswidrig, weil Versicherungsleistungen mit Rechnungen an die Versicherung eingefordert werden sollen, ohne Sicherheit, dass die Rechnungen auch bezahlt werden, aber: bezahlte Rechnungen auf Pfändungsschutz-Konto werden durch laufende Pfändungen sofort weggepfändet, wie dies mit der Energie-Pauschale der Bundesregierung vorexerziert wurde. **Sieh**

Anlage VB-2305:

Brutal verfassungswidrige Ausgrenzung aus Solidargemeinschaft durch Pfändung der Energiepreispauschale der Bundesregierung auf Pfändungsschutzkonto am 08.12.2022 wegen Rechtsanwaltskosten des Sozialversicherungsträgers für verfassungswidrige Krankenversicherung

Zur Zeit laufen Pfändungen von Rechtsanwaltskosten der Rechtsanwälte, unter deren Verantwortung diese exotische Krankenversicherung durchgesetzt wurde, aber keine Versicherungsleistungen mehr seit 2010, ohne Zugangsmöglichkeit.

Der Richter hat den Ladetermin am 12.01.2023 nach 15 Minuten beendet mit einer überhaupt nicht aussagefähigen Bemerkung: „Es macht keinen Sinn“ und mit Ankündigung eines Richterbeschlusses am 09.Feb.2023.

Der Beklagte hat erneut seinen Antrag bekräftigt, dass die Gerichtsverfahren auf Rehabilitierung und Schadenersatz wegen politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort endlich Vorrang haben müssen.

Längst auffällig ist, dass junge Richter-Generationen in Unkenntnis gehalten werden und bewusst gegen alte Zerschlagungsopfer eingesetzt werden, um verfassungswidrige Beschlüsse herbeizuführen, in denen Wahrheit, Recht und Verfassung gebeugt werden, weil die Wahrheit überhaupt nicht interessiert und so Opferkriminalisierung mit Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung getoppt wird. Es ist eine neue Dimension, wenn alte Personen im Vorfeld mit Polizei-Einsätzen bei Dunkelheit terrorisiert werden

Der Beschwerdeführer erneuert den Antrag auf Opferschutz, weil er keine Versicherungsleistungen mehr von einem solchen Sozialversicherungsträger erwarten kann, weder in der Krankenversicherung (hier), noch in der Pflegeversicherung: siehe Anlage VB-2310:

Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf (S31 P 146/22) vom 4.1.2023 (eingegangen am 11.01.2023)

Daher Antrag auf Opferschutz,

weil der Sozialversicherungsträger nur noch soziale Zerschlagung betreibt, weil er mit asozialen Attacken im Dauerzustand die primären Verfahren auf Rehabilitation und Schadenersatz sabotiert, mit einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, ohne Zugang zu Versicherungsleistungen der Pflegeversicherung für ehemalige Versicherungsmitglieder im 82. Lebensjahr, denen dieser unerträgliche Zustand aufgezwungen wurde, jetzt sogar mit Polizei-Terror bei völliger Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück vor einem Gerichtstermin (Amtsgericht Velbert 11 C 406/22), der vom zuständigen Richter ohne Ergebnis abgebrochen werden musste.

Daher längst fälliger Vorrang für Rehabilitation und Schadenersatz

für politisch motivierte Zerschlagungen als ausschließliche Ursache für skandalöse Versicherungsprobleme und die Fortsetzung mit sozialer Zerschlagung inkl. Altersdiskriminierung und Generationen-Diskriminierung

Daher Antrag auf Opferschutz wegen Vorrang für Rehabilitation und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen und deren Fortsetzung mit sozialer Zerschlagung.

Daher Antrag auf Nachholung der verweigerten Weihnachtsruhe für Rentner über 80 Jahren mit Anspruch auf ein humanes Lebensende.

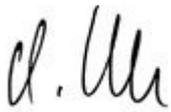
„Bürger sind keine Untertanen“ (schon gar nicht Untertanen einer politisch motivierten Sklavenhaltung)
so Prof. em. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier,
Präsident des Bundesverfassungsgericht (2002-2010).

"Das Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren",
so Prof. Dr. Dres. h.c. Andreas Voßkuhle,
Präsident des Bundesverfassungsgericht (2010-2020).

"Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland",
so Prof. Dr. Stephan Harbarth, LL.M.,
Präsident des Bundesverfassungsgericht seit 2020.

Der Rechtsstaat darf nicht nur gegen Bürger, sondern **muss endlich auch für Bürger da sein**, insbesondere bei extremistischer **Ausuferung staatlicher Übergriffe einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik, aktueller denn je nach Proklamation einer Zeitenwende durch den derzeitigen Bundeskanzler im Februar 2022**. Wenn sich Bürger seit über 10 Jahren wehren, weil seit 1998, seit über 20 Jahren geplant und absichtlich, zum Schaden von Deutschland, gegen ihre Grundrechte massiv verstoßen wird, ist beim Bundesverfassungsgericht ohne Zweifel das **grundrechtsgleiche Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG** mit Antrag auf Opferschutz anzumehmen.

Velbert, 14.Jan.2023



Albin L. Ockl



Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa

> > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 19)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben und mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für Innovationswachstum ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen.

Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1986, 1987, 1988 Congresse für Künstliche Intelligenz (KI) mit $3 \times 4 = 12$ ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben. Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT in 2018, die auch eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf dem staatlichen Digital-Gipfel im Dezember 2018/2019, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung/Aus unserer Europäischen Congressmessen in 2003 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

> > > [ONLINE Congressbände 1976 - 2003](#)

Anlage VB-2306:

Amtsgericht Velbert (11 C 406/22): Ladung zu Gerichtstermin am 12.01.2023 mit Verfügung vom 21.12.2022 (eingegangen am 22.12.2022) wegen Klage des Sozialversicherungsträgers mit verfassungswidriger Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit 2010

Anlage VB-2307: mit Anlagen

Amtsgericht Velbert (11 C 406/22): Einspruch gegen Ladung und Verfügung des Amtsgerichtes mit Schriftsatz vom 10.01.2023 nach Missbrauch von Polizeigewalt für Opfer-Terrorisierung vor Ladetermin auf umfriedeten Grundstück bei Dunkelheit am Abend des 09.01.2023 ohne Respektierung des Lebensalters (82.Lebensjahr)

Anlage der Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022

(2 BvR 2262/22, Seite 1-41 liegen vor beim BVerfG)
wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Anlage VB-2305: Seite 42

Brutal verfassungswidrige Ausgrenzung aus Solidargemeinschaft
durch Pfändung der Energiepreispauschale der Bundesregierung auf Pfändungsschutzkonto am 08.12.2022 wegen Rechtsanwaltskosten des Sozialversicherungsträgers für verfassungswidrige Krankenversicherung

Bestätigung des Bundesverfassungsgerichts vom 4.Jan. 2023

Seite 43

Anlage BVERFG-377 Seite 44

Antrag auf Nachholung der Weihnachtsruhe bis 15.Feb.2023 in neuer Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023

25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

> **Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz,**
weil Probleme der Sozialversicherung und Krankenversicherung ausschließlich durch politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 verursacht

Brutal verfassungswidrig: Sabotierung der Klagen auf Schadenersatz und Rehabilitierung durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsoffer im 82.Lebensjahr nicht mehr zu verarbeiten

Anlage VB-2308:

Schriftsatz vom 31.Dez.2022 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO gegen verfassungswidrigen Beschluss des Oberlandesgerichts vom 15.12.2022 (eingegangen am 22.12.2022)

004. Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO,

> **weil ultra verfassungswidrig:** Bescheidung der Sofortigen Beschwerde nach §567 ZPO gegen verfassungswidriges Justizverfahren 3 O 228/22 mit Sozialversicherungsträger als Kläger, weil er Rehabilitierung und Schadenersatz sabotiert (Landgericht Wuppertal)

Darüber hinaus verfassungswidrig: Nicht-Bescheidung der Anhörungsrüge wegen Rechtsbeschwerde zu 26 OWi-523 Js 814/22-84/22 mit Sozialversicherungsträger als Zeuge und mit Unterstützung durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaft (Amtsgericht Velbert) Beide Verfahren gegen Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, seit 25 Jahren, mit verheerenden Folgewirkungen für Krankenversicherung und Pflegeversicherung,

> um politisch motivierte Zerschlagungen mit sozialer Zerschlagung zu vollenden
> um Rehabilitierung und Schadenersatz für Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 mit verheerenden Folgewirkungen für Krankenversicherung und Pflegeversicherung zu sabotieren
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf>
Scroll down after link (page 33)

Anlage VB-2309:

Beschluss I-13 W 42/22 Oberlandesgericht Düsseldorf (3 O 228/22 Landgericht Wuppertal)
Bescheidung der sofortigen Beschwerde 3 O 228/22 Landgericht Wuppertal ohne Respektierung der verletzten Grundrechte, daher erneutes Rechtsmittel der Anhörmittel mit Schriftsatz vom 31.12.2022.

Anlage VB-2310:

Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf (S31 P 146/22) vom 4.1.2023 (eingegangen am 11.01.2023)

Daher Antrag auf Opferschutz,

weil der Sozialversicherungsträger nur noch soziale Zerschlagung betreibt, weil er mit asozialen Attacken im Dauerzustand die primären Verfahren auf Rehabilitierung und Schadenersatz sabotiert, mit einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, ohne Zugang zu Versicherungsleistungen der Pflegeversicherung für ehemalige Versicherungsmitglieder im 82.Lebensjahr, denen dieser unerträgliche Zustand aufgezwungen wurde, jetzt sogar mit Polizei-Terror bei völliger Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück vor einem Gerichtstermin (Amtsgericht Velbert 11 C 406/22), der vom zuständigen Richter ohne Ergebnis abgebrochen werden musste.

Daher längst fälliger Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz

für politisch motivierte Zerschlagungen als ausschließliche Ursache für skandalöse Versicherungsprobleme und die Fortsetzung mit sozialer Zerschlagung inkl. Altersdiskriminierung und Generationen-Diskriminierung

Anlage VB-2301

mit weiteren Anlagen: Anlage LG-01, LG-02, LG-03, LG-04

Schriftsatz vom 19.Nov.2022 mit Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde wegen Antrag auf weiteres Vorverfahren zwecks Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz und Anhörungsrüge wegen ausstehender Bescheidung der Rechtsbeschwerde vom 27.Sept.2022 gegen Amtsgericht Velbert 001. Brutal verfassungswidrig:

Totales Staatsversagen eines demokratischen Rechtsstaates mit extremistischer Ausuferung von Politik-Versagen, Justiz-Versagen, Behörden-Versagen (Verfassungsbeschwerde vom 20.10.2022 (1 BvR 2121/22) in Anlage LG-02)

> mit politisch motivierten Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von **Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder**,
> unter aktiver Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (mit Wissen der gesamten ÖRR-Intendantenschaft unter Federführung der **stellvertretenden WDR-Intendantin (2008-2022) und WDR-Justitiarin Michel (1997-2022, Schlesinger-Skandal-System überall)**)

mit laufenden Gerichtsverfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf und Rechtshängigkeit am Verwaltungsgericht Berlin wegen Rehabilitierung und Schadenersatz

> unter aktiver, Zeit raubender Beteiligung des Sozialversicherungsträgers (verfassungswidrige Krankenversicherung, soziale Zerschlagung mit unverhältnismäßiger Treib- und Hetzjagd an Amtsgerichten und Sozialgerichten und Be-/Verhinderung laufender Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz, insbesondere in 2021 am Verwaltungsgericht Berlin)

> unter aktiver Beteiligung des Sozialversicherungsträgers an Ordnungswidrigkeitsverfahren an den Amtsgerichten Mettmann und Velbert mit angewiesenen Staatsanwälten, zweimal mit Eskalation zu Freiheitsberaubung und psychischer Folter,

> ausschließlich verursacht durch kapitale Vermögensschäden der politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern,

> mit extremistischer Ausuferung durch Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder am Geburtsort in Bayern in den wirtschaftlichen Ruin bis in den erzwungenen Tod (2012) und anschließender Nachlass-Insolvenz

> Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen: **Herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a. mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),**

> > > **ONLINE Congressbände 1976 - 2003**

> unter aktiver Beteiligung des Sozialversicherungsträgers mit unverhältnismäßiger Be-/Verhinderung/Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz im laufendem Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin ohne die Chance, in 2021 nach einer umfassenden Verfassungsbeschwerde das laufende Verfahren fortsetzen zu können wegen ständiger Attacken des Klägers (soziale Zerschlagung unter Verantwortung des Sozialversicherungsträgers)

> heute im 82.Lebensjahr de facto ohne Versicherungsleistungen seit 2010, mit einer verfassungswidrigen Krankenversicherung, mit Zwangsmaßnahmen auf einem Pfändungsschutzkonto, mit Fortsetzung eines erbärmlichen Opferkriminalisierungswahnsinn, mit unerträglicher Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung durch nachrückende Generationen in Behörden und Justiz
> mit verfassungswidrigem Justiz-Versagen am Landgericht Wuppertal u.v.a.m.

002. Brutal verfassungswidrig:

Totales Staatsversagen mit DEBEKA-Skandal

mit Unterstützung durch angewiesene, skrupellose Staatsanwälte: Kläger betreibt mit sozialer Zerschlagung Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen

Abartig und skandalös: Deutscher Bundestag diskutiert über bedingungsloses Grundeinkommen und Rentner im 82.Lebensjahr werden vom Sozialversicherungsträger mit sozialer Zerschlagung entsorgt.

Abartig, skandalös und primitiv: Opfer-Kriminalisierung mit Altersdiskriminierung, Kläger sabotiert Rehabilitierung und Schadenersatz mit zeitintensiven Gerichtsverfahren und Justiz-Attacken, sodass dem Opfer die erforderliche Zeit fehlt, um Rehabilitierung und Schadenersatz zu erreichen, bis heute keine abschließenden Verhandlungen an Verwaltungsgerichten möglich.
Kein Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen müssen sich selbst im Alter über 80 Jahre um ihre Gesundheit kümmern

Verfassungswidrig und diskriminierend: Gesetz zur Beseitigung sozialer Überforderung bei Beitragsschulden in der Krankenversicherung, weil Beitragsschulden und soziale Überforderung durch kapitale Vermögensschäden in 2-stelliger Mio-Höhe verursacht und Rehabilitierung und Schadenersatz bis heute verweigert

Justiz verweigert Opfer politischer motivierter Zerschlagungen ohne Rechtsanwälte Gerichtsverfahren mit Mehrrichter-Verantwortung durch Abschiebung in „de facto grundrechtsfreie“ Einzelrichter-Veranstaltungen.

Verfassungswidrig: Krankenversicherung des Klägers, Gerichtsverfahren in 2021 am Landgericht Wuppertal abgelehnt. Aktenzeichen 9 S 30/21, 11 C 89/19 Amtsgericht Velbert, 3 O 61/19 Landgericht Wuppertal

Verfassungswidrig: Pfändungsschutz-Konto (seit 2013) vom Kläger missbraucht für laufende Pfändung von Rechtsanwaltskosten einer verfassungswidrigen Krankenversicherung aus künstlichem Teilversäumnisurteil am Landgericht Wuppertal (7 O 214/12)

Miserable Qualität der Klageunterlagen, um mit Unleserlichkeit Verfassungswidrigkeiten zu verdecken: Sieh Anlage LG-01 Seite 7-19
Brutal verfassungswidrig: Soziale Zerschlagung des beklagten Opfers politischer motivierter Zerschlagungen vom Kläger mit Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz und mit unverhältnismäßiger Anzahl von Mahnbescheiden (6 Mahnbescheide mit Gegenerklärung) getoppt. Sieh Anlage LG-04

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf>

mit weiteren Anlagen: Anlage LG-01, LG-02, LG-03, LG-04

Anlage LG-01

Klage-Eröffnung vom 07.11.2022 (eingegangen am 12.11.2022) mit verkürzter Notfrist durch 3.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal (3 O 228/22),

- a) mit Anschreiben vom 07.11.2022 (Seite 1-2),
- b) mit prozessleitender Verfügung (Seite 3-4)
- c) mit Anschreiben der RAe Giebel und Kollegen an das Amtsgericht Mayen vom 11.04.2022 (Seite 5-6)
- d) mit nicht lesbaren Beschreibung des Tarifs NLT (K1, Seite 7-13)
- e) mit nicht lesbaren Allgemeinen Versicherungsbedingungen für den Notlagentarif (K2, Seite 14-18)
- f) mit einem angeblichem Anschreiben vom 13.Sept.2013 ohne Unterschrift (K, Seite 19-23)
- g) mit Beitragsaufstellung vom Aug.2018-Juli 2020 und Prüfvermerk vom 3.11.2022 (K4, Seite 24-25)
- h) mit Gerichtsbeschluss 3 O 228/22 vom 07.11.2022 über vorläufigen Streitwert (Seite 26-28)

Anlage LG-02

Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2121/22 vom 20.10.2022

wegen einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz

mit Instanzen, Gerichte und Verfahren übergreifender Eskalation

mit Fortsetzung am Amtsgericht Velbert / Landgericht Wuppertal

mit systematischer, Rechte beugender und Justiz belastender

Verweigerung des längst fälligen

Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz für

Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)

mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz

mit extremistischer Ausuferung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>

Scroll down after link (page 251)

BVERFG-2201. Angegriffene Hoheitsakte in chronologischer

Folge.

Totales Justiz-Versagen mit Behörden-Versagen am

Verwaltungsgericht:

Anstatt Rehabilitierung und Schadenersatz Fortsetzung mit neuer, verfassungswidriger Zerschlagungsvariante am Amtsgericht durch Richterin Kunze mit Unterstützung durch Rechtspfleger Jacob und 2 Obergerichtsvollzieherinnen (Christiane Bräutigam, Katja Sommerfeld)

Verfassungswidrigkeit von Gerichte übergreifenden Verfahren aus

Verwaltungsgerichten: Mit weiterführenden Verfahren an Amtsgericht und Landgericht anzugreifende Gerichtskosten für verfassungswidrige Urteile am Verwaltungsgericht rein gewaschen (wie „Geldwäsche“ von illegal erwirtschafteten Geldern)

Verfassungswidriges Einzelrichter-Urteil 27 K 4325/18 vom

24.Aug.2021 an VG Düsseldorf: > > > Verfassungsbeschwerde 1 BvR

1319/22 vom 20.06.2022 (Kapitel BVERFG-371)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>

Behörden-Versagen: Justiz-Behörde Hamm entsorgt

anzugreifende Gerichtskosten durch Weiterleitung an Amtsgericht

Velbert mit Hilfe von Obergerichtsvollzieherin Christiane

Bräutigam

Justiz-Versagen: Opfer verhöhnende Beschlüsse des

Amtsgerichtes Velbert 16 M 188/22 vom 10.06.2022/14.06.2022

Amtsgericht Velbert wird wie bei „Geldwäsche“ für illegal

erwirtschaftete Gelder für Durchsetzung verfassungswidriger Urteile missbraucht, um Gerichtskosten für verfassungswidriges Einzelrichter-Urteil an Verwaltungsgerichten zu rechtfertigen und „rein zu waschen“ und mit Hilfe einer 2.Gerichtsvollzieherin (Katja Sommerfeld) gegen einen über 80-jährigen Rentner zu vollstrecken

nach extremistischer Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, weil für sein Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen

für Deutschland und Europa bis heute Rehabilitierung und Schadenersatz verweigert wird.

BVERFG-2202. Die Wahrheit ist:

Politik-Versagen und Staats-Versagen unter der regierenden Generation seit 1998, seit über 20 Jahren, mit sanktioniertem Alt-Bundeskanzler und Putin-Berater Gerhard Schröder, mit einer Alt-Bundeskanzlerin Angela Merkel ohne Reue und Schuld-Gefühle im und am Ukraine-Putin-Krieg mit Zeitenwende, beide nachweislich persönlich hauptverantwortlich für extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen des Beschwerdeführers am Wohnort und am Geburtsort, mit einer Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder bis in den Tod und in den wirtschaftlichen Ruin bis zur Nachlass-Insolvenz unter zusätzlicher Verantwortung von und mit Rückendeckung aus Berlin:

Markus Söder, heute Ministerpräsident des Freistaates Bayern, mit einer Treib- und Hetzjagd gegen den Beschwerdeführer mit mehrfacher Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, kapitalen Vermögensschäden und Erzwingung der Firmeninsolvenz wegen seinem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in

Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a. mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche), mit erbärmlichen Versagen des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks nach Information an die gesamte Intendantenschaft, unter persönlicher Mittäterschaft der stellvertretenden WDR-Intendantin und WDR-Justitiarin Eva-Maria Michel mit Rückendeckung aus Berlin, heute mit

Schlesinger-Skandal und Schlesinger-System bundesweit, mit Justiz-Versagen bei Opfer-Kriminalisierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung und Behörden-Versagen durch Rein-Waschen verfassungswidriger Urteile mit Gerichte übergreifenden Gerichtsverfahren wie bei „Geldwäsche mit illegal erwirtschafteten Geldmengen“, mit Justiz-Versagen zu Staats-Versagen unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998, seit über 20 Jahren: Ursache für

extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort und ausschließliche Ursache für soziale Zerschlagung ohne soziale Sicherheit durch verfassungswidrige Rechtsanwendung von Sozialgesetzen Definitiv: Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz zu politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 und zu sozialer Zerschlagung seit 2010 nach Auflösung der Altersrücklagen

anstatt Gerichte und Verfassungsbeschwerden übergreifende Kosten-Hetzjagd auf Zerschlagungsoffer mit Missbrauch von Justizbehörden im 81.Lebensjahr

BVERFG-2203. Beschwerdeführer ist mit Recht stolz darauf, dass

führende Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung

Teil seines herausragenden Lebenswerkes sind und

Zeugen seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, wie z.B.

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Schirmherr und Eröffnungsredner auf der KOMMTECH'88, siehe im Internet

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und später des Freistaates Thüringen, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten, Festredner auf der ONLINE'85

> > > <http://www.euro-online.de/1984.htm>

Prof. Dr.jur. Erich Häußler, Präsident des Deutschen Patentamtes, zudem verantwortlich für den Aufbau des Patentwesens in China, Congressleiter auf der ONLINE1993, Beiratsvorsitzender auf den Europäischen Congressmessen ONLINE1994 und ONLINE1995

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst.“

"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 7)

Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congress-Teilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin,

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :

„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend“ . . .

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Karel van Miert, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar (1989 bis 1999) für Wettbewerb, auf der ONLINE 1997

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3>

Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner auf der ONLINE 2001

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Erkki Liikanen, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft, auf der ONLINE 2001

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Anträge

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich

nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku der Verfassungsbeschwerde:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>

Scroll down after link (page 251)

Anlage LG-03

26 OWi-523 Js 814/22-84/22

Mitteilung des Amtsgerichtes Velbert vom 07.09.2002 (eingegangen am 13.09.2022) über Termin der Hauptverhandlung wegen Einspruch gegen den Bußgeldbescheid vom 28.06.2022 (Kreis Mettmann)

Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.m.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

01. Brutal verfassungswidrig mit Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre), weil . . .

weil die politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder unter Mittäterschaft des ÖRR seit 1998 (siehe Anlage OWiV-02) andauern, seit über 20 Jahren (Anlage OWiV-02)

weil die politisch motivierten Zerschlagungen einzige Ursache sind für soziale Zerschlagung unter Debeka (Zeugen) und der Zeuge längst zum Mittäter geworden ist,

weil Sozialgesetze für soziale Zerschlagung nach politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 missbraucht werden,

weil der Zeuge mit ständigen Attacken gegen das Zerschlagungsopfer nicht soziale Sicherheit will, sondern soziale Zerschlagung und aktuell so Schadenersatzverfahren mit unqualifizierten Attacken behindert und verhindert, und so zum Mittäter geworden ist,

weil langjähriges Behörden-Versagen Ursache ist, dass weisungsgebundene Staatsanwälte solche Bußgeld-Verfahren immer wieder zu betreiben haben,

Daher: Zurückweisung mit Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.

02. Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland, auch Ordnungswidrigkeitsverfahren sind kein grundrechtsfreier Raum, schon gar nicht im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998.

Zeugen-Benennung von Debeka (Z1) und Jarski (Z2) ohne Zeugenbedarf

03. Bewertung des Bußgeldverfahrens nicht wegen Verkehrsordnungswidrigkeit:

Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:

Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig

Politik-Versagen, Justiz-Versagen, ÖRR-Versagen, Staats-Versagen:

Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen, mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)

Zerschlagungsopfer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter

Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für

Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik,

deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur

Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,

jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz) zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)

bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998

04. Aus der Sicht des Bundesverfassungsgerichts:

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht

„Bürger sind keine Untertanen“

„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“

„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland“

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,

sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :

führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht

Grundrechte sind zu respektieren, sind weder käuflich noch strafbar, Rechtsbeugung ist strafbar in besonders schwer wiegenden Fällen, Rechtsanwendungen in Beschlüssen und Urteilen haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden,

es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland, aber ein grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand! .

Anlage LG-03 mit weiteren Anlagen: Anlage OWiV-01, OWiV-02, OWiV-03

Anlage OWiV-01: Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku einer Opfer verhöhnenden, Menschen verachtenden Kosten-Hetzjagd mit Bußgeldverfahren mit Kumpanei von „Versicherung“, Rechtsanwälten und weisungsgebundenen Staatsanwälte mit Zielsetzung der sozialen Zerschlagung Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

Anlage OWiV-02: Kausales Umfeld des Bußgeld-Verfahrens Zerschlagung 3 (Z3): Opfer kriminalisierende Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Klage auf Schadenersatz und mit ausführlicher Beschreibung des Umfeldes politisch motivierter Zerschlagungen einschließlich sozialer Zerschlagung (Z4, Z5)

wegen Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit erdrückender Beweislage zu skandalösen Praktiken (Schlesinger-Skandal) und der stellvertretenden WDR-Intendantin mit Sondervollmachten und mit Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>

Scroll down after link (page 253)

Anlage OWiV-03: Aktuelles Bußgeld-Verfahren einer verfassungswidrigen, unverhältnismäßigen Kosten-Hetzjagd seit 2011 (Z5) mit Bußgeld-Bescheid und anschließender Rechtsbeschwerde gemäß Anlage LG-03: Behördenkommunikation des Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert
mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und Staats-Versagen nicht mehr nachvollziehbar ist.

Anlage LG-04:

Gegenerklärung in einer Vielzahl von insgesamt 6 Mahnbescheiden in Oktober / November 2022 für Kosten maximierende soziale Zerschlagungen als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen

Anlage VB-2302

mit weiteren Anlagen: Anlage LG-05, LG-06, LG-07

Schriftsatz vom 01.Dez.2022 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO wegen Versagung von rechtlichem Gehör durch Nicht-Bescheidung der Sofortigen Beschwerde vom 19.Nov.2022 zu 3 O 228/22 Landgericht Wuppertal gegen vorzeitige Eröffnung eines Justizverfahren mit brutal verfassungswidriger Klage gemäß Kapitel 001 und 002 (Anlage VB-2301)

Kapitel 003. Brutal verfassungswidrig:

Ausgehebelt, abgehängt, ausgegrenzt, zerschlagen, entrechtet, verklavt:

Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998,

Ausgehebelt mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, anschließend mit unverhältnismäßiger, bundesweiter Opferkriminalisierung (Täter/Opfer-Umkehr) ausgegrenzt.

Unverhältnismäßige Sabotierung der Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz an Verwaltungsgerichten Düsseldorf und Berlin

> durch Kläger in Zusammenarbeit mit weisungsgebundenen Staatsanwälten, mit Opfer-Kriminalisierung seit 2011 und jetzt mit sozialer Zerschlagung

> durch Landgericht Wuppertal mit verfassungswidriger Abschiebung von 2 Schadenersatz-Verfahren seit 2015 / 2016 an Verwaltungsgericht Berlin (entgegen Art.34 GG),

> durch Aufdeckung der Kumpanei der Intendanten von ARD und ZDF inkl. Rundfunksperrre und Bundeskanzleramt mit

persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier / Merkel am Verwaltungsgericht Düsseldorf

> jetzt mit drohender Verweisung an das Amtsgericht Velbert und Fortsetzung der Opferkriminalisierung mit sozialer Zerschlagung mit verkürzter Antwortfrist.

(Anlage LG-05, LG-06)

Wie sollen richterliche Verfügungen umgesetzt werden, wenn Rehabilitierung und Schadenersatz bis heute versagt werden und vom Kläger in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten sabotiert werden? Wie?

> > > Daher: Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz mit Anspruch auf ein humanes Lebensende ohne Justiz-Versagen

> > > Daher Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO wegen Versagung von rechtlichem Gehör durch Nicht-Bescheidung der Sofortigen Beschwerde vom 19.Nov.2022 zu 3 O 228/22 Landgericht Wuppertal

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf>

Scroll down after link (page 17)

mit weiteren Anlagen: Anlage LG-05, LG-06, LG-07

Anlage LG-05:

Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung:

Schreiben vom 21.11.2022 (eingegangen am 29.11.2022) mit Androhung der Verweisung an das Amtsgericht Velbert und mit verkürzter Antwortfrist. Brutal verfassungswidrig

Anlage LG-06:

Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung: Wie kann man gerichtliche Verfügungen umsetzen, wenn Landgericht und Verwaltungsgerichte Rehabilitierung und Schadenersatz versagen und der klagende Sozialversicherungsträger entsprechende Klagen des Zerschlagungsopfer sabotiert?

Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf vom 15.11.2022 (eingegangen am 23.11.2022)

Anlage LG-07:

Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom 21.Nov.2022 (eingegangen am 01.Dez.2022)

Justiz-Versagen ohne Ende: Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung und

nicht zusätzlich zu sozialer Zerschlagung gegen Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr, mit einer Verwaltungsjustiz, die nur weiter zerschlagen will, für die Opferkriminalisierung, Altersdiskriminierung, Generationendiskriminierung nach Ausuferung politisch motivierter Zerschlagung nicht nur am Wohnort in NRW, sondern auch am Geburtsort in Bayern, mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF seit 1998, am Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg, das auch für den **Schlesinger-Skandal** zuständig ist (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz) zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall) gemäß Anlage LG-03

Sieh Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom 21.Nov.2022 (eingegangen am 01.Dez.2022)

Anlage VB-2303

Beschluss 3 O 228/22 (Landgericht Wuppertal) vom 30.11.2022 (eingegangen am 06.12.2022 mit förmlicher Zustellung)

Rechtsanwendung des §281 ZPO betrifft den Kläger und nicht den Beklagten. Der Beklagte, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, wehrt sich seit 2010 gegen einen unverhältnismäßigen Opferkriminalisierungswahnsinn, jetzt im 82.Lebensjahr gegen soziale Zerschlagung als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen, gegen Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung und kämpft für den Vorrang seiner Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2010 und gegen Sabotierung seiner Klagen. Rechtsanwendungen haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden.

Anlage VB-2304

Schriftsatz vom 20.Sept. 2022 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf

mit Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz mit Mehrrichter-Entscheidung

**nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022
und ARD/ÖRR-Krise mit Schlesinger-Skandal
Fortsetzung der Klage mit Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22
vom 20.Juni 2022 wegen Anerkennung des Anspruchs auf
Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte
Zerschlagungen seit 1998 unter Mittäterschaft des ÖRR mit
persönlicher Beteiligung von
Eva-Maria Michel, WDR-Justiziarin seit Okt.1997 und
Stellv. Intendantin des WDR seit Jan.2008**

174. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit Arroganz ohne Kontrolle und
Transparenz mit Rückendeckung durch Schröder/Steinmeier/Merkel:
Politisch motivierte Zerschlagungen und Verhinderung des
Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen ONLINE.
Skrupellose Vorteilsbeschaffung für ARD/WDR/Phoenix/ZDF und für
sich selbst (Beförderung zur stellvertretenden Intendantin u.a.) mit
Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen und mit
Verhinderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen
ONLINE durch Rundfunksperre in Polit-Magazinen und Polit-Talks
unter Verantwortung von

Eva-Maria Michel, WDR/Phoenix-Justiziarin seit Okt.1997 und
Stellvertretende Intendantin des WDR seit Jan.2008 bis 2022

Phoenix, öffentlich-rechtlicher Fernsehsender,
Gemeinschaftseinrichtung von ARD (von WDR vertreten) und ZDF.
Sendestart von Phoenix: 7.April 1997.

Phoenix-Team mit Presse-Ausweis auf der ONLINE'98, erstellt
multimediale Raubkopie von qualifiziertem, ganztägigem, Teilnehmer-
finanziertem Management-Symposium I-1 (16.02.1998)

Teilnehmer-Finanzierung mit multimedialer Raubkopie durch
gebühren-finanzierten Sender ausgehebelt: Missbrauch der
Raubkopien für nachfolgende Veranstaltungen ohne Information des
Veranstalters nach der ONLINE'98 unter Verantwortung der WDR-
Justitiarin.

Jan.2008: Ernennung der WDR-Justitiarin zur stellvertretenden
Intendantin mit erweiterten Vollmachten, z.B. für/wegen Überwachung
der Rundfunksperre zu politisch motivierter Zerschlagung der
Europäischen Congressmessen in 2000/2003 und zur Verhinderung
des Wiederaufbaus durch Rundfunksperre nach mehrfachen

Anschreiben des Klägers im Okt.2007 an
alle Intendanten des ÖRR mit Internet-Link zu konstruktiven
Schreiben vom 28.09.2007 an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel
(siehe Anlage Innovationen3 mit beigefügten Abschnitten 01-16 bzw.
Internet mit beigefügten Abschnitten 01-16)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/innovationen3.pdf>

Nachweis mit qualifiziertem Zeugenbeweis am Verwaltungsgericht
Düsseldorf bis dato vorsätzlich unterdrückt, um weitergehende
Beweisinformationen zu verhindern,

Gerichtliche Unterstützung mangelnder Kontrolle und Transparenz im
ÖRR durch diskriminierende Parteilichkeit des Gerichts nur mit
Ablehnungsgesuch des Einzelrichters zu verhindern.

Intendantz-Vollmacht für Rundfunksperre der stellvertretenden
Intendantin mutmaßlich mit Rückendeckung durch Bundeskanzlerin:

> > > Anlage Innovationen3, Anlage VI-4 / V-4 und Anlage VI-5 / V-5
2005-2007: Anschreiben am 28.09.2007 an Bundeskanzlerin mit den
Abschnitten 01-16 und weiteren Anschreiben voraus in 2005 an
Bundeskanzlerin und an Ministerpräsidenten der Bundesländer gemäß
Abschnitt 16 und

nach Intendanten-Anschreiben in 2007 (alle Intendanten der ARD und
des ZDF waren informiert), danach Ernennung von

Eva-Maria Michel zur stellvertretenden Intendantin des WDR seit
Jan.2008 mit Sondervollmachten zur Überwachung der

Rundfunksperre in Politmagazinen bis heute.

Alle Vorgänge am ÖRR mutmaßlich mit Rückendeckung aus Berlin seit 1998:

Persönliche Vorteilsnahme: WDR-Justiziarin hat sich mit erforderlichen Vollmachten ausstatten und zur stellvertretenden Intendantin befördern lassen, im Widerspruch zu **Monika Piel**, ARD-Vorsitzende (2011-2012) und WDR-Intendantin (Rücktritt aus persönlichen Gründen in Jan.2013, im April 2013 umgedeutet zu gesundheitlichen Gründen) nach Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013 mit Schreiben an WDR-Intendantin als Anlage3 (Beweisanlage)

Offensichtliche Konfliktsituation: WDR-Intendantin wollte die politisch motivierten Zerschlagungen nicht mit verantworten im Gegensatz zur stellv. Intendantin

Seit 2013: Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd durch den WDR über das Verwaltungsgericht Düsseldorf unter Verantwortung der stellv. Intendantin und WDR-Justiziarin, die als Nachfolgerin der zurückgetretenen WDR-Intendantin ohne Chance war, offensichtlich aus schwerwiegenden Gründen im Zusammenhang mit der Ernennung zur stellvertretenden Intendantin mit Sondervollmachten.

2013 Tom Buhrow Nachfolger als WDR-Intendant, voll informiert vom Kläger, immer wieder persönlich angeschrieben, Intendant hat längst fällige Antwort verweigert:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 89)

Verteiler dieses Schreibens vom 06.März 2018:

Bundesverfassungsgericht, Erster Senat, 1 BvR 444/18.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>

Scroll down after link (page 84)

Ulrich Wilhelm, ARD-Vorsitzender und Vertreter des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks, Intendant des Bayerischen Rundfunks.

Dr. Thomas Bellut, Intendant des ZDF,

Tom Buhrow, Intendant Westdeutscher Rundfunk,

vertretungsberechtigt für Öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

175. Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:

Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig

Politik-Versagen, ÖRR-Versagen, Staats-Versagen:

wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen,

mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)

Zerschlagungsoffer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter

[Schröder/Steinmeier/Merkel](#) verantwortlich für

Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur

[Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende](#) mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,

jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

[Vom Schlesinger-Skandal](#) (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz) zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)

bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998:

Qualifizierter Zeugenbeweis am Verwaltungsgericht ohne Begründung unterdrückt und ohne Bewertung, weil weitere Untaten/Missstände des ÖRR aufklärbar sind: ohne Chance seit 2013: Verwaltungskritische Justiz: Mehrrichter-Entscheidungen für politisch motivierte Zerschlagungen unverzichtbar (Unerträglich: Einzelrichter-Entscheidung nach Ablehnungsgesuch), weil sippenweise Zerschlagung am Wohnort (Z1), am am bayerischen Geburtsort (Z2) mit Söder-Nähe, mit Beteiligung des ÖRR (Z3), parallel mit sozialer Zerschlagung (Z4), mit mehrfacher Freiheitsberaubung und psychischer Folter (Z5),

Barbarisch brutal, verfassungswidrig: Missbrauch sozialer Zerschlagung im Alter von über 80 Jahren mit gerichtlicher Treib- und Hetzjagd als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen.

Barbarisch brutal, respektlos und humanes Sterben verweigert: Missbrauch von Justizbehörden für Treib- und Hetzjagd bis in das hohe Alter ohne Rehabilitierung und Schadenersatz (2012: Erzwungener Freitod seines Bruders im 73.Lebensalter am Geburtsort in Bayern mit anschließender Nachlass-Insolvenz nach ökonomischer, politisch motivierter Zerschlagung, seines qualifizierten Lebensmittelbetriebes seit 1998.

Ausuferung der politisch motivierten Zerschlagungen am Geburtsort unter Söder wäre mit Sicherheit vermeidbar gewesen)

2008: Eva Maria Michel, seit 1997 WDR-Justiziarin, auch zuständig für ARD-Interessen beim neuen Sender Phoenix (1997 gegründet), befördert zur Stellvertretenden Intendantin nicht nur zwecks Rundfunk-Sperre nach konstruktivem Beschwerde-Brief an alle Intendanten der ARD/ZDF und an Altbundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007

Erschwerend: Verbindung zwischen Täterschaft am Geburtsort in Bayern und Täterschaft des ÖRR / WDR unter Söder/Michel mit Merkel-Rückendeckung

Januar 2013: Rücktritt von WDR-Intendantin Monika Piel aus persönlichen Gründen nach mehrfachem Anschreiben durch das Zerschlagungsoffer

und nach Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013.

Folgewirkungen der Rundfunk Sperre in Polit-Magazinen unter Kontrolle der stellvertretenden Intendantin: Extremistische Auswirkungen (Z2, Z3, Z4, Z5, erzwungener Freitod in 2012) der politisch motivierten Zerschlagungen hätten verhindert werden können, mit Aufklärung über Polit-Magazine daher viel höhere Schadensbewertung erforderlich als bisher angenommen),

Mehrfache, intensive Bemühungen um qualifizierte Information der Öffentlichkeit über politisch motivierte Zerschlagungen ohne Chance seit 2007 z.B.

Rundfunk Sperre des Klägers zu einer

Maischberger-Sendung in 2017 über Zusammenhang von politisch motivierten Zerschlagungen, Agenda 2010 und HARTZ IV

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 72)

176. Herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsoffers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen, mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)

Europäische Congressmessen ONLINE und KOMMTECH :

Weiterentwicklung der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe, vom Zerschlagungsopfer persönlich ohne Subventionen entwickelt und durchgeführt in D, A, CH, beispielsweise auch zur Ausbildung der NIXDORF-Entwicklung und anschließend im NIXDORF-Ausbildungszentrum Mainz/Wiesbaden.

Herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsopfers nicht nur das Ergebnis eines geeigneten Business-Plan, sondern das Ergebnis japanischer Lebens- und Arbeitsphilosophie Kaizen,

in deren Zentrum das Streben nach kontinuierlicher und unendlicher Verbesserung steht. Verbesserung erfolgt in schrittweiser, punktueller Perfektionierung oder Optimierung

eines Produktes oder Prozesses: Sieh Anlage VG-2210

26 Jahre Europäische Congressmessen.

Qualifikation der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH bis heute nicht anerkannt, weil privatrechtlich (Familien-Unternehmen) organisiert und wegen Mittäterschaft des gebührenfinanzierten ÖRR,

mit rechtswidriger Vorteilsnahme durch multimediale Raubkopien von Teilnehmer-finanzierten Congress-Symposien am Beispiel der Europäischen Congressmesse ONLINE '98, mit Rückendeckung aus Berlin, in bester

Abstimmung mit Bayerischer Staatsregierung, mit Rundfunksperre in Polit-Magazinen, mit Unterdrückung qualifizierter Zeugenbeweise zerschlagen: Sieh beiliegenden Beweise.

177. Brutal verfassungswidrig, Menschen verachtend, Bürger verachtend und Gebührenzahler verachtend:

Extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998: Brutal verfassungswidrig > >

Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet.

Politik in Berlin und München, Öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Sozialversicherungsträger Hand-in-Hand: Seit über 20 Jahren, wie lange noch so weiter?

Hand-in-Hand: Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder / Huml / Michel / Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Respekt vor Intendantin Monika Piel, die dies nicht mitmachen wollte! Alle andere Intendanten der ARD und des ZDF (gesamte Intendantenschaft) wussten Bescheid.

Zerschlagen nicht nur:

Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen für digitalen Innovationstransfer, herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsopfers,

Zerschlagung seines Unternehmens mit hochqualifizierten, schon in 2000 voll digitalisierten Arbeitsplätzen mit einem professionell arbeitenden Congressmesse-Team, das in 2003 entlassen werden musste, aber mit dem Versprechen, alle beim schnellstmöglichen Wiederaufbau der Congressmessen zurückholen zu wollen.

Danach

Zerschlagung seiner professionell operierenden Lieferkette, deren Firmen andere Auftraggeber suchen mussten, Zerschlagung seiner Kundenpotentiale (Hauptkundenstamm New Economy 2000, digitale Innovationselite), seiner Referenten- und Aussteller-Potentiale durch Rundfunksperre mit Rückendeckung aus Berlin

Zerschlagung seines Geschäftshauses: Repräsentative Gründerzeit-Villa von deutschen Banken für Schuldentilgung konfisziert, weil Wiederaufbau verweigert

Zerschlagung seines bayerischen Geburtshauses mit Geschäfts- und 2.Wohn-Immobilie, mit einer Treib- und Hetzjagd seines Bruders in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (Erzwingung seines Freitodes

in 2012 mit öffentlicher Diskriminierung und Diffamierung in Kommunalwahlen und öffentlichen Pressekonferenzen des Landratsamtes Tirschenreuth (Volksjustiz) und verfassungswidrigen Urteilen am Verwaltungsgericht Regensburg und anschließende Nachlass-Insolvenz)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf>

Nach politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort mit Rundfunksperre durch ÖRR, nach Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag in 2010 mit Anschreiben an Intendanten der ARD/ZDF mit Rundfunksperre seit 2008:

Opfer kriminalisierender Missbrauch sozialer Verpflichtungen für soziale Zerschlagung trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen,

Opfer kriminalisierender und Opfer verhöhnender Missbrauch von Erzwingungshaft für Freiheitsberaubung (zweimal) und psychische Folter trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen ,

Opfer kriminalisierender Missbrauch von Gebührenbescheiden und Widerspruchsbescheiden für eine Fülle von Zwangsmaßnahmen in Kenntnis eigener Schuld

Opfer kriminalisierender Missbrauch von rechtsanwaltlicher Unterstützung für Maximierung von Rechtskosten trotz erdrückender Beweislage

Opfer kriminalisierender und Opfer verhöhnender Missbrauch einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit 2010

Opfer kriminalisierender Missbrauch eines Pfändungsschutzkonto durch Sozialversicherungsträger für Kosten eines Rechtsanwalts, der eine verfassungswidrige Krankenversicherung am Landgericht Wuppertal trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen durchgesetzt hat

Opfer kriminalisierender Missbrauch von Ordnungswidrigkeitsverfahren am

laufendem Bande am Amtsgericht Mettmann mit Fortsetzung jetzt am Amtsgericht Velbert seit 2011

Opfer vernichtender Missbrauch der rechtsanwaltlichen Vertretungspflicht

der 2. Instanz für Maximierung der Rechtskosten bei politisch motivierten Zerschlagungen extremistischer Ausuferung

Opfer kriminalisierender Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen für Pfändungsschutz-Kontoinhaber seit 2013 ohne Nutzungsmöglichkeiten selbst für Dispo-Kredite, geschweige denn Kreditkarten

Opfer verhöhnende Altersdiskriminierung und

Generationendiskriminierung für inhumanes Lebensende mit politisch motivierter Sklavenhaltung des Zerschlagungsopfers im 81. Lebensjahr
Daher jetzt gefordert:

Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz

Verfassungswidrig: Psychische Folter und Opfer diskriminierender, Alter diskriminierender, Generationen diskriminierender Missbrauch sozialer Zerschlagung durch Sozialversicherungsträger, von dessen Rechtsanwälten zugemüllt mit Geldforderungen und Zinseszins-Rechnungen verhindert bis heute Rehabilitierung und Schadenersatz, verhindern Aktualisierung von qualifizierten Klageschriften für das Verwaltungsgericht Berlin mit Elke Büdenbender im Richter-Kollegium und

Verwaltungsgericht Regensburg mit Söder-Nähe (Söder/Huml-Mittäterschaft mit Rückendeckung von Bundeskanzlerin einschl. Söder/Huml-Kooperation aufgezeigt)

Nachgewiesener Zusammenhang: Kooperation von Söder / Huml / Michel bei politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort unter Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin seit 2008 mit Intensivierung nach Petitionen am Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag in 2010 mit Vernichtung seines Bruders in 2012 Qualifikation der Europäischen Congressmessen vom Beklagten mit politisch motivierten Raubkopien längst anerkannt, daher auch gerichtlich zu bestätigen.

Antrag auf Verurteilung der/des Beklagten, offensichtlich mit Sondervollmachten der Zerschlagung für die stellvertretende Intendantin Eva-Maria Michel, offensichtlich stellvertretend für **gesamte ARD/ZDF-Intendantenschaft** (alle Intendanten der ARD und des ZDF in 2007 mit Merkel-Anschreiben (Innovationen 3) informiert, Schaden durch Rundfunk Sperre viel größer als durch multimediale Raubkopien mit verwaltungsgerichtlicher Verhinderung von qualifizierten und weiterführenden Zeugenbeweisen

Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz, Geständnis-Verweigerung des Beklagten ist endlich mit Strafverschärfung zu bewerten

Antrag auf Einräumung von mehr Arbeitszeit für Ausarbeitung qualifizierter Klageschriften, ohne weitere Verzögerung durch soziale Zerschlagung, ohne Altersdiskriminierung im 81. Lebensjahr mit Umsetzung der Forderung des Bundesverfassungsgerichts nach weniger Verfassungsbeschwerden

Massive Täter / Opfer-Umkehr: Täter ist nicht der Kläger, sondern Opfer sind der Kläger und seine Familie, sein Bruder u.a., sind **Zerschlagungsoffer einer Menschen, Bürger und Gebührenzahler verachtenden Diskriminierung, Diffamierung und Kriminalisierung** in einem brutalem Umfeld mit Staatsversagen (Politikversagen) mit eskalierender Ukraine-Krieg-Zeitenwende und mit höchstem ÖRR-Reformbedarf nach Eskalation des Schlesinger-Skandals.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>

Scroll down after link (page 253)

Anlage VB-2305:

Brutal verfassungswidrige Ausgrenzung aus Solidargemeinschaft durch Pfändung der Energiepreispauschale der Bundesregierung wegen Rechtsanwaltskosten des Sozialversicherungsträgers für verfassungswidrige Krankenversicherung am 08.12.2022

Ein Sozialversicherungsträger,

der für derartige asoziale Pfändungen verantwortlich ist und der

Sabotierung der Klagen auf Schadenersatz und Rehabilitierung durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung betreibt,

der hat seine Berechtigung als Sozialversicherungsträger definitiv verloren, weil er nur noch soziale Zerschlagung mit asozialen Attacken betreibt.

Legende der zugesandten Schriftsätze:

**Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022 (2 BvR 2262/22)
wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitation und Schadenersatz an den
Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung
wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher
Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten
Berlin und Düsseldorf**

wegen Sabotieren von Rehabilitation und Schadenersatz durch Fortsetzung mit
sozialen Zerschlagungen
am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht
Düsseldorf
mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung im
82.Lebensjahr

Daher: Antrag auf Opferschutz

BVERFG-2301. Angegriffene Hoheitsakte in chronologischer Folge.

Totales Justiz-Versagen: Gerichte übergreifend

mit Sozialversicherungsträger, der von Rechtsanwälten vertreten und von
weisungsgebundenen Staatsanwälten unterstützt wird, der als Kläger und als
Zeuge nur noch soziale Zerschlagung mit asozialen Attacken betreibt,
mit Klage zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugang zu
Versicherungsleistungen seit 2010 und mit Pfändung auf Pfändungsschutzkonto,
mit Fortsetzung einer unverhältnismäßigen OWi-Hetze am Amtsgericht Mettmann
seit 2011, jetzt am Amtsgericht Velbert, zweimal mit Freiheitsberaubung und
psychischer Folter mit Überfall durch 4-Mann-Polizeitruup,
mit Klage auf Rehabilitation und Schadenersatz seit 2011 zu politisch
motivierten Zerschlagungen,

mit Klage am Verwaltungsgericht Köln, von da an Verwaltungsgericht Berlin, von
da an am Landgericht Wuppertal, dort mit Klage-Aufteilung wegen politisch
motivierter Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern,
von dort zurück an Verwaltungsgericht Berlin

Klage-Erweiterung wegen Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit
Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF seit 1998, seit über
20 Jahren, am Verwaltungsgericht Düsseldorf,

gegen Kläger / Beklagten, heute im 82.Lebensjahr mit Anspruch auf ein humanes
Lebensende anstatt entwürdigende Altersdiskriminierung ohne Respekt vor
Lebensleistung und Generationendiskriminierung:

> **Politisch motivierte Zerschlagungen unter persönlicher
Verantwortung von Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder**

**Politik-Versagen, heute mit Digitalisierungsnotstand in
Deutschland, mit politisch motivierten Zerschlagungen
nicht trotz, sondern wegen:**

**Herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen,
den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution
in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-
Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales
Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte
Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der
Digitalbranche),**

> > > **ONLINE Congressbände 1976 - 2003**

> unter aktiver Beteiligung des Sozialversicherungsträgers mit
unverhältnismäßiger Be-/Verhinderung/Sabotage von Rehabilitation
und Schadenersatz im laufendem Verfahren am Verwaltungsgericht
Berlin ohne die Chance, in 2021 und 2022 nach einer umfassenden
Verfassungsbeschwerde das laufende Verfahren fortsetzen zu können
wegen ständiger asozialen Attacken des Klägers bis heute (soziale

Zerschlagung unter Verantwortung des Sozialversicherungsträgers)
nach exotischem Gerichtsverfahren am Landgericht Wuppertal mit 3 O 61/19 und
jetzt mit 3 O 228/22, mit Fortsetzung der OWi-Verfahren des Amtsgerichts
Mettmann am Amtsgericht Velbert (26 OWi-523 Js 814/22-84/22, OWi-
Kostenhetzjagd seit 2011)

**jetzt mit laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2121/22 gegen
Amtsgericht Velbert / Landgericht Wuppertal 16 M 188/22**

jetzt mit Beschwerdeverfahren am Oberlandesgericht Düsseldorf zu
Gerichtsverfahren 3 O 228/22 Landgericht Wuppertal und
Rechtsbeschwerde zu 26 OWi-523 Js 814/22-84/22 Amtsgericht Velbert
Kapitale Vermögensschäden wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit
1998: Ausschließliche Ursache für Probleme der Krankenversicherung und
Pflegeversicherung.

**Daher: Beklagter fordert die Respektierung von Menschenrechten, den
Vorrang für Schadenersatzverfahren, die in unverhältnismäßiger Weise
durch ständige Attacken des Sozialversicherungsträgers mit Unterstützung
durch weisungsgebundene Staatsanwälte verhindert und sabotiert werden.**

**BVERFG-2302. Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz, weil
Probleme der Sozialversicherungen ausschließlich durch politisch
motivierte Zerschlagungen seit 1998 verursacht**

Brutal verfassungswidrig: Sabotierung der Klagen auf Schadenersatz und
Rehabilitierung durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen
Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht
mehr zu verarbeiten

**Brutal verfassungswidrig: Exzesse der Altersdiskriminierung ohne
Respektierung der herausragenden Lebensleistung des
Beschwerdeführers:**

**Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen
ONLINE und KOMMTECH**

**mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution
in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-
Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.**

**mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales
Innovationswachstum**

**durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte
Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der
Digitalbranche),**

> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003

**Zerschlagungsopfer: Ausgehelt, zerschlagen, abgehängt,
ausgegrenzt, entrechtet und verklavt unter persönlicher
Verantwortung der Täter**

**Ausgehelt mit der staatlichen UMTS-Auktion2000 unter persönlicher
Verantwortung von Schröder / Steinmeier**

**Politisch motivierte Zerschlagung am Wohnort und am Geburtsort in Bayern
unter persönlicher**

Verantwortung von Merkel / Söder / Michel.

**Erdrückende Beweislage mit Schriftsatz vom 20.Sept. 2022 an das
Verwaltungsgericht Düsseldorf (Anlage VB-2304)**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>

Scroll down after link (page 253)

**mit Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung
und Schadenersatz**

mit Mehrrichter-Entscheidung

**nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022
und **ARD/ÖRR-Krise mit Schlesinger-Skandal****

Fortsetzung der Klage mit Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22
vom 20.Juni 2022 wegen Anerkennung und Vorrang des Anspruchs auf
Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte

Zerschlagungen seit 1998 unter Mittäterschaft des ÖRR mit persönlicher Beteiligung von **Eva-Maria Michel, WDR-Justiziarin seit Okt.1997 und Stellv. Intendantin des WDR seit Jan.2008 bis Okt. 2022**
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022 (2 BvR 2262/22) mit Schriftsatz vom 14.Jan.2023
wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitation und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
wegen Sabotieren von Rehabilitation und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen
am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf
mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr

Daher: Antrag auf Opferschutz

BVERFG-2303. Angegriffene Hoheitsakte in Fortsetzung.

Totales Justiz-Versagen und Justizbehörden-Versagen:

Oberlandesgericht versagt mit formaler Bescheidung der sofortigen Beschwerde rechtliches Gehör für die Begründung der sofortigen Beschwerde gegen das Landgericht Wuppertal (3 O 228/22)

Oberlandesgericht versagt Bescheidung der Rechtsbeschwerde gegen das Amtsgericht Velbert (26 OWi-523 Js 814/22-84/22, OWi-Kostenhetzjagd seit 2011)

Daher :Rechtsmittel der Anhörungsrüge vom 31.12.2022 gegen die Begründung der Bescheidung

Verfassungsbeschwerde ohne jegliche Auswirkung auf Fortgang der Gerichtsverfahren: Ladetermin am Amtsgericht Velbert (11 C 406/22) am Donnerstag, 12.01.2023

Davor: Terrorisierender Polizei-Einsatz bei völliger Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück gegen Opfer politisch motivierter Zerschlagungen im 82.Lebensjahr als angeblicher Auftrag des Amtsgerichtes am Montag, den 09.01.2023, offensichtlich unter Verantwortung eines weisungsgebundenen Staatsanwalts ohne Richterbeschluss

Richter war nicht informiert über Polizei-Einsatz und verwundert über Verfassungsbeschwerde trotz ausführlicher schriftlicher Eingabe des Beschwerdeführers (am 10.01.2023 beim Amtsgericht eingeworfen)

Richter wurde im Ladetermin darauf hingewiesen:

Beklagter hat Anspruch auf Vorrang für Rehabilitation und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf, weil Probleme der Sozialversicherungen ausschließlich durch politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, seit 25 Jahren verursacht

Klage auf Rehabilitation und Schadenersatz seit 2011 nach Petitionen an Deutschen Bundestag und an Bayerischen Landtag in 2010.

Verfassungswidrige Krankenversicherung (KV) ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010

Ladetermin: Richter am Amtsgericht Velbert ohne Kenntnis der sofortigen Beschwerde und verwundert über Verfassungsbeschwerde aber längst informiert über die verfassungswidrige KV, unterstützt Rechtsanwalt des Klägers, weil dieser den Zugang zu Versicherungsleistungen nicht erklären kann

Richter hat Ladetermin beendet nach Darlegung der verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 Gerichtsbeschluss am 9.2.2023 festgelegt.

Tierisch und brutal verfassungswidrig: Sabotierung der Klagen auf Rehabilitation und Schadenersatz durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht mehr zu verarbeiten
Antrag auf Terminverlängerung zu Mitteilung und Bewertung des avisierten Gerichtsbeschlusses im Februar.
Antrag auf Opferschutz auch bei Pflegeversicherung (Sozialgericht Düsseldorf S 31 P 146/22)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>
Scroll down after link (page 43)

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und Geschäftsführender Chefredakteur der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Vorab per Fax an 0721-9101-382

**Bundesverfassungsgericht
Präsident**

**Schlossbezirk 3
76131 Karlsruhe**

Velbert, 31.03.2023

Weitere Verfassungsbeschwerde

**> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <
mit sozialer Zerschlagung im 82.Lebensjahr**

**wegen Weltklasse-Höchstleistungen mit nachhaltigem
Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum**

am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2)
unter persönlicher Verantwortung deutsch-bayerischer Spitzenpolitiker in Berlin
und München (mit Rückendeckung durch Alt-Bundeskanzlerin)
mit führender Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3) unter
Federführung der WDR-Justitiarin und stellvertretenden Intendantin (1997-2022),
mit Wissen aller Intendanten von ARD und ZDF
mit einer Treib- und Hetzjagd durch weisungsgebundene Staatsanwälte seit 2007
im Auftrag des Bundesamtes für Justiz (BfJ) (Z4)
mit extremistischer Ausuferung unter Verantwortung von Staatsanwälten (Z5)
bis heute mit totalem Justiz-Versagen, Politik-Versagen, Behörden-Versagen:

**Hier: Verfassungsbeschwerde gegen Opfer kriminalisierende
Gerichtsverfahren im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal**

gegen das Treiben weisungsgebundener Staatsanwälte
gegen Rentner im 82.Lebensjahr, hier seit Weihnachten 2022:
Verfahren übergreifend, Gerichte übergreifend und Verwirrung stiftend, aber alle
zusammenhängend.

**Sabotierung von Wiederaufbau, Rehabilitierung und Schadenersatz mit
Überflutung durch Gerichtsverfahren zu Problemen der Sozialversicherung
seit 2010, ausschließlich verursacht durch politisch motivierte
Zerschlagungen seit 1998**

Brutal verfassungswidrig, Gerichte und Verfahren übergreifend,
Opferkriminalisierungswahnsinn, nicht nur Altersdiskriminierung, sondern auch
altersfeindliche Generationen-Diskriminierung durch junge Richtergeneration.

Daher Antrag auf Opferschutz. Mit Anmahnung des grundrechtsgleichen Rechts auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG

Im Beschwerdeverfahren:

Albin L. Ockl, Beschwerdeführer, Beklagter, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, ohne rechtsanwaltliche Unterstützung seit 2010 gegen

DEBEKA Kranken-Versicherungsverein a.G., vertreten durch Vorstand, Beschwerdegegner, Kläger, Zeuge, vertreten von Prozessbevollmächtigten (RAe Giebel und Kollegen, Stresemannstraße 60, 28207 Bremen), unterstützt von Staatsanwälten, mit juristischem Service für den Kläger und gegen das Opfer, mit judikativem Service für den Richter

Sabotierung von Rehabilitierung und Schadenersatz mit orgienartiger Überflutung durch Opfer kriminalisierende Gerichtsverfahren als Nonstop-Veranstaltungen mit Beschlüssen, bzw. Urteilen der sozialen Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht mehr zu verarbeiten, hier gegenwärtiger Stand: BVERFG-A) Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2262/22 vom 10.12.2022 (3 O 228/22 Landgericht Wuppertal) mit Schriftsatz vom 14.Jan.2023 (AR 1497/23)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Scroll down after link (page 43)

wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf

wegen Sabotieren von Rehabilitierung und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen

am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf

mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr

Daher: Antrag auf Opferschutz

BVERFG-B) Beschluss 16 T 133/22 (11 C 89/19 Amtsgericht Velbert) vom 27.02.2023 (eingegangen am 08.03.2023), Landgericht Wuppertal, 16.Zivilkammer, Vorsitzende Richterin am Landgericht Voßwinkel als Einzelrichterin

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 182)

BVERFG-C) Urteil 11 C 406/22 vom 12.01.2023 (eingegangen am 09.03.2023), Amtsgericht Velbert, trotz Abbruch der Gerichtsverhandlung durch Richter Bäcker am Amtsgericht Velbert nach kürzester Erklärung, warum Krankenversicherung verfassungswidrig ist.

BVERFG-D) Urteil 26 OWi-523 Js 814/22-84/22, mündlich vorgelesen am 24.02.2023, von Richterin am Amtsgericht Zangl am 24.02.2023, schriftlich nachgereicht am 22.03.2023,

aktualisierte Rechtsbeschwerde übergeben am 24.02.2023 an Richterin Zangl

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Gundrechtsgelches Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG gegen Fortsetzung der Opferkriminalisierung mit verfassungswidriger Kranken- und Pflegeversicherung, gegen Sabotierung und Boykottierung von Rehabilitierung und Schadenersatz aus 25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku der Verfassungsbeschwerde:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Scroll down after link (page 74)

Sabotierung von Wiederaufbau, Rehabilitierung und Schadenersatz mit orgienartiger Überflutung von Opfer kriminalisierenden Gerichtsverfahren, Beschlüssen, bzw. Urteilen der sozialen Zerschlagung im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal seit 2010

Zu BVERFG-A) Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2262/22 vom 10.12.2022 (3 O 228/22 Landgericht Wuppertal) mit Schriftsatz vom 14.Jan.2023 (AR 1497/23)

> > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Scroll down after link (page 43)

wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf

wegen Sabotieren von Rehabilitierung und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen

am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf

mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr

Daher: Antrag auf Opferschutz

Der Beschwerdeführer hat mit Schriftsatz vom 14.Jan.2023 (AR 1497/23) die Verfassungsbeschwerde fortgesetzt: Sieh folgendes

Kapitel **BVERFG-2303. Angegriffene Hoheitsakte in Fortsetzung.**

Totales Justiz-Versagen und Justizbehörden-Versagen:

Oberlandesgericht versagt mit formaler Bescheidung der sofortigen Beschwerde rechtliches Gehör für die Begründung der sofortigen Beschwerde gegen das Landgericht Wuppertal (3 O 228/22)

Oberlandesgericht versagt Bescheidung der Rechtsbeschwerde gegen das Amtsgericht Velbert (26 OWi-523 Js 814/22-84/22, OWi-Kostenhetzjagd seit 2011)

Daher :Rechtsmittel der Anhörungsrüge vom 31.12.2022 gegen die Begründung der Bescheidung

Verfassungsbeschwerde ohne jegliche Auswirkung auf Fortgang der Gerichtsverfahren: Ladetermin am Amtsgericht Velbert (11 C 406/22) am Donnerstag, 12.01.2023

Davor: Terrorisierender Polizei-Einsatz bei völliger Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück gegen Opfer politisch motivierter Zerschlagungen im 82.Lebensjahr als angeblicher Auftrag des Amtsgerichtes am Montag, den 09.01.2023, offensichtlich unter Verantwortung eines weisungsgebundenen Staatsanwalts ohne Richterbeschluss

Richter war nicht informiert über Polizei-Einsatz und verwundert über Verfassungsbeschwerde trotz ausführlicher schriftlicher Eingabe des Beschwerdeführers (am 10.01.2023 beim Amtsgericht eingeworfen)

Richter wurde im Ladetermin darauf hingewiesen:

Beklagter hat Anspruch auf Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf, weil Probleme der Sozialversicherungen ausschließlich durch politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, seit 25 Jahren verursacht

Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2011 nach Petitionen an Deutschen Bundestag und an Bayerischen Landtag in 2010.

Verfassungswidrige Krankenversicherung (KV) ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010

Ladetermin: Richter am Amtsgericht Velbert ohne Kenntnis der sofortigen Beschwerde und verwundert über Verfassungsbeschwerde, aber längst informiert über die verfassungswidrige KV, unterstützt Rechtsanwalt des Klägers, weil dieser den Zugang zu Versicherungsleistungen nicht erklären kann

Richter hat Ladetermin beendet nach Darlegung der verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 Gerichtsbeschluss am 9.2.2023 festgelegt und hat nachträglich verfassungswidriges Urteil mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung erlassen, eingegangen am 09.03.2023

Tierisch und brutal verfassungswidrig: Sabotierung der Klagen auf Wiederaufbau, Rehabilitation und Schadenersatz durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung seit 2007, deren Unmenge vom Zerschlagungsoffer im 82.Lebensjahr nicht mehr zu verarbeiten Antrag auf Opferschutz auch bei Pflegeversicherung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Scroll down after link (page 43)

Sieh **Anlage VB-2311/A:**

Antwortschreiben des Bundesverfassungsgerichts (AR 1497/23) vom 08.03.2023 mit nicht zutreffenden Annahmen:

Staatsanwälte haben den Polizei-Terror auf befriedeten Grundstück bei Dunkelheit im Vorfeld des Ladetermin veranlasst.

Die Ladung des Amtsgerichtes hat nicht eine „Zwischenentscheidung“ des Amtsgerichtes, sondern ein brutal verfassungswidriges Urteil zur Folge, gegen das jetzt Verfassungsbeschwerde fortzusetzen ist. Sieh **BVERFG-C) Urteil 11 C 406/22 vom 12.01.2023** (eingegangen am 09.03.2023), Amtsgericht Velbert, trotz Abbruch der Gerichtsverhandlung durch Richter Bäcker am Amtsgericht Velbert nach kürzester Erklärung, warum Krankenversicherung verfassungswidrig ist.

Polizei-Terror verniedlichende Stellungnahme der AR-Referentin Krause-Reul am Bundesverfassungsgericht, seit vielen Jahren zuständig, obwohl immer wieder konkrete Hoheitsakte vorgelegt, weil bis heute:

2mal Freiheitsberaubung auf umfriedeten Grundstück,

> ohne Haftbefehl beim 1.Mal,

> beim 2.Mal mit gewaltsamen Einbruch über die Garage, mit staatsanwaltlicher Anweisung an 4 Mann-Polizeitrupp gegen Rentner im Schlafanzug, mit Opfer-Präsentation in vergittertem Schwerverbrecher-Transporter vor den Augen der Nachbarschaft und mit Opfer demütigender Präsentationsfahrt durch Velbert zur Polizeiwache mit anschließendem JVA-Service, Psychoterror, angewiesener Polizei-Terror mit Zielsetzung von sozialer Isolation immer wieder, unter staatsanwaltschaftlicher Verantwortung, von skrupellosen Staatsanwälten

mit juristischem Service für Sozialversicherungsträger seit 2010 und mit judikativem Service für Richter an den Amtsgerichten in Velbert und Mettmann, am Landgericht Wuppertal, an Sozialgericht Düsseldorf, an Bundesamt für Justiz (BfJ) seit 2007, mit Klage-Erzwingungsverfahren bis zum Bundesverfassungsgericht gegen verantwortliche Polizeitrupps bei 1. und 2. Freiheitsberaubung unter Information an AR-Referentin im Bundesverfassungsgericht

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP2.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>

mit Schreiben an den Bundespräsidenten wegen 1. und 2. Freiheitsberaubung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 25)

Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft.

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku

Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

am Amtsgericht Velbert

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Gegen das Urteil erheben wir Verfassungsbeschwerde. Sieh nachfolgende Ausführungen zu BVERFG-C. Die

Vorsitzende Richterin am Landgericht Voßwinkel als Einzelrichterin, 16.Zivilkammer war informiert (sieh BVERFG-B)

Sabotierung von Wiederaufbau, Rehabilitierung und Schadenersatz mit orgienartiger Überflutung von Opfer kriminalisierenden Gerichtsverfahren, Beschlüssen, bzw. Urteilen der sozialen Zerschlagung im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal seit 2010:

Zu BVERFG-B) Anzufeuchtende Hoheitsakte: Sieh Anlage VB-2312/B:

> Beschluss 16 T 133/22 (11 C 89/19 Amtsgericht Velbert) vom 27.02.2023 (eingegangen am 08.03.2023)

> Beschluss 16 T 133/22 (11 C 89/19 Amtsgericht Velbert) vom 01.02.2023 (eingegangen am 09.02.2023, Anlage), Landgericht Wuppertal, 16.Zivilkammer, Vorsitzende Richterin am Landgericht Voßwinkel als Einzelrichterin

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 182)

Schriftsatz vom 20.Feb.2023 an Landgericht Wuppertal mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO (124 Seiten) gegen Beschluss 16 T 133/22 (11C 89/19 Amtsgericht Wuppertal) der 16.Zivilkammer des Landgerichts vom 01.Feb.2023

(eingegangen am 09.02.2023)

nach Erinnerung vom 24.12.2022 an Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO vom 28.09.2022

wegen Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022

07. Totales Justiz-Versagen mit Opfer-Kriminalisierung, Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung, wenn von Staatsanwälten und Rechtspflegern die Judikative ausgeschaltet wird und letztere den untauglichen Versuch unternimmt, sich vor dem Opfer auch noch zu rechtfertigen, anstatt Staatsanwälte und Rechtspfleger in die Schranken zu weisen

Beschlüsse sind verfassungswidrig, wenn Grundrechte nicht

respektiert werden. Wer Grundrechte nicht respektiert, hat auch keinen Respekt vor der älteren Generation und ihren Leistungen.

Brutal verfassungswidrig: Je älter das Opfer (82.Lebensjahr), umso weniger judikative Bereitschaft, Grundrechte zu respektieren.

2 Verfassungsbeschwerden und eine Erinnerung an Rechtsmittel der Anhörungsrüge waren notwendig, um überhaupt Bescheidung einer sofortigen Beschwerde zu erreichen, diese auch noch ohne Respektierung von Grundrechten. Mit 2 Verfassungsbeschwerden kriminelle Grundrechtsverletzungen nachgewiesen.

> > > nach Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2262/22 vom 10.12.2022 wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung

> > > nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.2023 / 31.01.2023 (mit Anlage LG-03 (KV) vorgelegt: Schriftsatz vom 24.12.2022)

wegen 25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

> > > nach Schriftsatz vom 24.12.2022 an die 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal mit Erinnerung an Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO vom 28.09.2022 wegen

Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022

gegen Beschluss des Rechtspflegers am Amtsgericht Velbert Jacob vom 17.10.2022 (erneut zugesandt am 13.12.2022)

gegen Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 01.12.2022 der

Debeka Krankenversicherungsverein (Geschäftszeichen 15 M 1627/22, abgestempelt mit „Jacob Rechtspfleger“, gegen Rechtspfleger Jacob mit Ablehnungsgesuch vom 28.09.2022 gemäß Punkt r) auf Seite 3 in Anlage LG-04(KV) Erschwerend: Vorsitzende Richterin am Landgericht Voßwinkel ist auch in OWi-Bussgeld-Hexenjagd über 12 Jahre seit 2011 verwickelt (Sieh Kapitel 08)

08. Brutal unverhältnismäßig und verfassungswidrig:

Nach über 25 Jahren Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH bis 2003 mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a. mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).

Jetzt 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen in 2023:

Skrupellose Staatsanwälte manipulieren und sabotieren die Justiz für Rehabilitation und Schadenersatz politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort mit einer Überflutung von Gerichtsverfahren gegen einen Rentner im 82.Lebensjahr, Schadenersatz für eine Treib- und Hetzjagd gegen ihn und seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (2012 erzwungener Tod seines Bruders)

Skandalös: 2 Verfassungsbeschwerden und eine Erinnerung an Rechtsmittel der Anhörungsrüge waren notwendig, um überhaupt Bescheidung einer sofortigen Beschwerde zu erreichen, diese auch noch ohne Respektierung von Grundrechten.

Brutal verfassungswidrig: Verwerflicher Kostenfestsetzungsbeschluss zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010,

mit laufender Kontopfändung zu horrenden Kosten eines Rechtsanwalts, der für diese verfassungswidrige Krankenversicherung verantwortlich ist, mit Kontopfändung der Rente, mit Kontopfändung der Energiepauschale, die alle deutschen Bundesbürger mit einem „Doppel-WUMS“ der Deutschen Bundesregierung erhalten haben.

Daher zurückzuweisen mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO: Verwerflicher Beschluss 16 T 133/22 (11C 89/19 Amtsgericht Wuppertal) der 16.Zivilkammer des Landgerichts vom 01.Feb.2023 (eingegangen am 09.02.2023) einschließlich aller Kosten der nur Missbrauch sozialer Sicherheit für soziale Zerschlagung bedeutet.

Beschluss der Einzelrichterin ist ein Skandal, weil Menschenrechte mit Füßen getreten werden, Europäisches Menschenrecht auf ein faires Verfahren nach Art.6 EMRK rücksichtslos ohne Beachtung, weil Richterin nicht den Mut hat, skrupellosen Staatsanwälten ihre Grenzen aufzuzeigen.

Staatsanwälte unterstützen nicht nur den klagenden „Sozialversicherungsträger“, sondern sind auch maßgeblich an den politisch motivierten Zerschlagungen beteiligt, gegen das beklagte Opfer, das sich seit 2010 keinen vertrauenswürdigen Rechtsanwalt mehr leisten kann.

Daher Antrag auf Opferschutz in den Verfassungsbeschwerden.
Grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG
ist längst Rechtsanspruch, weil keine Abhilfe seit 1998 (25 Jahre).
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>
Scroll down after link (page 182)

Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 mit Schriftsatz vom
31.01.2023 Kapitel BVERFG-379 / BVERFG-380

Kapitel **BVERFG-379. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit**
1998, Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz:

Erzwingung von totalem Justizversagen
mit Gerichte übergreifenden Verfahren (vom Verwaltungsgericht
Düsseldorf zum Amtsgericht Velbert / Landgericht Wuppertal)
nach Verfassungsbeschwerde vom 20.Okt.2022 (1 BvR 2121/22)
Erbärmliche Begründung der fortgesetzten Opferkriminalisierung durch
Gerichte übergreifende Verfahren: Vom Verwaltungsgericht Düsseldorf zum
Amtsgericht Velbert und Landgericht Wuppertal
Erbärmliche Aneinanderreihung von Feststellungen der 16.Zivilkammer
ohne Begründung oder mit nicht zutreffenden Begründungen, weil sich das
Zerschlagungsoffer wehrt, ständig Gerichtskosten zu übernehmen, weil in
Urteilen am Verwaltungsgericht Düsseldorf Wahrheit, Recht und Verfassung
gebeugt wird.
Erbärmliche Überflutung mit Gerichtsbeschlüssen und asozialen Attacken
der sozialen Zerschlagung des Sozialversicherungsträgers selbst an
Weihnachten gegen einen Rentner im 82.Lebensjahr, wenn ganz
Deutschland am Ende eines Jahres Weihnachtsruhe hat, und das
„alle Jahre wieder“, seit 2010!

Der Beschwerdeführer hat mit Schriftsatz vom 31.01.2023
die Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 fortgesetzt,
weil Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz nicht nur im
verwaltungsgerichtlichen Verfahren 27 K 2672/22 (VG Düsseldorf) sabotiert
werden,
sondern auch im (ober)verwaltungsgerichtlichen Verfahren OVG 11 M 2/22
(OVG 11 M 21/21, VG 27 K 308.14 Verwaltungsgericht Berlin)
weil weisungsgebundene Staatsanwälte mit sozialer Zerschlagung politisch
motiviert Zerschlagung fortsetzen, jede Kausalität leugnen und selbst
„Güteverhandlungen“ verhindern
weil mit Gerichte übergreifenden Verfahren (vom Verwaltungsgericht /
Sozialgericht zum Amtsgericht) nur noch Justiz-Versagen erzwungen wird

Detaillierte Ausführungen zu den Kapiteln zusätzlich in der vernetzten Internet-
Doku

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>

Scroll down after link (page 380/286)

> **25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998** <

sind kein Ruhmesblatt für deutsche Justiz, die Wiederaufbau seit 2003,
Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2010 boykottiert,
nicht trotz, sondern wegen (Zerschlagung)_

herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen,
mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution
in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-
Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales
Innovationswachstum

durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),

> > > [ONLINE Congressbände 1976 - 2003](#)

Deutsche Justiz verursacht mit Gerichte übergreifenden Verfahren absichtlich nur noch Verwirrung, Richter am Amtsgericht sind überfordert und übernehmen vorgefertigte Meinungen von Staatsanwälten, die mit einer Überflutung von Gerichtsverfahren einen verfassungswidrigen Unrechtszustand erzwingen wollen. Rechtspfleger wollen mit Beschlüssen mitmachen bei einer verfassungswidrigen Krankenversicherung. Daraufhin verursacht ein Richter Bäcker zu dieser Krankenversicherung ein verfassungswidriges Urteil parallel zu dem Beschluss am Landgericht, im Vorfeld organisiert die Staatsanwaltschaft Polizei-Terror bei Dunkelheit auf dem umfriedeten Grundstück des Beschwerdeführers:

Erbärmliche Überflutung mit erbärmlichen Gerichtsbeschlüssen und mit asozialen Attacken der sozialen Zerschlagung des

Sozialversicherungsträgers mit staatsanwaltlicher Unterstützung,

mit einer verfassungswidrigen Krankenversicherung mit parallel laufenden Kontopfändungen auf Pfändungsschutzkonto zu dieser Krankenversicherung, mit denen auch Energiepauschalen der Bundesregierung wegen Energienotstand sowie Energie-Einsparungen des Stromlieferanten weggepfändet werden,

eines Sozialversicherungsträgers, der selbst an Weihnachten gegen einen Rentner im 82.Lebensjahr mit politisch motivierten

Zerschlagungen seit 25 Jahren Gerichtsverfahren mit Unterstützung durch Staatsanwälte besorgt, wenn ganz Deutschland am Ende eines Jahres

Weihnachtsruhe hat, und das

„alle Jahre wieder“, seit 2010! und v.a.m.

So wird Rehabilitation und Schadenersatz von Staatsanwälten sabotiert!

Das ist keine Justiz, sondern ein Schlägerei-Betrieb gegen ältere Staatsbürger ohne Respekt vor ihrer Lebensleistung.

Dem Beschluss 16 T 133/22 (11 C 89/19 Amtsgericht Velbert) vom 27.02.2023 vorausgegangen ist: Sieh Verfassungsbeschwerde mit Schriftsatz vom 31.01.2203 Seite 67 .

Anlage VB-2308

Schriftsatz vom 28.Jan.2023 an das Landgericht Wuppertal mit Zurückweisung des Beschlusses 16 T 126/22, 16 T 183/22, 16 M 188/22 Amtsgericht Velbert

vom 04.01.2023 (eingegangen am 20.01.2023) mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO unter Hinzufügung und Übergabe an Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)

mit Vorrang für Gerichtsverfahren zu Rehabilitation und Schadenersatz wegen politisch motivierter Zerschlagungen mit Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF

gemäß Punkt 17 und 18

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AGVE-2201.pdf>

Scroll down after link (page 69)

Punkt 17. Brutal verfassungswidrig: Aus Gerichte übergreifenden Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit verfassungswidrigen Urteilen und Beschlüssen, die

nicht am Amtsgericht Velbert anzufechten sind,

sondern am Bundesverfassungsgericht, Oberverwaltungsgericht und am Verwaltungsgericht.

Daher Verfahren am Amtsgericht und an der 16.Zivilkammer können nicht abhelfen zu Gunsten der Verwaltungsgerichte und verhindern

weiter in verfassungswidriger Weise (Art.6 EMRK, Europäisches Menschenrecht auf ein faires Verfahren) die Verfahren auf Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Düsseldorf und Berlin

Ausführlich dargelegt in

Punkt 16. Verfassungsbeschwerde vom 20.10.2022 (1 BvR 2121/22) wegen Nicht-Bescheidung einer sofortigen Beschwerde trotz Schriftsatz vom 06.Okt.2022 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO wegen Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 19.07.2022 und gegen Beschluss 16 M 188/22 des Amtsgerichtes Velbert vom 27.09.2022 und vom 05.10.2022.

Sieh auch neue Verfassungsbeschwerde 10.12.2022 gegen Oberlandesgericht Düsseldorf (im besonderen Kapitel BVERFG-2302) mit Antrag auf Nachholung der Weihnachtsruhe bis 31.01.2023

Punkt 18. Zurückweisung des Beschlusses 16 T 126/22, 16 T 183/22, 16 M 188/22 Amtsgericht Velbert

vom 04.01.2023 (eingegangen am 20.01.2023) mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO unter Hinzufügung und Übergabe der Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23), weil

Brutal verfassungswidrig: Aneinanderreihung und Hintereinander von Feststellungen ohne Begründung oder mit nicht zutreffender Begründung sind keine Abhilfe

Brutal verfassungswidrig: Gerichte übergreifende Verfahren am Amtsgericht nach verfassungswidrigem Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf und am Oberverwaltungsgericht Münster, um die Verfassungswidrigkeit dieser Verfahren verdecken. Fortsetzung der Opferkriminalisierung, Altersdiskriminierung und Generationen-Diskriminierung durch 16.Zivilkammer im Verbund mit einer Überflutung von Gerichtsverfahren in der Weihnachtszeit, um die Bemühungen des Zerschlagungsopfers um Rehabilitierung und Schadenersatz zu sabotieren.

Brutal verfassungswidrig, weil Beschwerdeführer im 82. Lebensjahr mit einem herausragendem Lebenswerk den Respekt der aktiven Justiz verdient und nicht Justiz-Versagen, mit dem er von einer älteren Generation wie Altmaterial entsorgt wird. Das ist brutale Opfer-, Alters- und Generationen-Diskriminierung, daher Übergabe an: Neue Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23) gegen verfassungswidriges Gerichtsverfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf (auch an Oberverwaltungsgericht Berlin kommuniziert) mit Antrag auf Opferschutz durch das Bundesverfassungsgericht

Sabotierung von Wiederaufbau, Rehabilitierung und Schadenersatz mit orgienartiger Überflutung von Opfer kriminalisierenden Gerichtsverfahren, Beschlüssen, bzw. Urteilen der sozialen Zerschlagung im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal seit 2010:

Zu BVERFG-C) Anzufechtende Hoheitsakte:

Urteil 11 C 406/22 des Amtsgerichtes Velbert (Anlage VB-2315/C), verkündet am 09.02.2023 ohne Kenntnis des Geladenen zur

Begründung einer Güteverhandlung,

mit vorhergehendem Polizei-Terror gegen Rentner im 82.Lebensjahr bei Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück.

Nach kurzer Erklärung zu einer verfassungswidrigen

Krankenversicherung, Abbruch der Güteverhandlung am

12.01.2023 ohne Begründung durch jungen Einzelrichter Bäcker,

schriftliche Begründung eingegangen am 09.03.2023, jetzt

vorgelegt in der Verfassungsbeschwerde wegen

entscheidungsrelevanter Zusammenhänge mit der gesamten

Verfassungsbeschwerde gegen Beschlüsse der 16.Zivilkammer

des Landgerichts (B), die über alle Vorgänge informiert war.

„Blinder mit Krückstock“ kann Verfassungswidrigkeit der

Krankenversicherung mit Notlagentarif und Verfassungswidrigkeit der

Pfändungen auf Pfändungsschutz-Konto erkennen

Im Urteil wird Wahrheit, Recht und Verfassung gebeugt, daher mit

Verfassungsbeschwerde angefochten und zurückgewiesen.

Ausgehebelt, abgehängt, ausgegrenzt, zerschlagen, entrechtet,

versklavt mit einer Überflutung von Gerichtsverfahren seit 2010:

25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998,

erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, nachhaltig

mit Eliminierung der digitalen Innovationselite in Deutschland,

anschließend mit unverhältnismäßiger, bundesweiter

Opferkriminalisierung (Täter/Opfer-Umkehr) diskriminiert.

Von vorgetäuschter Güteverhandlung zu verfassungswidrigem Urteil gegen das Zerschlagungsoffer, in dem Recht und Verfassung gebeugt wird:

Anlage LG-08(KV)

Protokoll der öffentlichen Sitzung des Amtsgerichtes Velbert vom

12.01.2023, Geschäfts-Nr. 11 C 406/22 (eingegangen am 14.02.2023)

zu weiterer Kostenfestsetzung mit Abbruch durch Richter

nach Erklärung der verfassungswidrigen Krankenversicherung,

nach vorausgegangenem Anschreiben an den Richter vom 10.01.2023

über Missbrauch von Polizeigewalt für Opfer-Terrorisierung vor

Ladetermin auf umfriedeten Grundstück bei Dunkelheit ohne

Respektierung des Lebensalters. Sieh

Anlage VB-2316/C

Persönliches, vorausgegangenes Anschreiben an den Richter vom

10.01.2023 über Missbrauch von Polizeigewalt für Opfer-

Terrorisierung vor Ladetermin auf umfriedeten Grundstück bei

Dunkelheit ohne Respektierung des Lebensalters,

mit Einspruch gegen Ladung und Verfügung und mit Antrag auf

Aufhebung des Ladetermins mit Begründung und umfangreichen

Anlagen von 44 Seiten

Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022 (2 BvR 2262/22,

Sieh Anlage LG-03 (KV)

wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz

an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf

mit Mehrrichter-Verantwortung

wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
wegen Sabotieren von Rehabilitation und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen
am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf
mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr
Daher: Antrag auf Opferschutz
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

mit **Anlage VB-2305**: Seite 42

Brutal verfassungswidrige Ausgrenzung aus Solidargemeinschaft
durch Pfändung der Energiepreispauschale der Bundesregierung
wegen Rechtsanwaltskosten des Sozialversicherungsträgers für verfassungswidrige Krankenversicherung am 08.12.2022
Ein Sozialversicherungsträger,
der für derartige asoziale Pfändungen verantwortlich ist und der **Sabotierung der Klagen auf Schadenersatz und Rehabilitation durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung betreibt, der hat seine Berechtigung als Sozialversicherungsträger definitiv verloren**, weil er nur noch soziale Zerschlagung mit asozialen Attacken betreibt.

Im Urteil wird Wahrheit, Recht und Verfassung gebeugt, daher mit Verfassungsbeschwerde angefochten und zurückgewiesen.

> **25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <**
mit sozialer Zerschlagung im 82.Lebensjahr

wegen Weltklasse-Höchstleistungen mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum

werden von einem jungen Einzelrichter überhaupt nicht wahrgenommen, weil er die Vorgänge überhaupt nicht beurteilen kann, obwohl er mit Übergabe der Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022 qualifizierte Informationen erhalten hat.

Der Beschwerdeführer hat die Verfassungswidrigkeit der Krankenversicherung dem Richter erläutert und nicht nur behauptet.

Der Vertreter des Klägers wusste nicht einmal, wie Versicherungsleistungen erstattet werden, obwohl der Beklagte keinen Zugriff hat auf die Versicherungsleistungen hat. Der Richter war darüber informiert, dass Versicherungsleistungen durch Übergabe von Rechnungen erfolgen soll. Der Beschwerdeführer ist aufgrund politisch motivierter Zerschlagungen **seit vielen Jahren gezwungen, ein Pfändungsschutz-Konto zu benutzen**. Wenn die Pfändungsschutz-Grenze überschritten ist, wird vom Kläger generell alles in vollem Umfang gepfändet, was diesen Grenzwert überschreitet. Dagegen hat sich der Beschwerdeführer ohne Erfolg zur Wehr gesetzt, z.B.:
sich **Anlage VB-2305**: Seite 42 in **Anlage VB-2316/C**

Brutal verfassungswidrige Ausgrenzung aus Solidargemeinschaft
durch Pfändung der Energiepreispauschale der Bundesregierung
wegen Rechtsanwaltskosten des Sozialversicherungsträgers für verfassungswidrige Krankenversicherung am 08.12.2022
Ein Sozialversicherungsträger,
der für derartige asoziale Pfändungen verantwortlich ist und der **Sabotierung der Klagen auf Schadenersatz und Rehabilitation durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung betreibt, der hat seine Berechtigung als Sozialversicherungsträger definitiv verloren**, weil er nur noch soziale Zerschlagung mit asozialen Attacken betreibt.

Darüber hinaus:

Der Beschwerdeführer hat mit seinem Stromanbieter vereinbart, Guthaben aus Strom sparenden Maßnahmen zur Verrechnung / Senkung der monatlichen Kostenpauschalen zu verwenden. Aus Versehen hat dieser das Guthaben aber auf das Pfändungsschutz-Konto überwiesen, das von der Bank sofort konfisziert wurde, obwohl der Beschwerdeführer umgehend die Rücküberweisung veranlasst hat und bei der Bank die Freigabe des Betrages angemahnt hat. Die **Bank verweigert inzwischen auch eine Bestätigung, dass versehentliche Kontobewegungen vor dem Hintergrund stromsparender Maßnahmen pfändungsfrei sind**. Die Bank hat sich zum willfährigen Werkzeug der Staatsanwälte gemacht, weil sie mit Kunden aus politisch motivierten Zerschlagungen kein Geld verdienen kann.

Darüber hinaus:

Weisungsgebundene Staatsanwälte erzwingen verfassungswidrige Kontopfändungen auf Pfändungsschutzkonto ohne Respektierung von Grundrechten: Seit August 2021, seit seinem 80. Geburtstag, wird auf dem Pfändungsschutzkonto seine Rente gepfändet wegen horrender **Rechtsanwaltskosten, die bei der Erzwingung der verfassungswidrigen Krankenversicherung vom Sozialsicherungsträger beansprucht werden**. Dem Zerschlagungsopfer mit Weltklasseleistungen für Deutschland und Europa wird ein humanes Lebensende verweigert. Dieser Kläger hat seine Berechtigung als Sozialsicherungsträger in strafbarer Weise längst verloren.

Aus derart skrupellosen Praktiken resultiert die leicht nachvollziehbare Erkenntnis, dass die gesamte Krankenversicherung inkl. Notlagentarif verfassungswidrig ist, weil überhaupt keine Sicherheit und de facto kein Zugriff auf Versicherungsleistungen besteht.

Der Beschwerdeführer hat de facto keinen Zugang zu Versicherungsleistungen dieses Sozialversicherungsträgers, weder in der Krankenversicherung, noch in der Pflegeversicherung. Dies ist bei der Erstattung von Krankheitskosten oder Pflegekosten der Fall. Bei dieser Versicherungsform sind medizinische Kosten zweimal zu bezahlen, bei Rechnungseingang und bei Pfändung durch den Sozialversicherungsträger, sodass keine Sicherheit besteht und vorgetäuschte Sicherheit auch noch abgestraft wird mit Erzwingung doppelter Bezahlung.

Andererseits:

Notlagentarife sind eine Art Grundversicherung, die verfassungsrechtlichen Anforderungen genügen muss. Eine Grundversicherung darf nicht diskriminieren. Das ist hier mit Sicherheit der Fall. Erschwerend ist zusätzliche Altersdiskriminierung gegen einen Rentner über 80 Jahre und Generationendiskriminierung unter Verantwortung junger Einzelrichtern. Grundversicherung auf Rechnungsbasis im hohen Alter ist nicht mehr kommentierbar.

Darüber hinaus:

Digitalisierung ist nicht nur eine Forderung von Bürokratie-Abbau, sondern auch der barrierefreien Ergonomie der Grundversicherung, der Krankenversicherung und der Pflegeversicherung geschuldet. Der Digitalisierungsnotstand in Deutschland mit exzessiver Ausprägung im Notlagentarif der verfassungswidrigen Krankenversicherung ist verfassungswidrig.

Darüber hinaus:

> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 < sind die einzige Ursache für Altersarmut. Mit einer Überflutung von Gerichtsverfahren, heute im Alter von über 80 Jahren, unter Steuerung von weisungsgebundenen Staatsanwälten,

werden Rehabilitation und Schadenersatz .

**wegen > 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <
vom Kläger sabotiert und von der Justiz boykottiert. Kläger, Rechtsanwälte,
Staatsanwälte, Richter Hand in Hand mit strafbarer Rechtsbeugung gegen
Zerschlagungsopfer.**

Ladung, Verfügung und Güteverhandlung mit anschließender Verurteilung sind
längst Teil eines Menschenrechte verachtenden Justiz-Versagen mit jungen
Einzelrichtern, gesteuert durch skrupellose Staatsanwälte, die dafür auch noch
respektiert werden wollen, tatsächlich aber die Respektierung der Grundrechte
und grundrechtsgleichen Rechte verweigern, in Amtsgerichten, die keine
grundrechtsfreien Räume sind, in Landgerichten und Sozialgerichten.

**Hier: Rechtsanwendungen des Sozialstaatsprinzips sind verfassungswidrig
und haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte und grundrechtsgleiche
Rechte, geschweige denn Menschenrechte nicht respektiert werden und
auch noch für Sabotage und Boykottierung von Rehabilitation und
Schadenersatz missbraucht werden.**

Brutal verfassungswidrig: Weisungsgebundene Staatsanwälte sind
angewiesen, Finanzierung der Sozialversicherungen durchzusetzen und
Ausgaben für Rehabilitation und Schadenersatz zu verhindern, mit
Unterstützung von Richtern, Rechtsanwälten und Sozialversicherungsträgern
gegen ein Zerschlagungsopfer mit

> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <

kein Ruhmesblatt für deutsche Justiz und deutsche Behörden, die Wiederaufbau
seit 2003, Rehabilitation und Schadenersatz seit 2010 boykottieren,
nicht trotz, sondern wegen (Zerschlagung)_

**herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen,
den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution
in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-
Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales
Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte
Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der
Digitalbranche),**

> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003

Sieh Verfassungsbeschwerde vom 1.1.2023

Verfassungsbeschwerde (1 BvR 149) vom 01.01.2023

> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>

Scroll down after link (page 286)

Sabotierung von Wiederaufbau, Rehabilitierung und Schadenersatz mit orgienartiger Überflutung von Opfer kriminalisierenden Gerichtsverfahren, Beschlüssen, bzw. Urteilen der sozialen Zerschlagung im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal seit 2010 und des Sozialgerichts Düsseldorf:

**Zu BVERFG-D) Anzufechtende Hoheitsakte und Zurückweisung weiterer Gerichtsverfahren am Landgericht Wuppertal und am Sozialgericht Düsseldorf wegen Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz:
> Sieh Urteil 26 OWi-523 Js 814/22-84/22 vom 24.02.2023 (eing. Am 22.03.2023): Anlage VB-2317/D**

mit aktualisierter Rechtsbeschwerde vom 24.02.2023 des Opfers aus

25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, mit 2mal Freiheitsberaubung auf umfriedeten Grundstück, > ohne Haftbefehl beim 1.Mal, > beim 2.Mal mit gewaltsamen Einbruch über die Garage, mit staatsanwaltlicher Anweisung an 4 Mann-Polizeitrupp gegen Rentner im Schlafanzug, mit Opfer-Präsentation in vergittertem Schwerverbrecher-Transporter vor den Augen der Nachbarschaft und mit Opfer demütigender Präsentationsfahrt durch Velbert zur Polizeiwache mit anschließendem JVA-Service, Psychoterror, angewiesener Polizei-Terror mit Zielsetzung von sozialer Isolation immer wieder, unter staatsanwaltschaftlicher Verantwortung, von skrupellosen Staatsanwälten, jetzt mit sozialer Zerschlagung im 82.Lebensjahr, mit Altersdiskriminierung wegen Anspruch auf ein humanes Lebensende, mit 13 Jahren OWi-Hetzjagd durch skrupellose Staatsanwälte seit 2011, mit Sabotierung von Rehabilitierung und Schadenersatz durch Nonstop-Veranstaltungen am Sozialgericht Düsseldorf (Anlage VB-2318/D) wegen verfassungswidriger Pflegeversicherung/Krankenversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen, die auf einem Pfändungsschutzkonto vom Sozialversicherungsträger wieder einkassiert werden.

> Sieh Beschluss 16 T 126/22, 16 T 183/22, 16 M 188/22

Amtsgericht Velbert am Landgericht Wuppertal

Brutal verfassungswidrig: Überflutung mit Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert unter Steuerung von weisungsgebundenen Staatsanwaltschaften mit mehrfacher Zielsetzung: Verhinderung von Rehabilitierung und Schadenersatz, Durchsetzung von Zwangsmaßnahmen aus

> 25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <

Der Beschwerdeführer hat die aktualisierte Rechtsbeschwerde vom 24.02.2023 einer jungen Nachwuchsrichterin Zankl übergeben, die ein vorgefertigtes Urteil in Fortsetzung einer seit 13 Jahren andauernden OWi-Hetzjagd vorgelesen hat. Das vorgefertigte Urteil war offensichtlich nicht von ihr erstellt, ausführliche Unterlagen wurden übergeben, aber offensichtlich nicht wahrgenommen. Auf Verlangen der Richterin hat der Beschwerdeführer noch am selben Tag den Antrag der Rechtsbeschwerde nachgereicht. Eine Bescheidung der Rechtsbeschwerde hat bis heute nicht stattgefunden. Die seit 2011 andauernde OWi-Hetzjagd wurde nachgewiesen mit Anlage OWiV-01.

Das vom Staatsanwalt erzwungene Verfahren wurde nicht nur an das Amtsgericht Velbert, sondern auch an das Landgericht Wuppertal (16.Zivilkammer) übertragen als

Anlage LG-10(KV):
Schriftsatz vom 27.Sept. 2022 an Amtsgericht Velbert
26 OWi-523 Js 814/22-84/22 mit

Anlage OWiV-01

Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende
Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit
zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter
dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf
vernetzte Internet-Doku

Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der
vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

am Amtsgericht Velbert

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Anlage OWiV-02: aktualisiert

**Kausales Umfeld gemäß neuer Verfassungsbeschwerden und
anderer Schriftsätze**

Anlage OWiV-02 a

Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom
01.01.1023 mit Schriftsatz vom 31.01.2023,

> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:

wegen Vorrang von Rehabilitierung mit Schadenersatz
anstatt Fortsetzung von unverhältnismäßiger Opfer-Kriminalisierung,
Alters- und Generationen-Diskriminierung

gegen einen Rentner im 82.Lebensjahr mit

Anspruch auf ein humanes Lebensende und mit

**Antrag auf Opferschutz und grundrechtsgleichem Recht auf
Widerstand**

wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution

Politisch motivierte Zerschlagungen seit 25 Jahren (1998)

mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz

mit extremistischer Ausuferung

mit Kapitel BVERFG-380

BVERFG-380. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen

seit 1998, Menschen verachtende Zerschlagung im Alter

wegen herausragender Lebensleistung.

Staatsanwaltschaftliche Exzesse

mit über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011,

mit Erzwingung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung

ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 !!!!!!!!!!

Letzte Congressmesse in 2003 (im 63.Lebensjahr), auf Höhepunkt

in 2000/2001 mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 ausgehebelt, seit

dem ohne geschäftliche Einnahmen, daher Vorrang für

Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung:

Hinzufügung anzufechtender Hoheitsakte in dieser

Verfassungsbeschwerde

Heute Exzesse politisch motivierter Zerschlagungen der

3.Generation,

von Anfang an mit skrupellosen Staatsanwälten gesteuert unter

Mitwisserschaft / Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft

des ÖRR und Behörden-Versagen, mit Ausschluss aus

Solidargemeinschaft.

2007: Bundesamt für Justiz (BfJ) verfolgt mit Staatsanwalt

„Insolvenzverschleppung wegen politisch motivierter

Zerschlagungen“, intensive Bemühungen für den Wiederaufbau

der Europäischen Congressmessen durch das BfJ sabotiert, Vertrauenswürdige Rechtsanwälte schlagen staatsanwaltliche Attacke zurück, jedoch mit Hinweis, dass sie keine Mitschuld an wirtschaftlicher Zerschlagung in Zukunft übernehmen wollen, seitdem hat das Opfer keine Rechtsanwälte mehr hat, muss sich selbst vor

Deutschem Bundestag, Bayerischem Landtag und deutsch-bayerischer Justiz und Politik verteidigen

Seit 2010 / 70.Lebensjahr: Ansehnliche Altersrücklagen aufgebraucht, ohne Krankenversicherung, ohne Pflegeversicherung, ohne Rechtsanwalt

2012 Todesopfer am Geburtsort in Bayern unter persönlicher Verantwortung des heutigen Ministerpräsidenten: Sein Bruder wird bis in den Tod gehetzt, nach öffentlicher Volksjustiz in Kommunal- und Landtagswahlen und anschließender, brutal verfassungswidriger

Verwaltungsjustiz, ohne Unterstützung durch das zuständige Landgericht gemäß Grundgesetz (Art.34 GG)

Heute: Skrupellose Staatsanwälte sabotieren Rehabilitierung und Schadenersatz zu politisch motivierten Zerschlagungen:

> Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht mehr zu verarbeiten. Mit staatsanwaltschaftlicher plus rechtsanwaltlicher Unterstützung wird vom Sozialversicherungsträger weiterhin jede Rehabilitierung und Schadenersatz durch das Verwaltungsgericht Berlin sabotiert.

> Über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011 mit mehrfacher Freiheitsberaubung, Polizei-Terror, Banken-Terror, Übergriffe von Rechtspflegern und von Ober-Gerichtsvollziehern, Psychoterror . . .

> ohne Respekt vor herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Digitalisierung, jetzt mit Digitalisierungsnotstand ,

> soziale Zerschlagung der 3.Generation ohne Respekt vor Alter: Plünderung des Pfändungsschutzkonto eines Rentners im 82.Lebensjahr für Rechtsanwaltsgebühren einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugangsmöglichkeiten zu Versicherungsleistungen seit 2010, selbst Energie-Pauschale der Bundesregierung im Dez.2022 geplündert:

> Beschwerdeführer ist seit 2011 einer OWi-Bussgeld-Hexenjagd am Amtsgericht Mettmann und jetzt am Amtsgericht Velbert ausgesetzt,

weil er mit Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu kapitalen Vermögensschäden aus politisch motivierten Zerschlagungen Pflegeversicherungs-Beiträge nicht mehr bedienen kann.

Längst aus der Solidargemeinschaft ausgeschlossen,

> indem ihm eine verfassungswidrige Krankenversicherung aufgezwungen wurde, ohne Zugang zu Versicherungsleistungen der KV seit 2010 und dementsprechend auch zu Versicherungsleistungen der PV,

> indem er ständigem Psychoterror unterworfen ist, bis heute ohne Schadenersatz

> indem auf seinem Pfändungsschutz-Konto vom Sozialversicherungsträger umfangreiche Rechtsanwaltskosten für das Gerichtsverfahren gepfändet werden, mit dem die verfassungswidrige Krankenversicherung erzwungen wurde (7 O 214/12)

> indem selbst die Energie-Pauschale der Bundesregierung an alle deutsche Bürger*innen im Dezember 2022 weggepfändet wurde

Brutal verfassungswidrig und totales Justiz-Versagen.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>

Scroll down after link (page 286/380/389)

Anlage OWiV-02b

Antrag auf Opferschutz beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg

mit Schriftsatz vom 10.Feb.2023 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Antrag auf Güteverfahren und mit erneuter Zusendung der

Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)

> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:

mit den kompletten Anlagen, ergänzt um die vom Verwaltungsgericht Düsseldorf zurückgegeben Anlagen einschließlich der separaten Beilage von

155. Antrag auf Güteverfahren gemäß Angebot vom 21.Dez.2022 (Anlage VB-2307 der Verfassungsbeschwerde mit Fortsetzung vom 31.01.2023)

Faktenlage 2023 mit erdrückender Beweislage

> Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <

Seit 25 Jahren gegen Rentner heute im 82.Lebensjahr

wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.

mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum

durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche)

> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003

Der Kläger ist stolz darauf, als Gründer, Organisator, geschäftsführender Chefredakteur dieser Congressmessen, der Leitveranstaltung für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000),

mit einem herausragenden Lebenswerk für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, eine beachtliche Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa erbracht zu haben.

156. Vorrang für Rehabilitation und Schadenersatz

mit Antrag auf Güteverfahren am Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg gemäß Schreiben vom 21.Dez.2022 (Anlage VB-2307 der Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 mit Fortsetzung vom 31.01.2023)

gemäß Informationen zum Güteverfahren beim Oberverwaltungsgericht

> > > <http://www.berlin.de/gerichte/oberverwaltungsgericht/service>

Hand-in-Hand:

Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder / Huml / Michel /

Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks /

Sozialversicherungsträger mit Rechtsanwälten und

Staatsanwälten gegen Bürger, die sich keinen Rechtsanwalt mehr leisten können. Seit 2010.

Über 20 Jahre seit 1998, über 28 % Lebens mit einem herausragenden Lebenswerk, hat das klagende Opfer, nicht trotz, sondern wegen seines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa,

politisch motivierte Zerschlagungen und ihre extremistische Ausuferung zu politisch motivierter Sippenzerschlagung und zu politisch motivierter Sklavenhaltung mit einem unverhältnismäßigen Opferkriminalisierungswahnsinn hinnehmen müssen.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-19-2.pdf>

Scroll down after link (page 256)

Anlage OWiV-03

Aktuelles Bußgeld-Verfahren (Z5): Behördenkommunikation des Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert

mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und Staats-Versagen nicht mehr nachvollziehbar ist.

Das vom Staatsanwalt erzwungene Verfahren wurde bereits in der Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2262//22 als Anlage LG-03 vorgetragen wegen **wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitation und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf**

wegen Sabotieren von Rehabilitation und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf

mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr

Daher: Antrag auf Opferschutz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Anlage LG-03

26 OWi-523 Js 814/22-84/22

Mitteilung des Amtsgerichtes Velbert vom 07.09.2022 (eingegangen am 13.09.2022) über Termin der Hauptverhandlung wegen Einspruch gegen den Bußgeldbescheid vom 28.06.2022 (Kreis Mettmann)

Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.m.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

01. Brutal verfassungswidrig mit Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre), weil . . .

weil die politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder unter Mittäterschaft des ÖRR seit 1998 (siehe Anlage OWiV-02) andauern, seit über 20 Jahren (Anlage OWiV-02)

weil die politisch motivierten Zerschlagungen einzige Ursache sind für soziale Zerschlagung unter Debeka (Zeugen) und der Zeuge längst zum Mittäter geworden ist,

weil Sozialgesetze für soziale Zerschlagung nach politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 missbraucht werden, **weil** der Zeuge mit ständigen Attacks gegen das Zerschlagungsoffer nicht soziale Sicherheit will, sondern soziale Zerschlagung und aktuell so Schadenersatzverfahren mit unqualifizierten Attacks behindert und verhindert, und so zum Mittäter geworden ist, **weil** langjähriges Behörden-Versagen Ursache ist, dass weisungsgebundene Staatsanwälte solche Bußgeld-Verfahren immer wieder zu betreiben haben, **Daher:** Zurückweisung mit Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.

02. Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland, auch Ordnungswidrigkeitsverfahren sind kein grundrechtsfreier Raum, schon gar nicht im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998.

Zeugen-Benennung von Debeka (Z1) und Jarski (Z2) ohne Zeugenbedarf

03. Bewertung des Bußgeldverfahrens nicht wegen Verkehrsordnungswidrigkeit:

Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:

**Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig
Politik-Versagen, Justiz-Versagen, ÖRR-Versagen, Staats-Versagen:**

Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen, mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)

Zerschlagungsoffer: Ausgehobelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter

Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur

Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,

jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz) zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)

bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998

04. Aus der Sicht des Bundesverfassungsgerichts:

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht

„Bürger sind keine Untertanen“

„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“

„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland“

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht
Grundrechte sind zu respektieren, sind weder käuflich noch strafbar,
Rechtsbeugung ist strafbar in besonders schwer wiegenden Fällen wie hier,

Rechtsanwendungen in Beschlüssen und Urteilen haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden,
es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland, aber ein grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand! .

Anlage LG-03 mit weiteren Anlagen: Anlage OWiV-01, OWiV-02, OWiV-03

Anlage OWiV-01: Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku einer Opfer verhöhnenden, Menschen verachtenden Kosten-Hetzjagd mit Bußgeldverfahren mit Kumpanei von „Versicherung“, Rechtsanwälten und weisungsgebundenen Staatsanwälte mit Zielsetzung der sozialen Zerschlagung
Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

Anlage OWiV-02: Kausales Umfeld des Bußgeld-Verfahrens Zerschlagung 3 (Z3): Opfer kriminalisierende Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Klage auf Schadenersatz und mit ausführlicher Beschreibung des Umfeldes politisch motivierter Zerschlagungen einschließlich sozialer Zerschlagung (Z4, Z5)

wegen Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit erdrückender Beweislage zu skandalösen Praktiken (Schlesinger-Skandal) und der stellvertretenden WDR-Intendantin mit Sondervollmachten und mit Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>

Scroll down after link (page 253)

Anlage OWiV-03: Aktuelles Bußgeld-Verfahren einer verfassungswidrigen, unverhältnismäßigen Kosten-Hetzjagd seit 2011 (Z5) mit Bußgeld-Bescheid und anschließender Rechtsbeschwerde gemäß Anlage LG-03: Behördenkommunikation des Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert

mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und Staats-Versagen nicht mehr nachvollziehbar ist.

Die Nachwuchsrichterin Zankl am Amtsgericht hatte an diesem Gerichtstag eine ganze Reihe von OWi-Verfahren mit Verfahrensbeteiligten in einer Warteschlange im Gerichtssaal zu erledigen. Alle **Verfahren resultierten aus Verkehrsdelikten**, um die sich die junge Richterintensiv bemüht hat, und die schriftliche Begründung für ein Nicht-Verkehrsdelikt nachgeliefert hat. Das vorgelesene Urteil war offensichtlich vom zuständigen Staatsanwalt erstellt. Die schriftliche Begründung ist nicht nachvollziehbar. Der Beschwerdeführer hat bereits im Vorfeld der mündlichen Verhandlung die Rechtsbeschwerde erstellt

und mit Datum 27.09.2022 zugesandt und mit Aktualisierung der RichterIn übergeben. Das Urteil ist brutal verfassungswidrig Sieh

Anlage VB-2317/D

Urteil 26 OWi-523 Js 814/22-84/22 vom 24.02.2023 (eingegangen am 22.03.2023) (Seite 1-4) mit Rechtsbeschwerde vom 24.02.2023 (persönlich an RichterIn am 24.02.2023 übergeben) mit schriftlichem Antrag auf Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde (auf Verlangen der RichterIn schnellstmöglich per Fax am 24.02.2023 nachgereicht). Rechtsbeschwerde mehrfach an Landgericht Wuppertal, an Oberlandesgericht Düsseldorf und an das Bundesverfassungsgericht übergeben.

Die Pflegeversicherung ist ebenso wie die Krankenversicherung verfassungswidrig.

**„Blinder mit Krückstock“ kann Verfassungswidrigkeit der Krankenversicherung mit Notlagentarif und Verfassungswidrigkeit der Pfändungen auf Pfändungsschutz-Konto erkennen
Im Urteil wird Wahrheit, Recht und Verfassung gebeugt, daher mit Verfassungsbeschwerde angefochten und zurückgewiesen.**

Was nützen Versicherungsleistungen, wenn Kostenerstattungen auf einem Pfändungsschutz-Konto vom Versicherungsträger wieder konfisziert werden.

Darüber hinaus zurückzuweisen: Sieh

Anlage VB-2318/D

Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf (S 31 P 146/22) vom 13.03.2023 (eingegangen am 23.03.2023) mit Androhung eines Gerichtsbescheids über verfassungswidrige Pflegeversicherung des Sozialversicherungsträgers ohne Zugang zu Versicherungsleistungen

Der Beschwerdeführer hat eine herausragende Lebensleistung mit Weltklassenhöchstleistungen für Deutschland und Europa, die endlich zu respektieren sind, vorzuweisen.

Nach 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, im 82. Lebensjahr erhebt er Anspruch auf ein humanes Lebensende.

Und nicht die Fortsetzung eines Opferkriminalisierungswahnsinn am Sozialgericht mit verfassungswidriger Pflegeversicherung, Vorrang und Anerkennung von Rehabilitierung und Schadenersatz am Oberverwaltungsgericht in Berlin Brandenburg. Sieh auch

Darüber hinaus zurückzuweisen: Sieh

Anlage VB-2319/D

Beschluss 16 T 126/22, 16 T 183/22, 16 M 188/22 Amtsgericht Velbert vom 14.03.2023 (eingegangen am 31.März 2023). Brutal verfassungswidrig: Überflutung mit Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert unter Steuerung von weisungsgebundenen Staatsanwaltschaften mit mehrfacher Zielsetzung: Verhinderung von Rehabilitierung und Schadenersatz, Durchsetzung von Zwangsmaßnahmen aus

> 25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <

Anlage VB-2320/D

Schriftsatz vom 28.Jan.2023 mit Zurückweisung des Beschlusses 16 T 126/22, 16 T 183/22, 16 M 188/22 Amtsgericht Velbert vom 04.01.2023 (eingegangen am 20.01.2023) mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO unter Hinzufügung und

Übergabe an Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)

mit Vorrang für Gerichtsverfahren zu Rehabilitierung und Schadenersatz wegen politisch motivierter Zerschlagungen mit Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF gemäß Punkt 17 und 18

Darüber hinaus zurückzuweisen:
anstatt

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AGVE-2201.pdf>

Scroll down after link (page 69)

Begründung der Verfassungsbeschwerde

wegen Verletzung des grundrechtsgleichen Rechts auf rechtliches Gehör (Art.103 Abs.1 GG) und wegen grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand, weil andere Abhilfe nicht mehr möglich (Art.20 Abs.4 GG) und wegen Verstoß gegen das Europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren (Art.6 EMRK) iVm Art.1 Abs.1 GG und weiteren Grundrechten

Justiz-Versagen seit 2010:

In 2010: Parallele Petitionen niedergeschlagen

am Deutschen Bundestag (Berlin) und am Bayerischen Landtag (München)

Seit 2011: Klagen auf Wiederaufbau, Rehabilitierung und Schadenersatz

von deutsch-bayerischer Justiz boykottiert

von weisungsgebundenen Staatsanwälten sabotiert

Brutal verfassungswidrig

mit strafbarer Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung

nicht trotz, sondern wegen (Zerschlagung)_

**herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen,
den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution
in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-
Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.**

mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales

Innovationswachstum

**durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte
Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der
Digitalbranche),**

> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003

Seit 1998: Von einem blühenden Deutschland nach deutscher Wiedervereinigung zu Digital-Notstand, zu Energie-Notstand, zu Sicherheitsnotstand, zu Friedensnotstand, zu Ukraine-Putin-Krieg, zu Zeitenwende, die bis heute nicht angekommen.

Heute wird der Digitalisierungsnotstand am Verwaltungsgericht Düsseldorf missbraucht, um Justiz-Barrieren aufzubauen und an Amtsgerichten werden die Justizopfer mit Unterstützung durch Staatsanwälte mit Gerichtsverfahren über Verkehrsdelikte von Nachwuchsrichterinnen entsorgt. Ist das die Zukunft deutscher Justiz?

Überfällig: Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung

wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf

wegen Sabotieren und Boykottieren von Rehabilitierung und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen am laufendem Bande

**am Landgericht Wuppertal, am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf
mit verfassungswidriger Krankenversicherung / Pflegeversicherung
mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung /
Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr
Daher: Antrag auf Opferschutz**

**Politisch motivierte Zerschlagungen seit 25 Jahren (1998)
mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung**

> zu bundesweiter Zerschlagung am Wohnort und am Geburtsort seit 1998

mit Todesopfer (2012) und Nachlass-Insolvenz am Geburtsort,

> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung bis Alters-Diskriminierung und

> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010 mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit im 82.Lebensjahr

> brutal verfassungswidrig

mit totalem Staats-Versagen aus Politik-Versagen bis zu Ukraine-Krieg-Zeitenwende, unter Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bis zum Schlesinger-Skandal, mit Missbrauch von Sozialgesetzen für soziale Zerschlagungen mit Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz

mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:

Staatsorgane übergreifend, Gerichte und Verfahren übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend, mit Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen, Staats-Versagen

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku der Verfassungsbeschwerde:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Sieh auch Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2262/22 vom 10.12.2022

BVERFG-2301.

Totales Justiz-Versagen: Gerichte übergreifend

mit Sozialversicherungsträger, der von Rechtsanwälten vertreten und von weisungsgebundenen Staatsanwälten unterstützt wird, der als Kläger und als Zeuge nur noch soziale Zerschlagung mit asozialen Attacken betreibt, mit Klage zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 und mit Pfändung auf Pfändungsschutzkonto,

mit Fortsetzung einer unverhältnismäßigen OWi-Hetze am Amtsgericht Mettmann seit 2011, jetzt am Amtsgericht Velbert, zweimal mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter mit Überfall durch 4-Mann-Polizeitrupp,

mit Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2011 zu politisch motivierten Zerschlagungen,

mit Klage am Verwaltungsgericht Köln, von da an Verwaltungsgericht Berlin, von da an am Landgericht Wuppertal, dort mit Klage-Aufteilung wegen politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, von dort zurück an Verwaltungsgericht Berlin

Klage-Erweiterung wegen Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF seit 1998,

seit über 20 Jahren, am Verwaltungsgericht Düsseldorf,

gegen Kläger / Beklagten, heute im 82.Lebensjahr mit Anspruch auf ein humanes Lebensende anstatt entwürdigende Altersdiskriminierung ohne Respekt vor Lebensleistung und Generationendiskriminierung:

> Politisch motivierte Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder Politik-Versagen, heute mit Digitalisierungsnotstand in Deutschland, mit politisch motivierten Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen:–

Herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a. mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),

> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003

> unter aktiver Beteiligung des Sozialversicherungsträgers mit unverhältnismäßiger Be-/Verhinderung/Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz im laufendem Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin ohne die Chance, in 2021 und 2022 nach einer umfassenden Verfassungsbeschwerde das laufende Verfahren fortsetzen zu können wegen ständiger asozialen Attacken des Klägers bis heute (soziale Zerschlagung unter Verantwortung des Sozialversicherungsträgers) nach exotischem Gerichtsverfahren am Landgericht Wuppertal mit 3 O 61/19 und jetzt mit 3 O 228/22, mit Fortsetzung der OWi-Verfahren des Amtsgerichts Mettmann am Amtsgericht Velbert (26 OWi-523 Js 814/22-84/22, OWi-Kostenhetzjagd seit 2011)

jetzt mit laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2121/22 gegen

Amtsgericht Velbert / Landgericht Wuppertal 16 M 188/22

jetzt mit Beschwerdeverfahren am Oberlandesgericht Düsseldorf zu Gerichtsverfahren 3 O 228/22 Landgericht Wuppertal und Rechtsbeschwerde zu 26 OWi-523 Js 814/22-84/22 Amtsgericht Velbert Kapitale Vermögensschäden wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998: Ausschließliche Ursache für Probleme der Krankenversicherung und Pflegeversicherung.

Daher: Beklagter fordert die Respektierung von Menschenrechten, den Vorrang für Schadenersatzverfahren, die in unverhältnismäßiger Weise durch ständige Attacken des Sozialversicherungsträgers mit Unterstützung durch weisungsgebundene Staatsanwälte verhindert und sabotiert werden.

Totales Justiz-Versagen

ohne Respekt vor Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten,

es wird weiter Opfer kriminalisiert, was das Zeug hält,

mit extremistischer Ausuferung von Gerichte übergreifenden Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert, Landgericht Wuppertal, Oberlandesgericht Düsseldorf, Sozialgericht Düsseldorf, Verwaltungsgericht Düsseldorf, Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg

wegen sozialer Zerschlagung durch Sozialversicherungsträger mit

rechtsanwaltlicher und staatsanwaltlicher Unterstützung gegen

Zerschlagungsoffer ohne rechtsanwaltliche Unterstützungsmöglichkeiten seit 2010:

"Bürger sind keine Untertanen" (schon gar nicht Untertanen einer politisch motivierten Sklavenhaltung)
so Prof. em. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier,
Präsident des Bundesverfassungsgericht (2002-2010).

"Das Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren",
so Prof. Dr. Dres. h.c. Andreas Voßkuhle,
Präsident des Bundesverfassungsgericht (2010-2020).

"Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland",
so Prof. Dr. Stephan Harbarth, LL.M.,
Präsident des Bundesverfassungsgericht seit 2020.

Der Rechtsstaat darf nicht nur gegen Bürger, sondern **muss endlich auch für Bürger da sein**, insbesondere bei extremistischer **Ausuferung staatlicher Übergriffe einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik, aktueller denn je nach Proklamation einer Zeitenwende durch den derzeitigen Bundeskanzler im Februar 2022**. Wenn sich Bürger seit über 10 Jahren wehren, weil seit 1998, seit 25 Jahren geplant und absichtlich, zum Schaden von Deutschland, gegen ihre Grundrechte massiv verstoßen wird, ist beim Bundesverfassungsgericht ohne Zweifel das **grundrechtsgleiche Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG** mit Antrag auf Opferschutz anzumahnen.

Velbert, 31.03.2023



Albin L. Ockl



Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur **unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution**, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 19)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben **und mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für Innovationswachstum ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben**, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen.

Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1986, 1987, 1988 Congressse für Künstliche Intelligenz (KI) mit $3 \times 4 = 12$ ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben. Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT in 2018, die auch eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf dem staatlichen Digital-Gipfel im Dezember 2018/2019, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung/Aus unserer Europäischen Congressmessen in 2003 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

> > > [ONLINE Congressbände 1976 - 2003](#)

Anlage VB-2311/A:

Antwortschreiben des Bundesverfassungsgerichts (AR 1497/23) vom 08.03.2023 mit nicht zutreffenden Annahmen:

Staatsanwälte haben den Polizei-Terror auf befriedeten Grundstück bei Dunkelheit im Vorfeld des Ladetermin gegen Bürger(in) im 82.Lebensjahr veranlasst.

Die Ladung des Amtsgerichtes hat nicht eine „Zwischenentscheidung“ des Amtsgerichtes, sondern ein verfassungswidriges Urteil zur Folge, gegen das jetzt Verfassungsbeschwerde fortzusetzen ist. Sieh **C) Urteil 11 C 406/22 vom 12.01.2023** (eingegangen am 09.03.2023), Amtsgericht Velbert, trotz Abbruch der Gerichtsverhandlung durch Richter Bäcker am Amtsgericht Velbert nach kürzester Erklärung, warum Krankenversicherung verfassungswidrig ist.

Polizei-Terror verniedlichende Stellungnahme der AR-Referentin Krause-Reul am Bundesverfassungsgericht, seit vielen Jahren zuständig, obwohl immer wieder konkrete anzufechtende Hoheitsakte vorgelegt, weil bis heute:

2mal Freiheitsberaubung auf umfriedeten Grundstück,

> ohne Haftbefehl beim 1.Mal,

> beim 2.Mal mit gewaltsamen Einbruch über die Garage, mit staatsanwaltlicher Anweisung an 4 Mann-Polizeitrupp gegen Rentner im Schlafanzug, mit Opfer-Präsentation in vergittertem Schwerverbrecher-Transporter vor den Augen der Nachbarschaft und mit Opfer demütigender Präsentationsfahrt durch Velbert zur Polizeiwache mit anschließendem JVA-Service, Psychoterror, angewiesener Polizei-Terror mit Zielsetzung von sozialer Isolation immer wieder, unter staatsanwaltschaftlicher Verantwortung, von skrupellosen Staatsanwälten

mit juristischem Service für Sozialversicherungsträger seit 2010 und mit judikativem Service für Richter an den Amtsgerichten in Velbert und Mettmann, am Landgericht Wuppertal, an Sozialgericht Düsseldorf, an Bundesamt für Justiz (BfJ) seit 2007, mit Klage-Erzwingungsverfahren bis zum Bundesverfassungsgericht gegen verantwortliche Polizeitrupps bei 1. und 2. Freiheitsberaubung unter Information an AR-Referentin im Bundesverfassungsgericht

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP2.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

mit Schreiben an den Bundespräsidenten wegen 1. und 2. Freiheitsberaubung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 25 unten)

Anlage VB-2312/B: Anzufechtende Hoheitsakte

Beschluss 16 T 133/22 (11 C 89/19 Amtsgericht Velbert)

vom 27.02.2023 (eingegangen am 08.03.2023)

Beschluss 16 T 133/22 (11 C 89/19 Amtsgericht Velbert)

vom 01.02.2023 (eingegangen am 09.02.2023)

Anlage VB-2313/B

Schriftsatz vom 20.Feb.2023 an Landgericht Wuppertal(124 Seiten)

mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO

gegen Beschluss 16 T 133/22 (11C 89/19 Amtsgericht Wuppertal)

der 16.Zivilkammer des Landgerichts vom 01.Feb.2023

(eingegangen am 09.02.2023)

nach Erinnerung vom 24.12.2022 an Rechtsmittel der

Anhörungsrüge nach §321a ZPO vom 28.09.2022 wegen Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022

07. Totales Justiz-Versagen mit Opfer-Kriminalisierung, Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung, wenn von Staatsanwälten und Rechtspflegern die Judikative ausgeschaltet wird und letztere den untauglichen Versuch unternimmt, sich vor dem Opfer auch noch zu rechtfertigen, anstatt Staatsanwälte und Rechtspfleger in die Schranken zu weisen

Beschlüsse sind verfassungswidrig, wenn Grundrechte nicht respektiert werden. Wer Grundrechte nicht respektiert, hat auch keinen Respekt vor der älteren Generation und ihren Leistungen.

Brutal verfassungswidrig: Je älter das Opfer (82.Lebensjahr), umso weniger judikative Bereitschaft, Grundrechte zu respektieren.

2 Verfassungsbeschwerden und eine Erinnerung an Rechtsmittel der Anhörungsrüge waren notwendig, um überhaupt Bescheidung einer sofortigen Beschwerde zu erreichen, diese auch noch ohne Respektierung von Grundrechten. Mit 2 Verfassungsbeschwerden kriminelle

Grundrechtsverletzungen nachgewiesen.

> > > nach Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2262/22 vom 10.12.2022 wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung

> > > nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.2023 / 31.01.2023 (mit Anlage LG-03 (KV) vorgelegt: Schriftsatz vom 24.12.2022)

wegen 25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

> > > nach Schriftsatz vom 24.12.2022 an die 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal

mit Erinnerung an Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO vom 28.09.2022 wegen

Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022

gegen Beschluss des Rechtspflegers am Amtsgericht Velbert Jacob vom 17.10.2022 (erneut zugesandt am 13.12.2022)

gegen Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 01.12.2022 der Debeka Krankenversicherungsverein (Geschäftszeichen 15 M 1627/22, abgestempelt mit „Jacob Rechtspfleger“,

gegen Rechtspfleger Jacob mit Ablehnungsgesuch vom 28.09.2022 gemäß Punkt r) auf Seite 3 in Anlage LG-04(KV)

Erschwerend: Vorsitzende Richterin am Landgericht Voßwinkel

ist auch in OWi-Bussgeld-Hexenjagd über 12 Jahre seit 2011 verwickelt (Sieh Kapitel 08)

08. Brutal unverhältnismäßig und verfassungswidrig:

Nach über 25 Jahren Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH bis 2003

mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.

mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum

durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).

Jetzt 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen in 2023:

Skrupellose Staatsanwälte manipulieren und sabotieren die Justiz für Rehabilitierung und Schadenersatz politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort mit einer Überflutung von Gerichtsverfahren gegen einen Rentner im 82.Lebensjahr, Schadenersatz für eine Treib- und Hetzjagd gegen ihn und seinen

Bruder in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (2012 erzwungener Tod seines Bruders)

Skandalös: 2 Verfassungsbeschwerden und eine Erinnerung an Rechtsmittel der Anhörungsrüge waren notwendig, um überhaupt Bescheidung einer sofortigen Beschwerde zu erreichen, diese auch noch ohne Respektierung von Grundrechten.

Brutal verfassungswidrig: Verwerflicher Kostenfestsetzungsbeschluss zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, mit laufender Kontopfändung zu horrenden Kosten eines Rechtsanwalts, der für diese verfassungswidrige Krankenversicherung verantwortlich ist, mit Kontopfändung der Rente, mit Kontopfändung der Energiepauschale, die alle deutschen Bundesbürger mit einem „Doppel-WUMS“ der Deutschen Bundesregierung erhalten haben. Daher zurückzuweisen mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO: Verwerflicher Beschluss 16 T 133/22 (11C 89/19 Amtsgericht Wuppertal) der 16.Zivilkammer des Landgerichts vom 01.Feb.2023 (eingegangen am 09.02.2023) einschließlich aller Kosten der nur Missbrauch sozialer Sicherheit für soziale Zerschlagung bedeutet.

Beschluss der Einzelrichterin ist ein Skandal, weil Menschenrechte mit Füßen getreten werden, Europäisches Menschenrecht auf ein faires Verfahren nach Art.6 EMRK rücksichtslos ohne Beachtung, weil Richterin nicht den Mut hat, skrupellosen Staatsanwälten ihre Grenzen aufzuzeigen.

Staatsanwälte unterstützen nicht nur den klagenden „Sozialversicherungsträger“, sondern sind auch maßgeblich an den politisch motivierten Zerschlagungen beteiligt, gegen das beklagte Opfer, das sich seit 2010 keinen vertrauenswürdigen Rechtsanwalt mehr leisten kann.

Daher Antrag auf Opferschutz in den Verfassungsbeschwerden. Grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG ist längst Rechtsanspruch, weil keine Abhilfe seit 1998 (25 Jahre).

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 182)

Schriftsatz vom 20.Feb.2023 an Landgericht Wuppertal (124 Seiten) mit den Anlagen LG07(KV), LG08(KV), LG09(KV), LG10(KV), Anlage OWiV-02 aktualisiert (OWiV-02a, OWiV-02b), OWiV-03

Anlage LG-07(KV)

Schriftsatz vom 28.April 2021 an das Landgericht Wuppertal mit Ankündigung einer termingerechten Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde wegen verfassungswidriger Rechtsanwendung im Beschluss 9 S 30/21 vom 12.04.2021 (eingegangen am 16.04.2021)

50. Einspruch gegen verfassungswidrige Rechtsanwendung mit erneuter Anrufung des Bundesverfassungsgerichts (Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde AR 864/21) und gegen verfassungswidrige Krankenversicherung.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-20.pdf>

Scroll down after link (page 336)

Anlage LG-08(KV)

Protokoll der öffentlichen Sitzung des Amtsgerichts Velbert vom 12.01.2023, Geschäfts-Nr. 11 C 406/22 (eingegangen am 14.02.2023) zu weiterer Kostenfestsetzung mit Abbruch durch Richter **nach Erklärung der verfassungswidrigen Krankenversicherung,**

nach vorausgegangenem Anschreiben an den Richter vom 10.01.2023 über Missbrauch von Polizeigewalt für Opfer-Terrorisierung vor Ladetermin auf umfriedeten Grundstück bei Dunkelheit ohne Respektierung des Lebensalters.

Anlage LG-09(KV)

Unverhältnismäßige Treib- und Hetzjagd seit über 10 Jahren in Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen seit 25 Jahren **nach über 25 Jahren Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH**

Schriftsatz vom 07.02.2013 an 6.Strafkammer des Landgerichts Wuppertal als Antwort auf formloses Schreiben vom 24.01.2013 mit abgewandelten Beschluss

24. Anhörungsrüge gegen Richterin am Landgericht **Vosswinkel**

25. Justizverfahren skandalös und Ekel erregend:

Von verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000, Zerstörung der Existenz-Grundlage, totaler Diskriminierung unter Verantwortung des deutschen Staates

zu Ordnungswidrigkeitsverfahren gegen den Geschädigten und zu Gerichtskosten-Abzocke am Amtsgericht Mettmann

26. UMTS-Auktion 2000: Deutsche Justiz hat eine nicht zu entschuldigende Mitverantwortung an der eskalierenden Situation, weil bis heute

keinerlei Beweise und Zeugen zugelassen,
keinerlei Prozesskostenhilfe für eine anwaltliche Vertretung,
keine Zulassung zu höchstrichterlichen Entscheidungen,
keinerlei Bereitschaft für Diskussion der Sachargumente zu verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung

27. Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht gegen Treib- und Hetzjagd auf die Person des Beschwerdeführers (Beklagten) im Widerspruch zu Art. 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)

28. Rechtsmittel der Berufung als Ausweg aus juristischem Chaos des Ordnungswidrigkeitsverfahrens

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME.pdf>

Scroll down after link (page 8)

Anlage LG-10(KV):

Schriftsatz vom 27.Sept. 2022 an Amtsgericht Velbert

26 OWi-523 Js 814/22-84/22 mit

Anlage OWiV-01

Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku

Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

am Amtsgericht Velbert

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Anlage OWiV-02: aktualisiert

Kausales Umfeld gemäß neuer Verfassungsbeschwerden und anderer Schriftsätze

Anlage OWiV-02 a

Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.2023 mit Schriftsatz vom 31.01.2023,

> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:

wegen Vorrang von Rehabilitierung mit Schadenersatz
anstatt Fortsetzung von unverhältnismäßiger Opfer-Kriminalisierung,
Alters- und Generationen-Diskriminierung

gegen einen Rentner im 82.Lebensjahr mit

Anspruch auf ein humanes Lebensende und mit

Antrag auf Opferschutz und grundrechtsgleichem Recht auf
Widerstand

wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution

Politisch motivierte Zerschlagungen seit 25 Jahren (1998)

mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz

mit extremistischer Ausuferung

mit Kapitel BVERFG-380

BVERFG-380. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen

seit 1998, Menschen verachtende Zerschlagung im Alter

wegen herausragender Lebensleistung.

Staatsanwaltschaftliche Exzesse

mit über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011,

mit Erzwingung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung

ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 !!!!!!!!

Letzte Congressmesse in 2003 (im 63.Lebensjahr), auf Höhepunkt

in 2000/2001 mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 ausgehebelt, seit

dem ohne geschäftliche Einnahmen, daher Vorrang für

Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung:

Hinzufügung anzufechtender Hoheitsakte in dieser

Verfassungsbeschwerde

Heute Exzesse politisch motivierter Zerschlagungen der

3.Generation,

von Anfang an mit skrupellosen Staatsanwälten gesteuert unter

Mitwisserschaft / Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft

des ÖRR und Behörden-Versagen, mit Ausschluss aus

Solidargemeinschaft.

2007: Bundesamt für Justiz (BfJ) verfolgt mit Staatsanwalt

„Insolvenzverschleppung wegen politisch motivierter

Zerschlagungen“, intensive Bemühungen für den Wiederaufbau

der Europäischen Congressmessen durch das BfJ sabotiert,

Vertrauenswürdige Rechtsanwälte schlagen staatsanwaltliche

Attacke zurück, jedoch mit Hinweis, dass sie keine Mitschuld an

wirtschaftlicher Zerschlagung in Zukunft übernehmen wollen,

seitdem hat das Opfer keine Rechtsanwälte mehr und muss sich

selbst vor

Deutschem Bundestag, Bayerischem Landtag und deutsch-

bayerischer Justiz und Politik verteidigen

Seit 2010 / 70.Lebensjahr: Ansehnliche Altersrücklagen

aufgebraucht, ohne Krankenversicherung, ohne

Pflegeversicherung, ohne Rechtsanwalt

2012 Todesopfer am Geburtsort in Bayern unter persönlicher

Verantwortung des heutigen Ministerpräsidenten: Sein Bruder

wird bis in den Tod gehetzt, nach öffentlicher Volksjustiz in

Kommunal- und Landtagswahlen und anschließender, brutal

verfassungswidriger

Verwaltungsjustiz, ohne Unterstützung durch das zuständige

Landgericht gemäß Grundgesetz (Art.34 GG)

Heute: Skrupellose Staatsanwälte sabotieren Rehabilitierung und

Schadenersatz zu politisch motivierten Zerschlagungen:

> Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht mehr zu verarbeiten. Mit staatsanwaltschaftlicher plus rechtsanwaltlicher Unterstützung wird vom Sozialversicherungsträger weiterhin jede Rehabilitation und Schadenersatz durch das Verwaltungsgericht Berlin sabotiert.

> Über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011 mit mehrfacher Freiheitsberaubung, Polizei-Terror, Banken-Terror, Übergriffe von Rechtspflegern und von Ober-Gerichtsvollziehern, Psychoterror . . .

> ohne Respekt vor herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Digitalisierung, jetzt mit Digitalisierungsnotstand ,

> soziale Zerschlagung der 3.Generation ohne Respekt vor Alter: Plünderung des Pfändungsschutzkonto eines Rentners im 82.Lebensjahr für Rechtsanwaltsgebühren einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugangsmöglichkeiten zu Versicherungsleistungen seit 2010, selbst Energie-Pauschale der Bundesregierung im Dez.2022 geplündert:

> Beschwerdeführer ist seit 2011 einer OWi-Bussgeld-Hexenjagd am Amtsgericht Mettmann und jetzt am Amtsgericht Velbert ausgesetzt,

weil er mit Versagung von Rehabilitation und Schadenersatz zu kapitalen Vermögensschäden aus politisch motivierten Zerschlagungen Pflegeversicherungs-Beiträge nicht mehr bedienen kann.

Längst aus der Solidargemeinschaft ausgeschlossen,

> indem ihm eine verfassungswidrige Krankenversicherung aufgezwungen wurde, ohne Zugang zu Versicherungsleistungen der KV seit 2010 und dementsprechend auch zu Versicherungsleistungen der PV,

> indem er ständigem Psychoterror unterworfen ist, bis heute ohne Schadenersatz

> indem auf seinem Pfändungsschutz-Konto vom Sozialversicherungsträger umfangreiche Rechtsanwaltskosten für das Gerichtsverfahren gepfändet werden, mit dem die verfassungswidrige Krankenversicherung erzwungen wurde (7 O 214/12)

> indem selbst die Energie-Pauschale der Bundesregierung an alle deutsche Bürger*innen im Dezember 2022 weggepfändet wurde

Brutal verfassungswidrig und totales Justiz-Versagen.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>

Scroll down after link (page 286/380/389)

Anlage OWiV-02b

Antrag auf Opferschutz beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg

mit Schriftsatz vom 10.Feb.2023 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Antrag auf Güteverfahren und mit erneuter Zusendung der

Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)

> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:

mit den kompletten Anlagen, ergänzt um die vom Verwaltungsgericht Düsseldorf zurückgegeben Anlagen einschließlich der separaten Beilage von

155. Antrag auf Güteverfahren gemäß Angebot vom 21.Dez.2022

(Anlage VB-2307 der Verfassungsbeschwerde mit Fortsetzung vom

31.01.2023)

Faktenlage 2023 mit erdrückender Beweislage

> [Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998](#) <

Seit 25 Jahren gegen Rentner heute im 82.Lebensjahr

wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.

mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum

durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche)

> > > [ONLINE Congressbände 1976 - 2003](#)

Der Kläger ist stolz darauf, als Gründer, Organisator, geschäftsführender Chefredakteur dieser Congressmessen, der Leitveranstaltung für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000),

mit einem herausragenden Lebenswerk für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, eine beachtliche Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa erbracht zu haben.

156. Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz

mit Antrag auf Güteverfahren am Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg gemäß Schreiben vom 21.Dez.2022 (Anlage VB-2307 der Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 mit Fortsetzung vom 31.01.2023)

gemäß Informationen zum Güteverfahren beim Oberverwaltungsgericht

> > > <http://www.berlin.de/gerichte/oberverwaltungsgericht/service>

Hand-in-Hand:

Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder / Huml / Michel /

Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks /

Sozialversicherungsträger mit Rechtsanwälten und

Staatsanwälten gegen Bürger, die sich keinen Rechtsanwalt mehr leisten können. Seit 2010.

Über 20 Jahre seit 1998, über 28 % eines herausragenden

Lebenswerkes, hat das klagende Opfer,

nicht trotz, sondern wegen seines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa,

politisch motivierte Zerschlagungen und ihre extremistische Ausuferung zu politisch motivierter Sippenzerschlagung und zu politisch motivierter Sklavenhaltung mit einem unverhältnismäßigen Opferkriminalisierungswahnsinn

hinnehmen müssen.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-19-2.pdf>

Scroll down after link (page 256)

Anlage OWiV-03

[Aktuelles Bußgeld-Verfahren \(Z5\): Behördenkommunikation des Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert](#)

mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und Staats-Versagen nicht mehr nachvollziehbar ist.

Anlage VB-2314/B

Schriftsatz vom 24.Dez. 2022 an Landgericht Wuppertal mit Erinnerung an Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO vom 28.09.2022 wegen Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022 (124 Seiten)

gegen Beschluss des Rechtspflegers am Amtsgericht Velbert Jacob vom 17.10.2022 (erneut zugesandt am 13.12.2022)

gegen Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 01.12.2022 der Debeka Krankenversicherungsverein (Geschäftszeichen 15 M

1627/22, abgestempelt mit „Jacob Rechtspfleger“,

gegen Rechtspfleger Jacob mit Ablehnungsgesuch vom 28.09.2022 gemäß Punkt r) auf Seite 3 in Anlage LG-04(KV)

06. Information über neue Verfassungsbeschwerde gemäß

Anlage LG-03 (KV)

Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022

wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung

wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf

wegen Sabotieren von Rehabilitierung und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen

am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf

mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung /

Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr

Daher: Antrag auf Opferschutz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 153)

Schriftsatz vom 24.12.2022 an Landgericht Wuppertal (124 Seiten)

mit den Anlagen LG-03(KV), LG-04(KV), LG-05(KV), LG-06(KV)

Anlage LG-03 (KV)

Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022

wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung

wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf

wegen Sabotieren von Rehabilitierung und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen

am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf

mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung /

Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr

Daher: Antrag auf Opferschutz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Anlage LG-04 (KV)

Schriftsatz vom 28.Sept. 2022 an Landgericht Wuppertal mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO

wegen Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022

01. Brutal verfassungswidrig mit Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre), weil . . .

> weil schon die Rechtsanwendungen des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsbeschlusses keine Rechtskraft haben, indem Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden,

> weil die politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder unter Mittäterschaft des ÖRR seit 1998 (siehe Anlage OWiV-02) andauern, seit über 20 Jahren (Anlage OWiV-02),

> weil die politisch motivierten Zerschlagungen einzige Ursache sind für soziale Zerschlagung unter dem Versicherungsträger und dieser längst zum Mittäter geworden ist,

> weil schon die Krankenversicherung verfassungswidrig und diese vom Landgericht Wuppertal mit Urteil 7 O 214/12 im April 2015 erzwungen wurde (Nachweis längst und ausführlich erbracht).

> weil der Versicherungsträger nur die soziale Zerschlagung will, seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt und darüber hinaus die Rechtsanwaltskosten für die Durchsetzung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung seit August 2021 vom Pfändungsschutz-Konto pfänden lässt,

> weil der Versicherungsträger nur die soziale Zerschlagung will, indem er sich seit 2011 als „Zeuge verkleidet“, um mit Unterstützung von skrupellosen Staatsanwälten mit Bußgeldverfahren gegen ihn vorzugehen und mit Eskalation Freiheitsberaubung mit psychischer Folter betreibt,

> weil die verwaltungsgerichtlichen Verfahren für politisch motivierte Zerschlagungen wegen Rehabilitierung und Schadenersatz längst Vorrang haben müssen, ohne dass diese mit ständigen Attacken des Versicherungsträgers behindert und verhindert werden.

> weil in diesem Umfeld eine Abhilfe gemäß §572 ZPO mit Respektierung der Grundrechte des Zerschlagungsopfers nicht entschieden werden kann.

Daher Rechtsmittel der Anhörungsrüge wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde gegen verfassungswidrige Rechtskosten und wegen Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen.

02. Zerschlagungsopfer mit weltweit herausragenden Lebensleistungen und mit Anspruch auf ein humanes Lebensende ohne Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre)

ohne einen verfassungswidrigen Versicherungsträger, der mit ständigen Attacken als Kläger, als Zeuge und als Verfasser jämmerlicher Erinnerungsschreiben die verwaltungsgerichtlichen Verfahren auf Rehabilitierung und Schadenersatz behindert und verhindert und

dafür auch noch Kosten berechnen will.

Brutal verfassungswidrig mit ekelhafter Opferverhöhnung entgegen Art.1 Abs.1 GG. Dieser Versicherungsträger ist längst zum Mittäter geworden, der aus der finalen Zerschlagung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 ohne Versicherungsleistungen maximalen Profit ziehen möchte.

Amtsgericht längst überfordert: Anstatt Opfer kriminalisierenden Versicherungsträger zu verurteilen, werden Opfer kriminalisierende Bußgeld-Verfahren mit einem „als Zeuge verkleideter“ Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen

Darüber hinaus: Amtsgericht Velbert, in denen sich inzwischen Richter verweigern und alles auf den Schreibtisch eines Rechtspflegers schieben, kann keine Abhilfe gemäß §572 ZPO schaffen, ist

hoffnungslos überfordert im kausalen Umfeld von Politik-Versagen, sozialem Versagen, Justiz-Versagen, Staats-Versagen in direktem Zusammenhang mit den politisch motivierten Zerschlagungen seit über 20 Jahren

03. Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland, auch Kostenfestsetzungsverfahren sind kein grundrechtsfreier Raum, schon gar nicht im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998.

04. Bewertung des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsverfahren und aller anderen Verfahren anhand der Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022: Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig Politik-Versagen, soziales Versagen, Justiz-Versagen, Staats-Versagen:

Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen, mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)

Zerschlagungsopfer: Ausgehobelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und verklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter

Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur

Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,

jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz) zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)

bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998

05. Aus der Sicht des Bundesverfassungsgerichts:

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht

„Bürger sind keine Untertanen“

„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“

„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland“

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,

sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister,

führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 124)

Anlage LG-05 (KV)

Beschluss 11 C 89/19 des Amtsgerichtes Velbert (Rechtspfleger Jacob) vom 17.10.2022 (erneut eingegangen am 13.12.2022)

Anlage LG-06 (KV)

Brutal verfassungswidrig, weil Opfer verhöhrend, Opfer

diskriminierend, Opfer kriminalisierend: Rechtsmissbräuchliche Anwendung einer Förmlichen Zustellung einer Zustellungssendung mit Jacob Rechtspfleger Stempel durch Obergerichtsvollzieher Thomas Oppermann vom 12.Dez.2022 mit Unterdrückung von Seiten, die dem Opfer bewusst vorenthalten werden. (15 M 1627/22)

Anlage VB-2315/C

Urteil 11 C 406/22 des Amtsgerichtes Velbert, verkündet am 09.02.2023 ohne Kenntnis des Geladenen zu Güteverhandlung, mit vorhergehendem Polizei-Terror bei Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück, nach kurzer Erklärung zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung Abbruch der Güteverhandlung am 12.01.2023 ohne Begründung durch jungen Einzelrichter Bäcker, eingegangen am 09.03.2023, vorgelegt in der Verfassungsbeschwerde wegen entscheidungsrelevanter Zusammenhänge mit der gesamten Verfassungsbeschwerde.

Anlage VB-2316/C

Persönliches, vorausgegangenes Anschreiben an den Richter vom 10.01.2023 über Missbrauch von Polizeigewalt für Opfer-Terrorisierung vor Ladetermin auf umfriedeten Grundstück bei Dunkelheit ohne Respektierung des Lebensalters, mit Einspruch gegen Ladung und Verfügung und mit Antrag auf Aufhebung des Ladetermins mit Begründung und umfangreichen Anlagen von 44 Seiten

Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022 (2 BvR 2262/22, Sieh Anlage LG-03 (KV)

wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung

wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf

wegen Sabotieren von Rehabilitierung und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf

mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr

Daher: Antrag auf Opferschutz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

mit **Anlage VB-2305**: Seite 42

Brutal verfassungswidrige Ausgrenzung aus Solidargemeinschaft

durch Pfändung der Energiepreispauschale der Bundesregierung wegen Rechtsanwaltskosten des Sozialversicherungsträgers für verfassungswidrige Krankenversicherung am 08.12.2022

Ein Sozialversicherungsträger,

der für derartige asoziale Pfändungen verantwortlich ist und der

Sabotierung der Klagen auf Schadenersatz und Rehabilitierung durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung betreibt, der hat seine Berechtigung als Sozialversicherungsträger definitiv verloren, weil er nur noch soziale Zerschlagung mit asozialen Attacken betreibt.

Anlage VB-2317/D

Urteil 26 OWi-523 Js 814/22-84/22 vom 24.02.2023 (eingegangen am 22.03.2023) (Seite 1-4) mit Rechtsbeschwerde vom 24.02.2023

(persönlich an Richterin am 24.02.2023 übergeben) mit schriftlichem Antrag auf Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde (auf Verlangen der Richterin schnellstmöglich per Fax am 24.02.2023 nachgereicht). Rechtsbeschwerde mehrfach an Landgericht Wuppertal, an Oberlandesgericht Düsseldorf und an das Bundesverfassungsgericht.

Anlage VB-2318/D

Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf (S 31 P 146/22) vom 13.03.2023 (eingegangen am 23.03.2023) mit Androhung eines Gerichtsbescheids über verfassungswidrige Pflegeversicherung des Sozialversicherungsträgers ohne Zugang zu Versicherungsleistungen

Anlage VB-2319/D

Beschluss 16 T 126/22, 16 T 183/22, 16 M 188/22 Amtsgericht Velbert vom 14.03.2023 (eingegangen am 31. März 2023). Brutal verfassungswidrig: Überflutung mit Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert unter Steuerung von weisungsgebundenen Staatsanwaltschaften mit mehrfacher Zielsetzung: Verhinderung von Rehabilitierung und Schadenersatz, Durchsetzung von Zwangsmaßnahmen aus

> 25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <

Anlage VB-2320/D

Schriftsatz vom 28. Jan. 2023 mit Zurückweisung des Beschlusses 16 T 126/22, 16 T 183/22, 16 M 188/22 Amtsgericht Velbert vom 04.01.2023 (eingegangen am 20.01.2023) mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO unter Hinzufügung und Übergabe an Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)

mit Vorrang für Gerichtsverfahren zu Rehabilitierung und Schadenersatz wegen politisch motivierter Zerschlagungen mit Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF gemäß Punkt 17 und 18

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AGVE-2201.pdf>

Scroll down after link (page 69)

Anlagen der Verfassungsbeschwerde: Anlage VB-2301 bis VB-2303

Anlage VB-2301

mit weiteren Anlagen: Anlage LG-01, LG-02, LG-03, LG-04

Schriftsatz vom 19.Nov.2022 mit Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde wegen Antrag auf weiteres Vorverfahren zwecks Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz und Anhörungsrüge wegen ausstehender Bescheidung der Rechtsbeschwerde vom 27.Sept.2022 gegen Amtsgericht Velbert 001.

Brutal verfassungswidrig:

Totales Staatsversagen eines demokratischen Rechtsstaates mit extremistischer Ausuferung von Politik-Versagen, Justiz-Versagen, Behörden-Versagen (Verfassungsbeschwerde vom 20.10.2022 (1 BvR 2121/22) in Anlage LG-02)

> mit politisch motivierten Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von **Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder**,
> unter aktiver Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (mit Wissen der gesamten ÖRR-Intendantenschaft unter Federführung der **stellvertretenden WDR-Intendantin (2008-2022) und WDR-Justitiarin Michel (1997-2022, Schlesinger-Skandal-System überall)**)

mit laufenden Gerichtsverfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf und Rechtshängigkeit am Verwaltungsgericht Berlin wegen Rehabilitierung und Schadenersatz

> unter aktiver, Zeit raubender Beteiligung des Sozialversicherungsträgers (verfassungswidrige Krankenversicherung, soziale Zerschlagung mit unverhältnismäßiger Treib- und Hetzjagd an Amtsgerichten und Sozialgerichten und Be-/Verhinderung laufender Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz, insbesondere in 2021 am Verwaltungsgericht Berlin)

> unter aktiver Beteiligung des Sozialversicherungsträgers an Ordnungswidrigkeitsverfahren an den Amtsgerichten Mettmann und Velbert mit angewiesenen Staatsanwälten, zweimal mit Eskalation zu Freiheitsberaubung und psychischer Folter,

> ausschließlich verursacht durch kapitale Vermögensschäden der politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern,

> mit extremistischer Ausuferung durch Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder am Geburtsort in Bayern in den wirtschaftlichen Ruin bis in den erzwungenen Tod (2012) und anschließender Nachlass-Insolvenz

> Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen:

Herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.

mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum

durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),

> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003

> unter aktiver Beteiligung des Sozialversicherungsträgers mit unverhältnismäßiger Be-/Verhinderung/Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz im laufendem Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin ohne die Chance, in 2021 nach einer umfassenden Verfassungsbeschwerde das laufende Verfahren fortsetzen zu können wegen ständiger Attacken des Klägers (soziale Zerschlagung unter Verantwortung des Sozialversicherungsträgers)

> heute im 82.Lebensjahr de facto ohne Versicherungsleistungen seit 2010, mit einer verfassungswidrigen Krankenversicherung, mit Zwangsmaßnahmen auf einem Pfändungsschutzkonto, mit Fortsetzung eines erbärmlichen Opferkriminalisierungswahnsinn, mit unerträglicher Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung durch nachrückende Generationen in Behörden und Justiz
> mit verfassungswidrigem Justiz-Versagen am Landgericht Wuppertal u.v.a.m.

002. Brutal verfassungswidrig:

Totales Staatsversagen mit DEBEKA-Skandal

mit Unterstützung durch angewiesene, skrupellose Staatsanwälte: Kläger betreibt mit sozialer Zerschlagung Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen

Abartig und skandalös: Deutscher Bundestag diskutiert über bedingungsloses Grundeinkommen und Rentner im 82.Lebensjahr werden vom Sozialversicherungsträger mit sozialer Zerschlagung entsorgt.

Abartig, skandalös und primitiv: Opfer-Kriminalisierung mit Altersdiskriminierung, Kläger sabotiert Rehabilitierung und Schadenersatz mit zeitintensiven Gerichtsverfahren und Justiz-Attacken, sodass dem Opfer die erforderliche Zeit fehlt, um Rehabilitierung und Schadenersatz zu erreichen, bis heute keine abschließenden Verhandlungen an Verwaltungsgerichten möglich.
Kein Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen müssen sich selbst im Alter über 80 Jahre um ihre Gesundheit kümmern

Verfassungswidrig und diskriminierend: Gesetz zur Beseitigung sozialer Überforderung bei Beitragsschulden in der Krankenversicherung, weil Beitragsschulden und soziale Überforderung durch kapitale Vermögensschäden in 2-stelliger Mio-Höhe verursacht und Rehabilitierung und Schadenersatz bis heute verweigert

Justiz verweigert Opfer politischer motivierter Zerschlagungen ohne Rechtsanwälte Gerichtsverfahren mit Mehrrichter-Verantwortung durch Abschiebung in „de facto grundrechtsfreie“ Einzelrichter-Veranstaltungen.

Verfassungswidrig: Krankenversicherung des Klägers, Gerichtsverfahren in 2021 am Landgericht Wuppertal abgelehnt. Aktenzeichen 9 S 30/21, 11 C 89/19 Amtsgericht Velbert, 3 O 61/19 Landgericht Wuppertal

Verfassungswidrig: Pfändungsschutz-Konto (seit 2013) vom Kläger missbraucht für laufende Pfändung von Rechtsanwaltskosten einer verfassungswidrigen Krankenversicherung aus künstlichem Teilversäumnisurteil am Landgericht Wuppertal (7 O 214/12)

Miserable Qualität der Klageunterlagen, um mit Unleserlichkeit Verfassungswidrigkeiten zu verdecken: Sieh Anlage LG-01 Seite 7-19
Brutal verfassungswidrig: Soziale Zerschlagung des beklagten Opfers politischer motivierter Zerschlagungen vom Kläger mit Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz und mit unverhältnismäßiger Anzahl von Mahnbescheiden (6 Mahnbescheide mit Gegenerklärung) getoppt. Sieh Anlage LG-04

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf>

mit weiteren Anlagen: Anlage LG-01, LG-02, LG-03, LG-04

Anlage LG-01

Klage-Eröffnung vom 07.11.2022 (eingegangen am 12.11.2022)

mit verkürzter Notfrist

durch 3.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal (3 O 228/22),

- a) mit Anschreiben vom 07.11.2022 (Seite 1-2),
- b) mit prozessleitender Verfügung (Seite 3-4)
- c) mit Anschreiben der RAe Giebel und Kollegen an das Amtsgericht Mayen vom 11.04.2022 (Seite 5-6)
- d) mit nicht lesbaren Beschreibung des Tarifs NLT (K1, Seite 7-13)
- e) mit nicht lesbaren Allgemeinen Versicherungsbedingungen für den Notlagentarif (K2, Seite 14-18)
- f) mit einem angeblichem Anschreiben vom 13.Sept.2013 ohne Unterschrift (K, Seite 19-23)
- g) mit Beitragsaufstellung vom Aug.2018-Juli 2020 und Prüfvermerk vom 3.11.2022 (K4, Seite 24-25)
- h) mit Gerichtsbeschluss 3 O 228/22 vom 07.11.2022 über vorläufigen Streitwert (Seite 26-28)

Anlage LG-02

Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2121/22 vom 20.10.2022

wegen einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz mit Instanzen, Gerichte und Verfahren übergreifender Eskalation mit Fortsetzung am Amtsgericht Velbert / Landgericht Wuppertal **mit systematischer, Rechte beugender und Justiz belastender Verweigerung des längst fälligen Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz für Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998) mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz mit extremistischer Ausuferung**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>

Scroll down after link (page 251)

BVERFG-2201. Angegriffene Hoheitsakte in chronologischer Folge.

Totales Justiz-Versagen mit Behörden-Versagen am Verwaltungsgericht:

Anstatt Rehabilitierung und Schadenersatz Fortsetzung mit neuer, verfassungswidriger Zerschlagungsvariante am Amtsgericht durch Richterin Kunze mit Unterstützung durch Rechtspfleger Jacob und 2 Obergerichtsvollzieherinnen (Christiane Bräutigam, Katja Sommerfeld)

Verfassungswidrigkeit von Gerichte übergreifenden Verfahren aus Verwaltungsgerichten: Mit weiterführenden Verfahren an Amtsgericht und Landgericht anzugreifende Gerichtskosten für verfassungswidrige Urteile am Verwaltungsgericht rein gewaschen (wie „Geldwäsche“ von illegal erwirtschafteten Geldern)

Verfassungswidriges Einzelrichter-Urteil 27 K 4325/18 vom 24.Aug.2021 an VG Düsseldorf: > > > Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.06.2022 (Kapitel BVERFG-371)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>

Behörden-Versagen: Justiz-Behörde Hamm entsorgt anzugreifende Gerichtskosten durch Weiterleitung an Amtsgericht Velbert mit Hilfe von Obergerichtsvollzieherin Christiane Bräutigam

Justiz-Versagen: Opfer verhöhnende Beschlüsse des Amtsgerichtes Velbert 16 M 188/22 vom 10.06.2022/14.06.2022

Amtsgericht Velbert wird wie bei „Geldwäsche“ für illegal erwirtschaftete Gelder für Durchsetzung verfassungswidriger Urteile missbraucht, um Gerichtskosten für verfassungswidriges Einzelrichter-Urteil an Verwaltungsgerichten zu rechtfertigen und „rein zu waschen“ und mit Hilfe einer 2.Gerichtsvollzieherin (Katja Sommerfeld) gegen einen über 80-jährigen Rentner zu vollstrecken nach extremistischer Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, weil für sein Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen

für Deutschland und Europa bis heute Rehabilitierung und Schadenersatz verweigert wird.

BVERFG-2202. Die Wahrheit ist:

Politik-Versagen und Staats-Versagen unter der regierenden Generation seit 1998, seit über 20 Jahren, mit sanktioniertem Alt-Bundeskanzler und Putin-Berater Gerhard Schröder, mit einer Alt-Bundeskanzlerin Angela Merkel ohne Reue und Schuld-Gefühle im und am Ukraine-Putin-Krieg mit Zeitenwende, beide nachweislich persönlich hauptverantwortlich für extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen des Beschwerdeführers am Wohnort und am Geburtsort, mit einer Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder bis in den Tod und in den wirtschaftlichen Ruin bis zur Nachlass-Insolvenz unter zusätzlicher Verantwortung von und mit Rückendeckung aus Berlin:

Markus Söder, heute Ministerpräsident des Freistaates Bayern, mit einer Treib- und Hetzjagd gegen den Beschwerdeführer mit mehrfacher Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, kapitalen Vermögensschäden und Erzwingung der Firmeninsolvenz wegen seinem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in

Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a. mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche), mit erbärmlichen Versagen des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks nach Information an die gesamte Intendantenschaft, unter persönlicher Mittäterschaft der stellvertretenden WDR-Intendantin und WDR-Justitiarin Eva-Maria Michel mit Rückendeckung aus Berlin, heute mit

Schlesinger-Skandal und Schlesinger-System bundesweit, mit Justiz-Versagen bei Opfer-Kriminalisierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung und Behörden-Versagen durch Rein-Waschen verfassungswidriger Urteile mit Gerichte übergreifenden Gerichtsverfahren wie bei „Geldwäsche mit illegal erwirtschafteten Geldmengen“, mit Justiz-Versagen zu Staats-Versagen unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998, seit über 20 Jahren: Ursache für

extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort und ausschließliche Ursache für soziale Zerschlagung ohne soziale Sicherheit durch verfassungswidrige Rechtsanwendung von Sozialgesetzen Definitiv: Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz zu politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 und zu sozialer Zerschlagung seit 2010 nach Auflösung der Altersrücklagen

anstatt Gerichte und Verfassungsbeschwerden übergreifende Kosten-Hetzjagd auf Zerschlagungsoffer mit Missbrauch von Justizbehörden im 81.Lebensjahr

BVERFG-2203. Beschwerdeführer ist mit Recht stolz darauf, dass

führende Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung

Teil seines herausragenden Lebenswerkes sind und

Zeugen seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, wie z.B.

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Schirmherr und Eröffnungsredner auf der KOMMTECH'88, siehe im Internet

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und später des Freistaates Thüringen, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten, Festredner auf der ONLINE'85

> > > <http://www.euro-online.de/1984.htm>

Prof. Dr.jur. Erich Häußler, Präsident des Deutschen Patentamtes, zudem verantwortlich für den Aufbau des Patentwesens in China, Congressleiter auf der ONLINE1993, Beiratsvorsitzender auf den Europäischen Congressmessen ONLINE1994 und ONLINE1995

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst.“

"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen"

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 7)

Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congress-Teilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin,

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :

„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend“ . . .

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Karel van Miert, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar (1989 bis 1999) für Wettbewerb, auf der ONLINE 1997

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3>

Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner auf der ONLINE 2001

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Erkki Liikanen, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft, auf der ONLINE 2001

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Anträge

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich

nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku der Verfassungsbeschwerde:
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>
Scroll down after link (page 251)

Anlage LG-03

26 OWi-523 Js 814/22-84/22

Mitteilung des Amtsgerichtes Velbert vom 07.09.2002 (eingegangen am 13.09.2022) über Termin der Hauptverhandlung wegen Einspruch gegen den Bußgeldbescheid vom 28.06.2022 (Kreis Mettmann)

Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.m.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

01. Brutal verfassungswidrig mit Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre), weil . . .

weil die politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder unter Mittäterschaft des ÖRR seit 1998 (siehe Anlage OWiV-02) andauern, seit über 20 Jahren (Anlage OWiV-02)

weil die politisch motivierten Zerschlagungen einzige Ursache sind für soziale Zerschlagung unter Debeka (Zeugen) und der Zeuge längst zum Mittäter geworden ist,

weil Sozialgesetze für soziale Zerschlagung nach politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 missbraucht werden,

weil der Zeuge mit ständigen Attacks gegen das Zerschlagungsopfer nicht soziale Sicherheit will, sondern soziale Zerschlagung und aktuell so Schadenersatzverfahren mit unqualifizierten Attacks behindert und verhindert, und so zum Mittäter geworden ist,

weil langjähriges Behörden-Versagen Ursache ist, dass weisungsgebundene Staatsanwälte solche Bußgeld-Verfahren immer wieder zu betreiben haben,

Daher: Zurückweisung mit Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.

02. Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland, auch Ordnungswidrigkeitsverfahren sind kein grundrechtsfreier Raum, schon gar nicht im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998.

Zeugen-Benennung von Debeka (Z1) und Jarski (Z2) ohne Zeugenbedarf

03. Bewertung des Bußgeldverfahrens nicht wegen Verkehrsordnungswidrigkeit:

Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:

Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig

Politik-Versagen, Justiz-Versagen, ÖRR-Versagen, Staats-Versagen:

Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen, mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)

Zerschlagungsopfer: Ausgehobelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter

Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für

Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik,

deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur

Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,

jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz) zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)

bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998

04. Aus der Sicht des Bundesverfassungsgerichts:

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht

„Bürger sind keine Untertanen“

„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“

„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland“

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,

sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht

Grundrechte sind zu respektieren, sind weder käuflich noch strafbar, Rechtsbeugung ist strafbar in besonders schwer wiegenden Fällen, Rechtsanwendungen in Beschlüssen und Urteilen haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden,

es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland, aber ein grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand! .

Anlage LG-03 mit weiteren Anlagen: Anlage OWiV-01, OWiV-02, OWiV-03

Anlage OWiV-01: Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku einer Opfer verhöhnenden, Menschen verachtenden Kosten-Hetzjagd mit Bußgeldverfahren mit Kumpanei von „Versicherung“, Rechtsanwälten und weisungsgebundenen Staatsanwälte mit Zielsetzung der sozialen Zerschlagung Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

Anlage OWiV-02: Kausales Umfeld des Bußgeld-Verfahrens Zerschlagung 3 (Z3): Opfer kriminalisierende Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Klage auf Schadenersatz und mit ausführlicher Beschreibung des Umfeldes politisch motivierter Zerschlagungen einschließlich sozialer Zerschlagung (Z4, Z5)

wegen Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit erdrückender Beweislage zu skandalösen Praktiken (Schlesinger-Skandal) und der stellvertretenden WDR-Intendantin mit Sondervollmachten und mit Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>

Scroll down after link (page 253)

Anlage OWiV-03: Aktuelles Bußgeld-Verfahren einer verfassungswidrigen, unverhältnismäßigen Kosten-Hetzjagd seit 2011 (Z5) mit Bußgeld-Bescheid und anschließender Rechtsbeschwerde gemäß Anlage LG-03: Behördenkommunikation des Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und Staats-Versagen nicht mehr nachvollziehbar ist.

Anlage LG-04:

Gegenerklärung in einer Vielzahl von insgesamt 6 Mahnbescheiden in Oktober / November 2022 für Kosten maximierende soziale Zerschlagungen als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen

Anlage VB-2302

mit weiteren Anlagen: Anlage LG-05, LG-06, LG-07

Schriftsatz vom 01.Dez.2022 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO wegen Versagung von rechtlichem Gehör durch Nicht-Bescheidung der Sofortigen Beschwerde vom 19.Nov.2022 zu 3 O 228/22 Landgericht Wuppertal gegen vorzeitige Eröffnung eines Justizverfahren mit brutal verfassungswidriger Klage gemäß Kapitel 001 und 002 (Anlage VB-2301)

Kapitel 003. Brutal verfassungswidrig:

Ausgehebelt, abgehängt, ausgegrenzt, zerschlagen, entrechtet, verklavt:

Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998,

Ausgehebelt mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, anschließend mit unverhältnismäßiger, bundesweiter Opferkriminalisierung (Täter/Opfer-Umkehr) ausgegrenzt.

Unverhältnismäßige Sabotierung der Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz an Verwaltungsgerichten Düsseldorf und Berlin

> durch Kläger in Zusammenarbeit mit weisungsgebundenen Staatsanwälten, mit Opfer-Kriminalisierung seit 2011 und jetzt mit sozialer Zerschlagung

> durch Landgericht Wuppertal mit verfassungswidriger Abschiebung von 2 Schadenersatz-Verfahren seit 2015 / 2016 an Verwaltungsgericht Berlin (entgegen Art.34 GG),

> durch Aufdeckung der Kumpanei der Intendanten von ARD und ZDF inkl. Rundfunksperrre und Bundeskanzleramt mit

persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier / Merkel am Verwaltungsgericht Düsseldorf

> jetzt mit drohender Verweisung an das Amtsgericht Velbert und Fortsetzung der Opferkriminalisierung mit sozialer Zerschlagung mit verkürzter Antwortfrist.

(Anlage LG-05, LG-06)

Wie sollen richterliche Verfügungen umgesetzt werden, wenn Rehabilitierung und Schadenersatz bis heute versagt werden und vom Kläger in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten sabotiert werden? Wie?

> > > Daher: Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz mit Anspruch auf ein humanes Lebensende ohne Justiz-Versagen

> > > Daher Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO wegen Versagung von rechtlichem Gehör durch Nicht-Bescheidung der Sofortigen Beschwerde vom 19.Nov.2022 zu 3 O 228/22 Landgericht Wuppertal

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf>

Scroll down after link (page 17)

mit weiteren Anlagen: Anlage LG-05, LG-06, LG-07

Anlage LG-05:

Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung:

Schreiben vom 21.11.2022 (eingegangen am 29.11.2022) mit Androhung der Verweisung an das Amtsgericht Velbert und mit verkürzter Antwortfrist. Brutal verfassungswidrig

Anlage LG-06:

Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung: Wie kann man gerichtliche Verfügungen umsetzen, wenn Landgericht und Verwaltungsgerichte Rehabilitierung und Schadenersatz versagen und der klagende Sozialversicherungsträger entsprechende Klagen des Zerschlagungsopfer sabotiert?

Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf vom 15.11.2022 (eingegangen am 23.11.2022)

Anlage LG-07:

Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom 21.Nov.2022 (eingegangen am 01.Dez.2022)

Justiz-Versagen ohne Ende: Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung und

nicht zusätzlich zu sozialer Zerschlagung gegen Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr, mit einer Verwaltungsjustiz, die nur weiter zerschlagen will, für die Opferkriminalisierung, Altersdiskriminierung, Generationendiskriminierung nach Ausuferung politisch motivierter Zerschlagung nicht nur am Wohnort in NRW, sondern auch am Geburtsort in Bayern, mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF seit 1998, am Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg, das auch für den **Schlesinger-Skandal** zuständig ist (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz) zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall) gemäß Anlage LG-03

Sieh Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom 21.Nov.2022 (eingegangen am 01.Dez.2022)

Anlage VB-2303

Beschluss 3 O 228/22 (Landgericht Wuppertal) vom 30.11.2022 (eingegangen am 06.12.2022 mit förmlicher Zustellung)

Rechtsanwendung des §281 ZPO betrifft den Kläger und nicht den Beklagten. Der Beklagte, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, wehrt sich seit 2010 gegen einen unverhältnismäßigen Opferkriminalisierungswahnsinn, jetzt im 82.Lebensjahr gegen soziale Zerschlagung als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen, gegen Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung und kämpft für den Vorrang seiner Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2010 und gegen Sabotierung seiner Klagen. Rechtsanwendungen haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden.

Anlage VB-2304

Schriftsatz vom 20.Sept. 2022 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf

mit Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz mit Mehrrichter-Entscheidung

nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022 und ARD/ÖRR-Krise mit Schlesinger-Skandal
Fortsetzung der Klage mit Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022 wegen Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 unter Mittäterschaft des ÖRR mit persönlicher Beteiligung von
Eva-Maria Michel, WDR-Justiziarin seit Okt.1997 und Stellv. Intendantin des WDR seit Jan.2008

174. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit Arroganz ohne Kontrolle und Transparenz mit Rückendeckung durch Schröder/Steinmeier/Merkel: Politisch motivierte Zerschlagungen und Verhinderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen ONLINE. Skrupellose Vorteilsbeschaffung für ARD/WDR/Phönix/ZDF und für sich selbst (Beförderung zur stellvertretenden Intendantin u.a.) mit Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen und mit Verhinderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen ONLINE durch Rundfunksperre in Polit-Magazinen und Polit-Talks unter Verantwortung von

Eva-Maria Michel, WDR/Phoenix-Justiziarin seit Okt.1997 und Stellvertretende Intendantin des WDR seit Jan.2008 bis 2022

Phoenix, öffentlich-rechtlicher Fernsehsender, Gemeinschaftseinrichtung von ARD (von WDR vertreten) und ZDF. Sendestart von Phoenix: 7.April 1997.

Phoenix-Team mit Presse-Ausweis auf der ONLINE'98, erstellt multimediale Raubkopie von qualifiziertem, ganztägigem, Teilnehmer-finanziertem Management-Symposium I-1 (16.02.1998)

Teilnehmer-Finanzierung mit multimedialer Raubkopie durch gebühren-finanzierten Sender ausgehebelt: Missbrauch der Raubkopien für nachfolgende Veranstaltungen ohne Information des Veranstalters nach der ONLINE'98 unter Verantwortung der WDR-Justitiarin.

Jan.2008: Ernennung der WDR-Justitiarin zur stellvertretenden Intendantin mit erweiterten Vollmachten, z.B. für/wegen Überwachung der Rundfunksperre zu politisch motivierter Zerschlagung der Europäischen Congressmessen in 2000/2003 und zur Verhinderung des Wiederaufbaus durch Rundfunksperre nach mehrfachen Anschreiben des Klägers im Okt.2007 an

alle Intendanten des ÖRR mit Internet-Link zu konstruktiven Schreiben vom 28.09.2007 an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel (siehe Anlage Innovationen3 mit beigefügten Abschnitten 01-16 bzw. Internet mit beigefügten Abschnitten 01-16)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/innovationen3.pdf>

Nachweis mit qualifiziertem Zeugenbeweis am Verwaltungsgericht Düsseldorf bis dato vorsätzlich unterdrückt, um weitergehende Beweisinformationen zu verhindern,

Gerichtliche Unterstützung mangelnder Kontrolle und Transparenz im ÖRR durch diskriminierende Parteilichkeit des Gerichts nur mit Ablehnungsgesuch des Einzelrichters zu verhindern.

Intendanten-Vollmacht für Rundfunksperre der stellvertretenden Intendantin mutmaßlich mit Rückendeckung durch Bundeskanzlerin:

> > > Anlage Innovationen3, Anlage VI-4 / V-4 und Anlage VI-5 / V-5 2005-2007: Anschreiben am 28.09.2007 an Bundeskanzlerin mit den Abschnitten 01-16 und weiteren Anschreiben voraus in 2005 an Bundeskanzlerin und an Ministerpräsidenten der Bundesländer gemäß Abschnitt 16 und

nach Intendanten-Anschreiben in 2007 (alle Intendanten der ARD und des ZDF waren informiert), danach Ernennung von

Eva-Maria Michel zur stellvertretenden Intendantin des WDR seit Jan.2008 mit Sondervollmachten zur Überwachung der

Rundfunksperre in Politmagazinen bis heute.

Alle Vorgänge am ÖRR mutmaßlich mit Rückendeckung aus Berlin seit 1998:

Persönliche Vorteilsnahme: WDR-Justiziarin hat sich mit erforderlichen Vollmachten ausstatten und zur stellvertretenden Intendantin befördern lassen, im Widerspruch zu **Monika Piel**, ARD-Vorsitzende (2011-2012) und WDR-Intendantin (Rücktritt aus persönlichen Gründen in Jan.2013, im April 2013 umgedeutet zu gesundheitlichen Gründen) nach Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013 mit Schreiben an WDR-Intendantin als Anlage3 (Beweisanlage)

Offensichtliche Konfliktsituation: WDR-Intendantin wollte die politisch motivierten Zerschlagungen nicht mit verantworten im Gegensatz zur stellv. Intendantin

Seit 2013: Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd durch den WDR über das Verwaltungsgericht Düsseldorf unter Verantwortung der stellv. Intendantin und WDR-Justiziarin, die als Nachfolgerin der zurückgetretenen WDR-Intendantin ohne Chance war, offensichtlich aus schwerwiegenden Gründen im Zusammenhang mit der Ernennung zur stellvertretenden Intendantin mit Sondervollmachten.

2013 Tom Buhrow Nachfolger als WDR-Intendant, voll informiert vom Kläger, immer wieder persönlich angeschrieben, Intendant hat längst fällige Antwort verweigert:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 89)

Verteiler dieses Schreibens vom 06.März 2018:

Bundesverfassungsgericht, Erster Senat, 1 BvR 444/18.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>

Scroll down after link (page 84)

Ulrich Wilhelm, ARD-Vorsitzender und Vertreter des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks, Intendant des Bayerischen Rundfunks.

Dr. Thomas Bellut, Intendant des ZDF,

Tom Buhrow, Intendant Westdeutscher Rundfunk,

vertretungsberechtigt für Öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

175. Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:

Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig

Politik-Versagen, ÖRR-Versagen, Staats-Versagen:

wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen,

mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)

Zerschlagungsoffer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter

[Schröder/Steinmeier/Merkel](#) verantwortlich für

Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur

[Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende](#) mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,

jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

[Vom Schlesinger-Skandal](#) (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz) zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)

bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998:

Qualifizierter Zeugenbeweis am Verwaltungsgericht ohne Begründung unterdrückt und ohne Bewertung, weil weitere Untaten/Missstände des ÖRR aufklärbar sind: ohne Chance seit 2013: Verwaltungskritische Justiz: Mehrrichter-Entscheidungen für politisch motivierte Zerschlagungen unverzichtbar (Unerträglich: Einzelrichter-Entscheidung nach Ablehnungsgesuch), weil sippenweise Zerschlagung am Wohnort (Z1), am am bayerischen Geburtsort (Z2) mit Söder-Nähe, mit Beteiligung des ÖRR (Z3), parallel mit sozialer Zerschlagung (Z4), mit mehrfacher Freiheitsberaubung und psychischer Folter (Z5),

Barbarisch brutal, verfassungswidrig: Missbrauch sozialer Zerschlagung im Alter von über 80 Jahren mit gerichtlicher Treib- und Hetzjagd als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen.

Barbarisch brutal, respektlos und humanes Sterben verweigert: Missbrauch von Justizbehörden für Treib- und Hetzjagd bis in das hohe Alter ohne Rehabilitierung und Schadenersatz (2012: Erzwungener Freitod seines Bruders im 73.Lebensalter am Geburtsort in Bayern mit anschließender Nachlass-Insolvenz nach ökonomischer, politisch motivierter Zerschlagung, seines qualifizierten Lebensmittelbetriebes seit 1998.

Ausuferung der politisch motivierten Zerschlagungen am Geburtsort unter Söder wäre mit Sicherheit vermeidbar gewesen)

2008: Eva Maria Michel, seit 1997 WDR-Justiziarin, auch zuständig für ARD-Interessen beim neuen Sender Phoenix (1997 gegründet), befördert zur Stellvertretenden Intendantin nicht nur zwecks Rundfunk-Sperre nach konstruktivem Beschwerde-Brief an alle Intendanten der ARD/ZDF und an Altbundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007

Erschwerend: Verbindung zwischen Täterschaft am Geburtsort in Bayern und Täterschaft des ÖRR / WDR unter Söder/Michel mit Merkel-Rückendeckung

Januar 2013: Rücktritt von WDR-Intendantin Monika Piel aus persönlichen Gründen nach mehrfachem Anschreiben durch das Zerschlagungsoffer

und nach Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013.

Folgewirkungen der Rundfunk Sperre in Polit-Magazinen unter Kontrolle der stellvertretenden Intendantin: Extremistische Auswirkungen (Z2, Z3, Z4, Z5, erzwungener Freitod in 2012) der politisch motivierten Zerschlagungen hätten verhindert werden können, mit Aufklärung über Polit-Magazine daher viel höhere Schadensbewertung erforderlich als bisher angenommen),

Mehrfache, intensive Bemühungen um qualifizierte Information der Öffentlichkeit über politisch motivierte Zerschlagungen ohne Chance seit 2007 z.B.

Rundfunk Sperre des Klägers zu einer

Maischberger-Sendung in 2017 über Zusammenhang von politisch motivierten Zerschlagungen, Agenda 2010 und HARTZ IV

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 72)

176. Herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsoffers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen, mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)

Europäische Congressmessen ONLINE und KOMMTECH :

Weiterentwicklung der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe, vom Zerschlagungsopfer persönlich ohne Subventionen entwickelt und durchgeführt in D, A, CH, beispielsweise auch zur Ausbildung der NIXDORF-Entwicklung und anschließend im NIXDORF-Ausbildungszentrum Mainz/Wiesbaden.

Herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsopfers nicht nur das Ergebnis eines geeigneten Business-Plan, sondern das Ergebnis japanischer Lebens- und Arbeitsphilosophie Kaizen,

in deren Zentrum das Streben nach kontinuierlicher und unendlicher Verbesserung steht. Verbesserung erfolgt in schrittweiser, punktueller Perfektionierung oder Optimierung

eines Produktes oder Prozesses: Sieh Anlage VG-2210

26 Jahre Europäische Congressmessen.

Qualifikation der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH bis heute nicht anerkannt, weil privatrechtlich (Familien-Unternehmen) organisiert und wegen Mittäterschaft des gebührenfinanzierten ÖRR,

mit rechtswidriger Vorteilsnahme durch multimediale Raubkopien von Teilnehmer-finanzierten Congress-Symposien am Beispiel der Europäischen Congressmesse ONLINE '98, mit Rückendeckung aus Berlin, in bester

Abstimmung mit Bayerischer Staatsregierung, mit Rundfunksperre in Polit-Magazinen, mit Unterdrückung qualifizierter Zeugenbeweise zerschlagen: Sieh beiliegenden Beweise.

177. Brutal verfassungswidrig, Menschen verachtend, Bürger verachtend und Gebührenzahler verachtend:

Extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998: Brutal verfassungswidrig > >

Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet.

Politik in Berlin und München, Öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Sozialversicherungsträger Hand-in-Hand: Seit über 20 Jahren, wie lange noch so weiter?

Hand-in-Hand: Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder / Huml / Michel / Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Respekt vor Intendantin Monika Piel, die dies nicht mitmachen wollte! Alle andere Intendanten der ARD und des ZDF (gesamte Intendantenschaft) wussten Bescheid.

Zerschlagen nicht nur:

Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen für digitalen Innovationstransfer, herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsopfers,

Zerschlagung seines Unternehmens mit hochqualifizierten, schon in 2000 voll digitalisierten Arbeitsplätzen mit einem professionell arbeitenden Congressmesse-Team, das in 2003 entlassen werden musste, aber mit dem Versprechen, alle beim schnellstmöglichen Wiederaufbau der Congressmessen zurückholen zu wollen.

Danach

Zerschlagung seiner professionell operierenden Lieferkette, deren Firmen andere Auftraggeber suchen mussten, Zerschlagung seiner Kundenpotentiale (Hauptkundenstamm New Economy 2000, digitale Innovationselite), seiner Referenten- und Aussteller-Potentiale durch Rundfunksperre mit Rückendeckung aus Berlin

Zerschlagung seines Geschäftshauses: Repräsentative Gründerzeit-Villa von deutschen Banken für Schuldentilgung konfisziert, weil Wiederaufbau verweigert

Zerschlagung seines bayerischen Geburtshauses mit Geschäfts- und 2.Wohn-Immobilie, mit einer Treib- und Hetzjagd seines Bruders in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (Erzwingung seines Freitodes

in 2012 mit öffentlicher Diskriminierung und Diffamierung in Kommunalwahlen und öffentlichen Pressekonferenzen des Landratsamtes Tirschenreuth (Volksjustiz) und verfassungswidrigen Urteilen am Verwaltungsgericht Regensburg und anschließende Nachlass-Insolvenz)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf>

Nach politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort mit Rundfunksperre durch ÖRR, nach Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag in 2010 mit Anschreiben an Intendanten der ARD/ZDF mit Rundfunksperre seit 2008:

Opfer kriminalisierender Missbrauch sozialer Verpflichtungen für soziale Zerschlagung trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen,

Opfer kriminalisierender und Opfer verhöhnender Missbrauch von Erzwingungshaft für Freiheitsberaubung (zweimal) und psychische Folter trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen ,

Opfer kriminalisierender Missbrauch von Gebührenbescheiden und Widerspruchsbescheiden für eine Fülle von Zwangsmaßnahmen in Kenntnis eigener Schuld

Opfer kriminalisierender Missbrauch von rechtsanwaltlicher Unterstützung für Maximierung von Rechtskosten trotz erdrückender Beweislage

Opfer kriminalisierender und Opfer verhöhnender Missbrauch einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit 2010

Opfer kriminalisierender Missbrauch eines Pfändungsschutzkonto durch Sozialversicherungsträger für Kosten eines Rechtsanwalts, der eine verfassungswidrige Krankenversicherung am Landgericht Wuppertal trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen durchgesetzt hat

Opfer kriminalisierender Missbrauch von Ordnungswidrigkeitsverfahren am

laufendem Bande am Amtsgericht Mettmann mit Fortsetzung jetzt am Amtsgericht Velbert seit 2011

Opfer vernichtender Missbrauch der rechtsanwaltlichen Vertretungspflicht

der 2. Instanz für Maximierung der Rechtskosten bei politisch motivierten Zerschlagungen extremistischer Ausuferung

Opfer kriminalisierender Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen für Pfändungsschutz-Kontoinhaber seit 2013 ohne Nutzungsmöglichkeiten selbst für Dispo-Kredite, geschweige denn Kreditkarten

Opfer verhöhnende Altersdiskriminierung und

Generationendiskriminierung für inhumanes Lebensende mit politisch motivierter Sklavenhaltung des Zerschlagungsopfers im 81. Lebensjahr
Daher jetzt gefordert:

Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz

Verfassungswidrig: Psychische Folter und Opfer diskriminierender, Alter diskriminierender, Generationen diskriminierender Missbrauch sozialer Zerschlagung durch Sozialversicherungsträger, von dessen Rechtsanwälten zugemüllt mit Geldforderungen und Zinseszins-Rechnungen verhindert bis heute Rehabilitierung und Schadenersatz, verhindern Aktualisierung von qualifizierten Klageschriften für das Verwaltungsgericht Berlin mit Elke Büdenbender im Richter-Kollegium und

Verwaltungsgericht Regensburg mit Söder-Nähe (Söder/Huml-Mittäterschaft mit Rückendeckung von Bundeskanzlerin einschl. Söder/Huml-Kooperation aufgezeigt)

Nachgewiesener Zusammenhang: Kooperation von Söder / Huml / Michel bei politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort unter Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin seit 2008 mit Intensivierung nach Petitionen am Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag in 2010 mit Vernichtung seines Bruders in 2012 Qualifikation der Europäischen Congressmessen vom Beklagten mit politisch motivierten Raubkopien längst anerkannt, daher auch gerichtlich zu bestätigen.

Antrag auf Verurteilung der/des Beklagten, offensichtlich mit Sondervollmachten der Zerschlagung für die stellvertretende Intendantin Eva-Maria Michel, offensichtlich stellvertretend für **gesamte ARD/ZDF-Intendantenschaft** (alle Intendanten der ARD und des ZDF in 2007 mit Merkel-Anschreiben (Innovationen 3) informiert, Schaden durch Rundfunk Sperre viel größer als durch multimediale Raubkopien mit verwaltungsgerichtlicher Verhinderung von qualifizierten und weiterführenden Zeugenbeweisen

Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz, Geständnis-Verweigerung des Beklagten ist endlich mit Strafverschärfung zu bewerten

Antrag auf Einräumung von mehr Arbeitszeit für Ausarbeitung qualifizierter Klageschriften, ohne weitere Verzögerung durch soziale Zerschlagung, ohne Altersdiskriminierung im 81. Lebensjahr mit Umsetzung der Forderung des Bundesverfassungsgerichts nach weniger Verfassungsbeschwerden

Massive Täter / Opfer-Umkehr: Täter ist nicht der Kläger, sondern Opfer sind der Kläger und seine Familie, sein Bruder u.a., sind **Zerschlagungsoffer einer Menschen, Bürger und Gebührenzahler verachtenden Diskriminierung, Diffamierung und Kriminalisierung** in einem brutalem Umfeld mit Staatsversagen (Politikversagen) mit eskalierender Ukraine-Krieg-Zeitenwende und mit höchstem ÖRR-Reformbedarf nach Eskalation des Schlesinger-Skandals.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>

Scroll down after link (page 253)

Anlage VB-2305:

Brutal verfassungswidrige Ausgrenzung aus Solidargemeinschaft durch Pfändung der Energiepreispauschale der Bundesregierung wegen Rechtsanwaltskosten des Sozialversicherungsträgers für verfassungswidrige Krankenversicherung am 08.12.2022

Ein Sozialversicherungsträger,

der für derartige asoziale Pfändungen verantwortlich ist und der

Sabotierung der Klagen auf Schadenersatz und Rehabilitierung durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung betreibt,

der hat seine Berechtigung als Sozialversicherungsträger definitiv verloren, weil er nur noch soziale Zerschlagung mit asozialen Attacken betreibt.

Legende der zugesandten Schriftsätze:

Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022

wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitation und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf

wegen Sabotieren von Rehabilitation und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen

am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf

mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr

Daher: Antrag auf Opferschutz

BVERFG-2301. Angegriffene Hoheitsakte in chronologischer Folge.

Totales Justiz-Versagen: Gerichte übergreifend

mit Sozialversicherungsträger, der von Rechtsanwälten vertreten und von weisungsgebundenen Staatsanwälten unterstützt wird, der als Kläger und als Zeuge nur noch soziale Zerschlagung mit asozialen Attacken betreibt, mit Klage zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 und mit Pfändung auf Pfändungsschutzkonto, mit Fortsetzung einer unverhältnismäßigen OWi-Hetze am Amtsgericht Mettmann seit 2011, jetzt am Amtsgericht Velbert, zweimal mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter mit Überfall durch 4-Mann-Polizeitrupp, mit Klage auf Rehabilitation und Schadenersatz seit 2011 zu politisch motivierten Zerschlagungen,

mit Klage am Verwaltungsgericht Köln, von da an Verwaltungsgericht Berlin, von da an am Landgericht Wuppertal, dort mit Klage-Aufteilung wegen politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, von dort zurück an Verwaltungsgericht Berlin

Klage-Erweiterung wegen Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF seit 1998, seit über 20 Jahren, am Verwaltungsgericht Düsseldorf,

gegen Kläger / Beklagten, heute im 82.Lebensjahr mit Anspruch auf ein humanes Lebensende anstatt entwürdigende Altersdiskriminierung ohne Respekt vor Lebensleistung und Generationendiskriminierung:

> Politisch motivierte Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder

Politik-Versagen, heute mit Digitalisierungsnotstand in Deutschland, mit politisch motivierten Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen: _

Herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a. mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),

> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003

> unter aktiver Beteiligung des Sozialversicherungsträgers mit unverhältnismäßiger Be-/Verhinderung/Sabotage von Rehabilitation und Schadenersatz im laufendem Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin ohne die Chance, in 2021 und 2022 nach einer umfassenden Verfassungsbeschwerde das laufende Verfahren fortsetzen zu können wegen ständiger asozialen Attacken des Klägers bis heute (soziale

Zerschlagung unter Verantwortung des Sozialversicherungsträgers)
nach exotischem Gerichtsverfahren am Landgericht Wuppertal mit 3 O 61/19 und
jetzt mit 3 O 228/22, mit Fortsetzung der OWi-Verfahren des Amtsgerichts
Mettmann am Amtsgericht Velbert (26 OWi-523 Js 814/22-84/22, OWi-
Kostenhetzjagd seit 2011)

**jetzt mit laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2121/22 gegen
Amtsgericht Velbert / Landgericht Wuppertal 16 M 188/22**

jetzt mit Beschwerdeverfahren am Oberlandesgericht Düsseldorf zu
Gerichtsverfahren 3 O 228/22 Landgericht Wuppertal und
Rechtsbeschwerde zu 26 OWi-523 Js 814/22-84/22 Amtsgericht Velbert
Kapitale Vermögensschäden wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit
1998: Ausschließliche Ursache für Probleme der Krankenversicherung und
Pflegeversicherung.

**Daher: Beklagter fordert die Respektierung von Menschenrechten, den
Vorrang für Schadenersatzverfahren, die in unverhältnismäßiger Weise
durch ständige Attacken des Sozialversicherungsträgers mit Unterstützung
durch weisungsgebundene Staatsanwälte verhindert und sabotiert werden.**

**BVERFG-2302. Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz, weil
Probleme der Sozialversicherungen ausschließlich durch politisch
motivierte Zerschlagungen seit 1998 verursacht**

Brutal verfassungswidrig: Sabotierung der Klagen auf Schadenersatz und
Rehabilitierung durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen
Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht
mehr zu verarbeiten

**Brutal verfassungswidrig: Exzesse der Altersdiskriminierung ohne
Respektierung der herausragenden Lebensleistung des
Beschwerdeführers:**

**Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen
ONLINE und KOMMTECH**

**mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution
in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-
Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.**

**mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales
Innovationswachstum**

**durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte
Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der
Digitalbranche),**

> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003

**Zerschlagungsopfer: Ausgehobelt, zerschlagen, abgehängt,
ausgegrenzt, entrechtet und verklavt unter persönlicher
Verantwortung der Täter**

**Ausgehobelt mit der staatlichen UMTS-Auktion2000 unter persönlicher
Verantwortung von Schröder / Steinmeier**

**Politisch motivierte Zerschlagung am Wohnort und am Geburtsort in Bayern
unter persönlicher**

Verantwortung von Merkel / Söder / Michel.

**Erdrückende Beweislage mit Schriftsatz vom 20.Sept. 2022 an das
Verwaltungsgericht Düsseldorf (Anlage VB-2304)**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>

Scroll down after link (page 253)

**mit Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung
und Schadenersatz**

mit Mehrrichter-Entscheidung

**nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022
und **ARD/ÖRR-Krise mit Schlesinger-Skandal****

Fortsetzung der Klage mit Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22
vom 20.Juni 2022 wegen Anerkennung und Vorrang des Anspruchs auf
Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte

Zerschlagungen seit 1998 unter Mittäterschaft des ÖRR mit
persönlicher Beteiligung von
Eva-Maria Michel, WDR-Justiziarin seit Okt.1997 und Stellv.
Intendantin des WDR seit Jan.2008 bis Okt. 2022
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>